

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Foto: Privat

SOLIDARITÄT STATT IMPFPFLICHT

die internationale

Ökosozialismus
Ökosozialismus und Degrowth, Lorenzo Velotti 3
Ungleiches Wachstum oder gerechtes Degrowth, Daniel Tanuro 9
Ökologischer Vandalismus, Daniel Tanuro 13

Dossier
Impfpflicht und Pharmapatente, ein Dossier mit 5 Beiträgen 19

Buchbesprechung
Markt-Sozialismus – ein Widerspruch in sich, Jakob Schäfer 33

inprekorr

Geschichte
Ernest Mandel in der Berufsverbotspraxis, John S. Will 37

Theorie
Es droht ein „kannibalischer Kapitalismus“, Interview mit Nancy Fraser 41

Ukraine
Gegen die militärische Eskalation der NATO und Russlands in Osteuropa,
 Büro der Vierten Internationale 50
Für Frieden und Deeskalation, Russische Sozialistische Bewegung (RSD) 54
**Internationale Solidarität gegen den Krieg! Erklärung ukrainischer
 Sozialist*innen** 55

Portugal
Portugal, ein neuer Zyklus, Francisco Louçã 58
Das Ende einer großen Illusion, Toupeira Vermelha 60

Grossbritannien
„Gegenmacht von unten aufbauen“, Sharon Graham 62

letzte Seite
Ökosozialistische Tagung der SOAL 64
Ökosozialistische Konferenz der ISO 64

! Während der Produktionsphase dieses Heftes (unmittelbar vor Drucklegung) hat Putin der russischen Armee den Befehl zum Einmarsch in die Ukraine gegeben. Wir werden in der kommenden Ausgabe ausführlich auf die jetzt entstandene Lage eingehen.

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
 Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
 Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
 Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
 (V.i.S.d.P.)

- Abonnements:
- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
 - Jahresabo: EUR 25,-
 - Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
 - Solidarabo: ab EUR 40,-
 - Sozialabo: EUR 15,-
 - Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
 - Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
 Neuer Kurs GmbH, Köln
 Postbank Frankfurt
 IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
 BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
 die internationale
 c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
 Vertrieb:
 internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
 ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
 iso@intersoz.org
- Österreich:
 SOAL, Sozialistische Alternative,
 office@soal.at
- Schweiz:
 BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
 https://sozialismus.ch/

ÖKOSOZIALISMUS UND DEGROWTH

Um den Kapitalismus zu überwinden, muss das Konzept des Wirtschaftswachstums hinterfragt werden. Dabei müssen wir einen Gedanken aufgreifen, der von der Antikolonialbewegung und anderen kritischen Strömungen entwickelt worden ist und auf viele Bereiche Anwendung findet.

■ **Lorenzo Velotti**

Der Nobelpreisträger für Physik von 2021, Giorgio Parisi, sagte in einer Rede vor dem italienischen Parlament zum Klimawandel: „Das BIP der einzelnen Länder ist die Grundlage für politische Entscheidungen, und die Aufgabe der Regierungen scheint darin zu bestehen, es so weit wie möglich zu steigern. Dieses Ziel steht jedoch in schroffen Gegensatz zur Eindämmung der Klimaerwärmung ...“. Die Rede hat bei italienischen Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern Skepsis ausgelöst: Was versteht ein Physiker schon vom Gang der Welt? Und doch ist eine Diskussion entstanden, die außerhalb der Halbinsel besonders lebendig verläuft und nicht nur von Physikern, Soziologen oder Anthropologen, sondern auch von verschiedenen kritischen Wirtschaftswissenschaftlern ernst genommen wird.

Um den Kapitalismus stürzen zu können, muss das Wachstumsprinzip zwangsläufig infrage gestellt werden. Die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation wurde durch Ausbeutungs- und Extraktionsprozesse von Natur und Arbeit ermöglicht. Die Einhegungen der Gemeingüter (enclosures) in Europa waren eine Form der inneren Kolonisierung, die darauf abzielte, künstliche Knappheit für die meisten und Akkumulation für einige wenige zu schaffen, während im Rest der Welt ein noch gewaltsamerer Prozess der Einfriedung durchgesetzt wurde: die Kolonisierung mit der Ausrottung der einheimischen Bevölkerung und dem Sklavenhandel. In der Zwischen-

zeit wurden, wie Silvia Federici¹ schreibt, die Körper der Frauen und ihre Pflegearbeit kolonialisiert und kostenlos vereinnahmt, da diese als „natürlich“ (also näher an der Natur) angesehen wurden.

Mit anderen Worten: Wachstum ist und war immer mit Kolonisierungsprozessen verbunden. Wie die Autoren des Buches *Degrowth / Postwachstum zur Einführung*² argumentieren, ist Wachstum die Materialisierung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik. Der Kapitalismus definiert sich nicht durch das Vorhandensein von Märkten, die es schon Tausende von Jahren davor gab, sondern verdankt seine Einzigartigkeit der Akkumulation und dem unendlichen Wachstum – was ohne Ausbeutung nicht möglich ist – als notwendige Bedingung seiner Existenz. Wenn Sozialismus bedeutet, die Ausbeutung zu beseitigen, bedeutet das auch, die Akkumulation und damit das grenzenlose Wachstum zu beseitigen.

Degrowth im Focus der Öffentlichkeit

Die *New York Times*³ zum Beispiel ist sich der Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit dieses Themas bewusst und setzte es am 16. September auf die Titelseite ihrer internationalen Ausgabe. Während auf der einen Seite, wie die *New York Times* schreibt, das Paradigma des grünen Wachstums vorherrscht, d.h. der Glaube an die Vereinbarkeit zwischen einem ständig wachsenden BIP und einem ökologischen Wandel auf der Grundlage technologischer (und marktge-

steuerter) Innovationen – das von den europäischen Regierungen, dem Weißen Haus, der Weltbank etc. vertreten wird –, zeichnet sich auf der anderen Seite eine Gegenbewegung ab, nämlich das Degrowth.

„Von wegen neues Paradigma! Eher eine Neuauflage der alten Mär vom ‚glücklichen Degrowth‘“, ließe sich in Italien einwenden, eingedenk des Slogans, der vor über 10 Jahren in Mode war – ein Ausdruck, der in den Augen der Allgemeinheit bestenfalls für ein ethisches Konsumverhalten von Privilegierten oder im schlimmsten Fall für ein Höhlendasein steht. Ohne das Verdienst derjenigen zu schmälern, die sich in der Vergangenheit damit beschäftigt haben, darf man keinesfalls übersehen, dass die Protagonist*innen, die sich damit befassen, inzwischen andere sind und aus vielen verschiedenen Bereichen kommen und immer mehr politische Gruppen und Institutionen dieses Thema ernst nehmen.

Im Jahr 2019 unterzeichneten 11 258 Wissenschaftler aus 153 verschiedenen Ländern eine kurz gefasste Warnung, in der sie unter anderem feststellten: „Statt dem BIP-Wachstum und dem Streben nach Wohlstand nachzueifern, müssen wir uns auf die Erhaltung der Ökosysteme und die Verbesserung des menschlichen Wohlergehens konzentrieren, wobei die Grundbedürfnisse Vorrang haben und die Ungleichheiten abgebaut werden müssen“.⁴ Im jüngsten Bericht der Vereinten Nationen über die weltweite biologische Vielfalt hat das IPBES (das Äquivalent zum Weltklimarat für die Artenvielfalt) als wichtigste Empfehlung zur Eindämmung des anhaltenden Massensterbens und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt darauf hingewiesen, dass wir uns von der Fixierung auf das BIP-Wachstum lösen und Degrowth als zunehmend bedeutsamen Ansatz allgemein anerkennen müssen.

Die Europäische Umweltagentur, ein Organ der EU, schrieb in ihrem Bericht mit dem Titel „Wachstum ohne Wachstum“ aus dem Jahr 2021, dass die „rasante Zunahme“ des Verlusts der biologischen Vielfalt, des Klimawandels, der Umweltverschmutzung und des Verlusts an Naturkapital eng mit dem Wirtschaftswachstum verbunden ist und dass eine vollständige Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch wohl nicht möglich ist. Schließlich wies er darauf hin, dass „Donut-Ökonomie“⁵, Postwachstum und Degrowth Alternativen sind, die wertvolle Denkanstöße liefern. Eine kurze Definition des Begriffs „Degrowth“ stammt von Jason Hickel⁶, dem wohl einflussreichsten zeitgenössischen Autor, demzufolge es sich um „eine geplante Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs handelt, die darauf abzielt, die Wirt-

schaft wieder in ein Gleichgewicht mit dem Leben auf der Welt zu bringen, um Ungleichheiten zu verringern und das menschliche Wohlbefinden zu verbessern“.

In der Zwischenzeit ist der Bericht des Weltklimarats, der im März 2022 erscheinen soll, teilweise durchgesickert (und z. B. vom *Guardian* aufgegriffen worden), und zwar die Kapitel über die Eindämmung des Klimawandels, weil einige Autoren befürchten, dass sie aufgrund des starken Lobbydrucks der öffentlichen und privaten Umweltsünder gestrichen werden könnten. Die Vorgaben lassen keinen Raum für Zweifel: „Der bisher auf globaler Ebene vollzogene technologische Wandel reicht nicht aus, um die Klima- und Entwicklungsziele zu erreichen. [...] Das Wachstum des Energie- und Materialverbrauchs ist die Hauptursache für den Anstieg der Treibhausgase. Die leichte Entkopplung des Wachstums vom Energieverbrauch (die überwiegend durch Produktionsverlagerungen erreicht wurde) konnte die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums und Bevölkerungswachstums nicht ausgleichen. [...] In den Szenarien, die eine Verringerung der Energienachfrage vorsehen, sind die Zielvorgaben für die Eindämmung [des Klimawandels] deutlich leichter zu erfüllen, da man weniger auf die CO₂-Beseitigung angewiesen ist, die Böden weniger stark degradiert werden und die Preise für Kohlendioxid niedriger sind. Diese Szenarien bedeuten keine Beeinträchtigung der Lebensqualität, sondern vielmehr eine Verbesserung der Dienstleistungen.“ Kurz gesagt: Degrowth-Szenarien.

Es ist daher verständlich, dass die Frage des Degrowth in vielen Ländern breit diskutiert wird. In Frankreich hat *Le Monde*⁷ im September letzten Jahres eine ausführliche Debatte zwischen Befürworter*innen und Kritiker*innen des Degrowth veröffentlicht; in *Le Monde Diplomatique*⁸ wurde im Oktober ein „Loblied auf Degrowth“ veröffentlicht, und in *Liberation* wird Degrowth allein im Jahr 2019 in 237 Artikeln erwähnt. Für die englischsprachige Welt schrieb der führende Umweltkolumnist des *Guardian*: „Grünes Wachstum gibt es nicht – ‚weniger von allem‘ ist der einzige Weg, eine Katastrophe zu vermeiden“.⁹ In den Niederlanden hat Amsterdam offiziell das Konzept der „Donut-Ökonomie“ als Modell eingeführt.

In Spanien berichtete *El País* kürzlich über Degrowth und stellte fest, dass die Debatte über Degrowth durch die Erweiterung des Flughafens von Barcelona neu angefacht wurde.¹⁰ Die Plattform, die die Massendemonstration zur Verhinderung des Bauvorhabens organisiert hat (das inzwischen durch die Madrider Zentralregierung vorerst auf Eis gelegt wurde), nennt sich selbst unmissverständlich

„Plattform für den Rückbau des Hafens und des Flughafens von Barcelona“. Unter den Parteien, die den Protest unterstützt haben, hat die CUP (Kandidatur der Volks Einheit), die bei den letzten Regionalwahlen in Katalonien 7 % der Stimmen erhalten hat und auf deren Stimmen die Regionalregierung angewiesen ist, das Prinzip des Degrowth in ihr offizielles Programm aufgenommen: „Wir sind für die Schrumpfung (degrowth) der Wirtschaftsproduktion, die Reduzierung des absoluten Material- und Energieverbrauchs, vor allem bei den herrschenden Klassen“. Wie *El País* weiter feststellt, vertreten auch weite Teile der Kommunalregierung sowie Podemos und Esquerra Republicana (ERC) diese Positionen.

Degrowth in der wissenschaftlichen Diskussion

Ebenfalls in Barcelona hat der Wissenschaftsverband Research and Degrowth zusammen mit dem internationalen Netzwerk Stay Grounded (Unten bleiben) dazu beigetragen, die Konferenz Degrowth of Aviation (Schrumpfung des Luftverkehrs) 2019 zu organisieren. Anhand eines Flughafens (und des Luftverkehrs im Allgemeinen) lässt sich das Prinzip des Degrowth beispielhaft verdeutlichen: Es handelt sich um einen sehr schnell wachsenden Sektor (die jüngsten Schätzungen gehen von einem Wachstum von 4,3 % pro Jahr in den nächsten zwanzig Jahren aus), von dem nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung profitiert (nur 10 % der Weltbevölkerung sind mindestens einmal geflogen), der aber wahrscheinlich nicht dekarbonisiert werden kann und daher immer mehr dazu beiträgt, das verbleibende globale CO₂-Budget rasch aufzubreuchen.¹¹ Dennoch trägt er direkt und indirekt erheblich zum BIP bei. Die Frage, die sich angesichts der Flughafen-erweiterung in Barcelona stellt, ist einfach: Soll man Geld in den Ausbau des Flughafens investieren und damit

- 1** das Passagieraufkommen um 20 Millionen pro Jahr erhöhen (einschließlich der Touristen, die in die Stadt einfallen werden);
- 2** ein Naturgebiet zubetonieren;
- 3** dazu beitragen, das verbleibende Budget an klimaschädlichen Emissionen rasch aufzubreuchen?

Auf der einen Seite haben sich die Presse und die etablierten Parteien für das Projekt vehement stark gemacht und auf den Beitrag hingewiesen, den es zur Entwicklung und zum wirtschaftlichen Wachstum der Stadt, der Region und des Landes leisten würde; auf der anderen Seite haben die Gegner*innen auf den ökologischen und sozialen Wahnsinn dieses Vorhabens hingewiesen und den letztlich

erfolgreichen Slogan „Weniger Flugzeuge, mehr Leben“ ausgegeben.

Jemand, der es mit dem Umweltschutz ernst meint, das Wirtschaftswachstum zugleich aber für wichtig hält, könnte einwenden, dass in dem genannten Beispiel zwar die Gegner*innen des Ausbaus Recht haben und man diese Art von Wachstum tatsächlich nicht brauche, die Wirtschaft aber trotzdem in verschiedener Hinsicht wachsen könne, ohne mehr Material und Energie zu verbrauchen und mehr Emissionen zu erzeugen, und dass dieses grüne oder immaterielle Wachstum der Königsweg sei. Die Wachstumskritiker*innen würden einwenden, dass grünes oder immaterielles Wachstum ein Oxymoron sei oder bestenfalls ein Mythos.

Und dies ist vielleicht der grundlegende (aber nicht ausschließliche) Knackpunkt der makroökonomischen und physikalischen Debatte über Degrowth: die sogenannte absolute Entkopplung zwischen dem BIP-Wachstum und der Zunahme der Emissionen sowie des Material- und Energieverbrauchs. In diesem Sinne antworten Hickel und Kallis auf die Frage „Ist grünes Wachstum möglich?“ mit brutaler Offenheit und kommen zu dem Schluss, dass es „erstens keine empirischen Beweise dafür gibt, dass eine völlige Entkopplung der Wirtschaft vom Ressourcenverbrauch auf globaler Ebene erreicht werden kann, solange diese beständig wächst, und es zweitens höchst unwahrscheinlich ist, dass eine vollständige Entkopplung von den Kohlenstoffemissionen schnell genug erzielt werden kann, um eine globale Erwärmung von mehr als 1,5 °C oder 2 °C zu verhindern – selbst unter optimistischen politischen Bedingungen“.¹²

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt eine Studie, die eine systematische Überprüfung von 835 von Experten ausgewerteten Artikeln über die Entkopplung von BIP-Wachstum, Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen vornimmt.¹³ Ein in diesem Jahr in der renommierten Fachzeitschrift *Nature*¹⁴ veröffentlichter Beitrag kommt zu dem Schluss, dass Degrowth-Szenarien viele Risiken, besonders im Hinblick auf Machbarkeit und Nachhaltigkeit, auf ein Minimum reduzieren – im Vergleich zu den den technologiebasierten Lösungswegen wie die hypothetische Entkopplung von hohem Energieverbrauch und BIP, die großtechnische Beseitigung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre und seine unterirdische Speicherung sowie eine umfassende, schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien.

Ebenfalls in *Nature* vermeldet ein Artikel vom letzten Sommer: „Postwachstumsansätze können die rasche

Reduktion [der Treibhausgasemissionen] bei gleichzeitiger Verbesserung der sozialen Verhältnisse erleichtern und sollten von Klimamodellierern erforscht werden“.¹⁵

Die genannten Studien widmen sich dem unzureichenden (aber unvermeidlichen) physikalischen und technischen Aspekt des Themas und argumentieren, dass es höchst unwahrscheinlich ist, BIP-Wachstum und Umweltzerstörung zu entkoppeln. Mehr oder weniger orthodoxe Ökonomen beharren in diesem Punkt darauf, dass eine Entkopplung theoretisch möglich ist, obwohl sie noch nie stattgefunden hat. Auch wenn es natürlich nur wenige Dinge in einer Gesellschaft gibt, die theoretisch unmöglich sind, sagt die theoretische Möglichkeit eines Phänomens nichts über seine Wahrscheinlichkeit oder seine politische Erwünschtheit aus. Diesem Aspekt widmet sich der letzte Teil des Artikels. Zuvor soll jedoch darauf verwiesen werden, dass die Entkopplung nur einen Teil der wachsenden akademischen Literatur über Degrowth ausmacht. Im Jahr 2020 wurden 70 wissenschaftliche Artikel, vier Sonderausgaben, 203 Online-Artikel und 11 Bücher zum Thema Degrowth in englischer Sprache veröffentlicht. Über das Thema Entkopplung hinaus handelt es vor allem um kritische Analysen der Intersektionalität von Wachstum, Kapitalismus, Kolonialismus, Patriarchat und ökologischer Krise und/oder um das Aufzeigen gangbarer Wege zu einem wachstumsfreien, ökologischen, dekolonialen und feministischen Sozialismus. Daraus leite ich die folgende These ab.

(Öko)Sozialismus und Degrowth

Die „Linke“ tat und tut sich noch immer u. a. deswegen schwer, ein alternatives Gesellschaftssystem zum kapitalistischen plausibel aufzuzeigen, weil sie sie sich ständig und zwangsläufig in einen inneren Widerspruch verstrickt, solange sie keine politische und ökonomische Kritik des Wachstums entwickelt. Viele der Einzelmaßnahmen, die wir für politisch korrekt halten, sind nicht umsetzbar, solange wir an dem Dogma eines kontinuierlichen BIP-Wachstums festhalten. Dadurch geraten wir letztlich in eine gedankliche Sackgasse und stimmen implizit oder explizit mit den politischen Kräften in der Mitte und auf der Rechten überein, die alles um des Wachstums willen zur Ware machen wollen. Aus dieser Sackgasse kommt man nicht heraus, wenn man nicht den Mut hat, das Wachstum als solches infrage zu stellen.

Nehmen wir zwei Beispiele. Eine historische Forderung der Arbeiterklasse lautete oft: „Weniger arbeiten, damit alle Arbeit haben“. Eine durchaus vernünftige

Forderung, solange – wie es der Fall ist – Effizienz und Produktivität steigen und damit weniger Zeit für die Produktion der gleichen Einheiten benötigt wird. Keynes selbst sagte voraus, dass wir heute etwa 15 Stunden pro Woche arbeiten könnten, um so viel zu produzieren wie damals, um den Bedarf aller zu decken. Weil das System jedoch vom konstanten Wachstum des BIP abhängt, haben wir indes nicht die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeit umverteilt, um die gleichen Einheiten zu produzieren, sondern wir haben die Arbeitszeit beibehalten, zwanzigmal so viel produziert und weniger verdient. Solange das Wachstumsprinzip nicht abgeschafft wird, verpassen wir es, die Produktivitätsgewinne in Freizeit umzuwandeln.

Man stelle sich einen Platz als öffentliches Gelände vor, der mit Tischen eines Touristenrestaurants zugestellt ist und über dem Werbeplakate hängen, die uns dazu anregen, Waren zu konsumieren, die wir nicht brauchen und die nur der Umwelt und unserer psychischen Gesundheit schaden. Die Leser*innen werden uns zustimmen, dass dieser Platz eigentlich wieder in einen Ort der sozialen Begegnung, der öffentlichen Gestaltung und der Begrünung zurückverwandelt werden muss. Würden diese Objekte „moderner Einhegung“ wieder Gemeingut, ginge ein großer Teil des BIP verloren, der generiert wird durch die Restaurants, die Werbung an sich, diejenigen, die diese Werbung entwerfen, fotografieren und drucken, und den dadurch angeregten Konsum. Und natürlich gingen Arbeitsplätze verloren. Mit dieser ständigen Erpressung hat es der Kapitalismus immer geschafft, die Linke davon zu überzeugen, dass Wachstum sein muss, und in Vergessenheit geraten zu lassen, dass alle weniger und besser arbeiten könnten. Dieses Beispiel zeigt, wie eine linke Forderung, nämlich dass der städtische Raum wieder der Allgemeinheit zur Verfügung stehen muss, mit dem Wachstumspostulat kollidiert.

Die ständige Mehrung der zu teilenden Beute ist die stärkste ideologische und kulturelle Waffe des Kapitalismus: Die Möglichkeit, den materiellen Reichtum nicht mehr gerecht zu verteilen, entsteht gerade dadurch, dass – zumindest theoretisch – auch die kleinsten Anteile immer größer werden. Wenn es das endlose Versprechen von „mehr“ nicht mehr gäbe, bliebe die gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen zwangsläufig die einzig sinnvolle Alternative.

Manch einer mag sich jedoch fragen, wie ein Ökosozialismus ohne Wachstum weiterhin die Aussicht auf einen steigenden Lebensstandard für die Mehrheit der Menschen gewährleisten kann. Es gibt mindestens zwei valide

Antworten darauf. Erstens ist dieses Versprechen, das heutzutage durch die Gleichsetzung von Lebensstandard und Wirtschaftswachstum definiert wird, eine Nebelkerze: Man muss nur darauf verweisen, dass das Glücksniveau in den USA seit den 1950er Jahren stagniert und zurückgegangen ist, während sich das Pro-Kopf-Einkommen vervierfacht hat. Niemand wird bestreiten, dass in vielerlei Hinsicht eine bessere Nutzung von Ressourcen und Energie auch bessere Lebensbedingungen ermöglicht. Wenn dort Maßnahmen ergriffen werden, um die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen, wird das BIP wachsen. Doch im Globalen Norden ist die Mehrung des Wohlbefindens nicht mehr vom BIP-Wachstum abhängig, sobald ein bestimmtes Maß an materiellen Bedürfnissen erfüllt worden ist.

Was hingegen den Unterschied ausmacht, sind – einer aktuellen Studie zufolge – qualitativ gute öffentliche Dienstleistungen, Gleichheit und Demokratie, die mehr zur Befriedigung der Bedürfnisse (und einem geringeren Energiebedarf) beitragen.¹⁶ Umgekehrt führt ein BIP-Wachstum über ein moderates Niveau an Wohlbefinden hinaus zu einer geringeren Bedürfnisbefriedigung (und einem höheren Energiebedarf). Auch andere Indikatoren für Wohlbefinden korrelieren bloß bis zu einem gewissen Grad mit dem BIP, aber nicht darüber hinaus: Wir wissen, dass mehrere europäische Länder (aber auch Costa Rica, Kuba und andere) im Allgemeinen ein viel höheres Maß an Glücksempfinden, Lebenserwartung und Bildungsniveau aufweisen als die USA, obwohl ihr BIP pro Kopf erheblich niedriger ist. Kurzum, Degrowth im Globalen Norden bedeutet nicht, individuelle und kollektive Erwartungen an eine bessere Zukunft zu ignorieren oder aufzugeben, sondern es bedeutet, anzuerkennen, dass das BIP-Wachstum an sich kein Mittel ist, um diese Erwartungen zu erfüllen.

Die zweite Möglichkeit, die Frage zu beantworten, besteht darin, zu überdenken, was mit der „Mehrheit der Menschen“ gemeint ist, denn diese Mehrheit lebt bekanntlich nicht in den Ländern, die sich selbst als „entwickelt“ bezeichnen. In diesem Sinne ist die Forderung nach Degrowth in den Metropolen ein wichtiger Bestandteil des Antikolonialkampfes. Der globale Norden ist heute für 92 % aller Emissionen verantwortlich, die die globalen Grenzwerte überschreiten, ganz zu schweigen von der Nutzung von Ressourcen, die zumeist auf Kosten des globalen Südens geplündert werden und das nachhaltige Niveau vierfach überschreiten. Um globale Umweltgerechtigkeit und demnach mehr materiellen Wohlstand – einhergehend mit einem höheren Verbrauch

von Materialien und Ressourcen – zu erreichen, muss der Verbrauch von Materialien und Ressourcen im Norden drastisch zurückgehen. Für uns als Bewohner des Nordens ist die Forderung nach Degrowth, um Luft, Boden und Ressourcen zu entlasten und zurückzugeben, mithin die plausibelste Form, uns im Kampf gegen den Kolonialismus zu engagieren.

Vom Wert dieser Debatte

In diesem Artikel habe ich versucht zu erklären, dass eine Debatte im Gange ist, die wir ernst nehmen sollten, auch wenn man erheblich umdenken und sich von gewohnten Vorstellungen verabschieden muss. [...] Zur Vertiefung des Themas verweise ich auf die zitierten Quellen und besonders auf ein Werk von Jason Hickel: *Weniger ist mehr: Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind*¹⁷.

Eine letzte Anmerkung zum Begriff „degrowth“. Viele Leute mögen ihn nicht und vielleicht sollte man ihn nicht verwenden. Aber vielleicht ist er gerade deswegen so wichtig, weil er wenig eingängig ist (im Gegensatz zu „Nachhaltigkeit“, „Grün“, „Inklusivität“, „Resilienz“, aber auch „Sozialismus“). Degrowth mag irritieren, gerade weil es keinen Raum für Zweifel lässt: Für mehr Umweltgerechtigkeit und besseres Leben muss der materielle Umfang der Wirtschaft schrumpfen, müssen die Gemeingüter vervielfacht, die Arbeit demokratisiert, mehr Zeit freigesetzt und der Reichtum umverteilt werden. Wenn wir dies alles tun, wird das BIP wahrscheinlich sinken. Seien wir ehrlich und organisieren wir uns auf eine möglichst gerechte Art und Weise. Genau darum geht es bei Degrowth.

Leicht (und in den Anmerkungen stark) gekürzt aus *Jacobin Italia* vom 5.11.2021

Übersetzung: MiWe

Lorenzo Velotti ist Doktorand an der Scuola Normale Superiore in Florenz und Mitglied von Cosmos (Centre on Social Movement Studies). An der London School of Economics spezialisierte er sich auf Anthropologie und Entwicklung.

1 Silvia Federici, *Caliban und die Hexe*, Mandelbaum Verlag, 2012

2 Matthias Schmelzer, Andrea Vetter, *Degrowth / Postwachstum zur Einführung*, Junius, 2019

3 Do We Need to Shrink the Economy to Stop Climate Change?, *New York Times* vom 16. September 2021

4 [https://academic.oup.com/bioscience/ Artikel/70/1/8/5610806](https://academic.oup.com/bioscience/Artikel/70/1/8/5610806)

- 5** vgl. Kate Raworth, *Die Donut-Ökonomie*, Hanser, 2018
- 6** Jason Hickel, What does degrowth mean? A few points of clarification, *Globalizations*, vol. 18, 2021, n° 7
- 7** https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/09/24/les-debats-des-verts-sont-loinde-refleter-la-profondeur-du-champ-de-ladecroissance_6095896_3232.html
- 8** Vincent Liegey, Éloge de la décroissance, *le Monde diplomatique*, Oktober 2021.
- 9** George Monbiot, “Green growth” doesn’t exist – less of everything is the only way to avert catastrophe, *The Guardian*, 29. September 2021:
- 10** Cristian Segura, La ampliación de El Prat aviva el debate sobre el decrecimiento, *El País* vom 15. August 2021
- 11** Paul Peeters, James Higham, Diana Kutzner, Scott Cohen, Stefan Gössling, Are technology myths stalling aviation climate policy?, *Science Direct* vol. 44, Mai 2016
- 12** Jason Hickel, Giorgios Kallis, Is Green Growth Possible?, *New Political Economy*, vol. 25, 2020, n° 4.
- 13** H. Haberl, D. Wiedenhofer, D. Virág, G. Kalt, B. Plank, P. Brockway, T. Fishman, D. Hausknost, F. Krausmann, B. Leon-Gruchalski, A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II : synthesizing the insights, <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ab842a>
- 14** Lorenz T. Keyßer, Manfred Lenzen, 1,5°C degrowth scenarios suggest the need for new mitigation pathways, *Nature*, 11. Mai 2021
- 15** Jason Hickel, Paul Brockway, Giorgios Kallis, Lorenz Keyßer, Manfred Lenzen, Aljosa Slamersak, Julia Steinberger, Diana Ürge-Vorsatz, Urgent need for post-growth climate mitigation scenarios, *Nature*, 4. August 2021
- 16** Jefim Vogel, Julia K. Steinberger, Sanil W. O’Neil, William F. Lamb, Jaya Krisshnakumar, Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use : An international analysis of social provisioning, *Science Direct* vol. 69, Juli 2021
- 17** Jason Hickel: *Weniger ist mehr: Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind*, wird am 15.3.2022 bei oekom erscheinen



UNGLEICHES WACHSTUM ODER GERECHTES DEGROWTH

Vor 25 Jahren wurde „Degrowth“ von seinen Anhängern als „Worthülse“ mit unklarer ideologischer Ausrichtung verstanden: Serge Latouche und seine Anhänger beanspruchten, „die Vorstellungswelt verändern“, um „aus der Wirtschaft und der Entwicklung auszusteigen“... Heute wird wieder über Degrowth diskutiert, allerdings unter strengeren Prämissen.

■ Daniel Tanuro

Angesichts der Klimakatastrophe glauben viele Expert*innen nicht mehr an die Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß senken und gleichzeitig das BIP steigern zu können. Ihrer Meinung nach kann das Klima nicht stabilisiert werden, ohne den globalen Energieverbrauch so drastisch zu senken, dass die Produktion von Waren und Dienstleistungen zwangsläufig zurückgeht. Diese These hat natürlich Auswirkungen auf gesellschaftliche Entscheidungen – alle diese Expert*innen betonen, dass das Degrowth mit sozialer Gerechtigkeit einhergehen muss –, aber ihre Grundlage ist wissenschaftlich, nicht ideologisch.

Wachstum und Klima gehen nicht zusammen

Schauen wir uns zunächst die Fakten des Problems an. Um eine Erwärmung von 1,5 °C nicht zu überschreiten, müssen die Netto-CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 50 % und bis 2100 um mindestens 100 % gesenkt werden. Die Autor*innen des 5. Sachstandsberichts des Weltklimarats (AR5, 2014, der als Grundlage für das Pariser Abkommen diente) gingen davon aus, dass diese Reduzierung mit dem Wirtschaftswachstum vereinbar sein würde: Durch höhere Energieeffizienz

und den Durchbruch der erneuerbaren Energien sollte die Entwicklung des BIP von der Entwicklung der CO₂-Emissionen abgekoppelt werden. Sechs Jahre später hat in einigen Industrieländern tatsächlich eine relative Entkopplung begonnen. Eine absolute Entkopplung ist jedoch nicht möglich. Denn die Steigerung der Effizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien erfordern enorme Investitionen, die sehr energieintensiv sind, und diese Energie ist zu über 80 % fossil. Folglich führt die Energiewende unter Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums zwangsläufig zu höheren CO₂-Emissionen. Da diese Emissionen – nicht relativ, sondern absolut – reduziert werden müssen, folgt daraus zwangsläufig, dass ein Wachstum des BIP im Widerspruch zur Eindämmung der Erderwärmung unter 1,5 °C steht.

Viele Expert*innen wollten daran festhalten, dass dieser Widerspruch zu lösen wäre, wenn man der Atmosphäre CO₂ entzieht, um die Emissionen auszugleichen. Hierfür wurden zwei Optionen aufgezeigt: Erstens die Maximierung der natürlichen CO₂-Absorption durch das Anpflanzen von Bäumen und zweitens die Entwicklung von „Negativen Emissionstechnologien“ (NET), um der Atmosphäre Kohlenstoff zu entziehen und ihn unterirdisch

zu speichern. Die Kritik an dieser Strategie ist nicht neu, aber der Weltklimarat hat sie bisher nicht berücksichtigt. So basierten alle Szenarien, die im Rahmen des Sonderberichts über 1,5 °C globale Erwärmung (2019) in Betracht gezogen wurden, auf einer möglichen Kompensation des CO₂-Ausstosses. Doch der Wind scheint sich zu drehen. Die Stimmen der Forscher*innen, die argumentieren, dass diese produktivistische Option gegen das Vorsorgeprinzip verstößt, können nicht länger ignoriert werden.

Die Sprache der Fakten

Ihre Argumente sind äußerst robust. Denn um das BIP-Wachstum mit der Einhaltung des 1,5°C-Ziels in Einklang zu bringen, sehen einige Szenarien vor, dass bis zum Jahr 2100 bis zu 1000 Gigatonnen Kohlenstoff aus der Atmosphäre entfernt werden müssen – das Fünfundzwanzigfache der jährlichen Emissionen! Bäume zu pflanzen, brächte nur einen sehr überschaubaren Nutzen, da die Landflächen begrenzt sind, und vor allem nur vorübergehend (Bäume nehmen nur während des Wachstums CO₂ auf und geben es dann wieder ab – und die Erderwärmung fördert Brände). Daher sollte man vor allem auf die NET setzen, insbesondere auf die „Bioenergie mit Kohlenstoffabscheidung und –speicherung“. Dies funktioniert nach einem einfachen Prinzip: Biomasse anstelle von fossilen Energieträgern verbrennen, das freigesetzte CO₂ auffangen und unter der Erde vergraben; da Biomasse unter Aufnahme von CO₂ wächst, sollte theoretisch die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre sinken... Aber in praxi ist erstens unklar, ob das funktionieren wird, da die Technologie erst als Prototyp existiert; müsste zweitens Biomasse auf riesigen Flächen angepflanzt werden; würde es drittens zu einem Konflikt mit der Nahrungsmittelversorgung der Menschen, der Artenvielfalt und der Trinkwasserversorgung kommen; ist viertens nicht sicher, ob das CO₂ nicht aus dem Untergrund entweichen wird.

Ein führender Wissenschaftler hat die Delegierten auf der COP26 offiziell gewarnt, dass bei einer Erwärmung von mehr als 1,5 °C die Erde zu einem „Treibhaus“ zu werden und der Meeresspiegel um dreizehn Meter oder mehr anzusteigen droht.¹ Es ist unsinnig, auf die Trickkiste der Zauberlehrlinge zu setzen, um diese Katastrophe zu verhindern. Darum besteht aber die einzige Alternative darin, den Endenergieverbrauch drastisch und umgehend zu reduzieren. Ein solcher industrieller Um- und Rückbau ist jedoch selbstredend nur möglich, wenn er mit sozialer und Klimagerechtigkeit einhergeht, d. h. dass die Ungleichheiten radikal beseitigt und die Lebensbedingungen

der ärmsten 50 % der Menschheit, in den armen, aber auch in den reichen Ländern radikal verbessert werden müssen. Alles in allem ist dies die Argumentation, weswegen immer mehr Wissenschaftler*innen quasi für ein „gerechtes Wachstum“ eintreten.

Luxuskonsum und Überproduktion zum Wohl der Reichen

In unserer Gesellschaft herrscht die Vorstellung, dass Wachstum und steigender Energieverbrauch für Beschäftigung und Einkommen – kurzum für ein besseres Leben – unerlässlich sind. Diese Vorstellung wird jedoch aus wissenschaftlicher Sicht zunehmend in Frage gestellt. Jenseits der Befriedigung der Grundbedürfnisse (hochwertige Nahrungsmittel, eine gute Wohnung, bequeme Kleidung, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, eine angemessene Mobilitätsinfrastruktur) nimmt der Nutzen eines höheren Energieverbrauchs in Wirklichkeit sehr schnell ab. Ergo „könnten die Länder mit hohem Einkommen ihren biophysikalischen Fußabdruck (und ihr BIP) reduzieren und trotzdem ihre sozialen Standards aufrechterhalten oder sogar steigern und mehr Gerechtigkeit zwischen den Ländern herstellen“, schreiben zwei Forscher. Die Herausforderung bestehe darin, „den Energie- und Ressourcenverbrauch der Wirtschaft auf gerechte Weise zu reduzieren und gleichzeitig die Lebensqualität zu sichern“.²

Könnten die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigt werden, wenn weltweit viel weniger Energie verbraucht und diese besser verteilt würde? Das ist die Frage. Ein Teil der Antwort liegt darin, dass die CO₂-Emissionen des reichsten Prozent und die der ärmsten 50 % und der 40 % mit „mittlerem“ Einkommen weit auseinanderklaffen. Diese Kluft wächst und wird aufgrund der Klimapolitik der Regierungen bis 2030 sogar noch stärker zunehmen! Je geringer das Einkommen ist, umso mehr werden sie sich anstrengen müssen, um die Emissionen zu senken!³

Die Regierungen weisen ständig darauf hin, dass „wir“ unser Verhalten ändern müssen. Aber wer ist dieses „wir“? „Der Konsum der weltweit reichsten Haushalte ist mit Abstand am meisten verantwortlich für den Umfang und die Zunahme der ökologischen und sozialen Verwerfungen“, schreiben Forscher*innen.⁴ Daher sollte dieser exzessive Luxuskonsum verboten werden: Privatjets, Superyachten, Luxuswohnungen, SUVs etc. Und da diese Konsumgüter erst einmal produziert werden müssen, müssen auch die Wirtschaftsprozesse gestoppt werden,

die in erster Linie auf den Profit der Kapitalist*innen abzielen: Waffen, Werbung, geplante Obsoleszenz etc.

Es ist genug für alle da

Andere haben untersucht, welche Bedürfnisse auf der Grundlage des verfügbaren Emissionsbudgets pro Individuum befriedigt werden können und unter welchen sozialen Bedingungen dies erfolgen kann.⁵ Dieser Ansatz ist deswegen so bedeutsam, weil er zeigt, dass die Bedürfnisbefriedigung nicht nur von der verbrauchten Energiemenge abhängt, sondern auch von verschiedenen sozioökonomischen Faktoren, die die Korrelation zwischen Energieverbrauch und Bedürfnissen bestimmen. Es gibt „günstige“ Faktoren, die die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigen und gleichzeitig weniger Energie verbrauchen, wie z. B. gute öffentliche Dienstleistungen, wirkliche Demokratie, weniger Einkommensunterschiede, sichere Versorgung mit Strom und sauberer Energie, ein öffentliches Gesundheitssystem und eine gute Handels- und Verkehrsinfrastruktur. Wachstum und Extraktivismus hingegen sind „schädliche“ Faktoren: Es wird mehr Energie verbraucht, um die Bedürfnisse schlechter zu befriedigen. Beispiel: Gute öffentliche Dienstleistungen erhöhen die Lebenserwartung und senken den Endenergieverbrauch; Extraktivismus hingegen senkt ersteres und erhöht letzteres.

Alle derartigen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ein komfortabler Lebensstandard auf der ganzen Welt mit einem deutlich geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch gewährleistet werden kann, als dies bei den Reichen und in den reichen Ländern der Fall ist. Die Triebkräfte des übermäßigen Energieverbrauchs in diesen Ländern sind: „eine Spirale energieintensiver Bedürfnisse, die durch die Eigendynamik der schädlichen Faktoren aufrechterhalten wird; Luxuskonsum und ungleich verteilter Konsum; geplante Obsoleszenz; Überproduktion/Überkonsum; Profitstreben; Steigerung der notwendigen Produktion unter dem Druck der Finanzmärkte und der Rohstoffrente“. Das Problem ist, dass die „schädlichen Faktoren aktiv vorangetrieben werden“, und zwar im Rahmen des weltweit herrschenden Systems. Die Lösung muss daher „systemisch“ und zugleich global erfolgen: „Ein grundlegender Wandel ist notwendig, um der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse mit wenig Energie Vorrang zu geben.“⁶

Ein vorsichtiges Umdenken

Der 5. Bericht des Weltklimarates stand noch uneingeschränkt hinter den Dogmen der kapitalistischen Markt-

und Konkurrenzwirtschaft und damit dem Wachstumssprinzip: „Die Klimamodelle setzen voll funktionierende Märkte und wettbewerbsorientiertes Marktverhalten voraus“. Dieses Dogma ist nicht mehr haltbar, da es uns in den Abgrund treibt. Die Teile des 6. Berichts, die sich mit der Anpassung an die Erderwärmung und mit der Reduzierung der Emissionen befassen, werden Anfang 2022 veröffentlicht. Der *Entwurf der Zusammenfassung für Entscheidungsträger* des Berichts über die Emissionsreduzierung ist durchgesickert. Darin heißt es: „In den Szenarien, die eine Verringerung der Energienachfrage vorsehen, sind die Zielvorgaben für die Eindämmung [des Klimawandels] deutlich leichter zu erfüllen, da man weniger auf die CO₂-Beseitigung angewiesen ist, die Böden weniger stark degradiert werden und die Preise für Kohlendioxid niedriger sind. Diese Szenarien bedeuten keine Beeinträchtigung der Lebensqualität, sondern vielmehr eine Verbesserung der Dienstleistungen.“⁷

Es wäre naiv, daraus zu schließen, dass der 6. Bericht des Weltklimarates gegen die Marktwirtschaft Stellung beziehen wird. Der Entwurf der Zusammenfassung spiegelt lediglich die Plausibilität der wissenschaftlichen Argumente wider, wonach es unmöglich ist, Wirtschaftswachstum mit der Begrenzung der Erderwärmung auf unter 1,5 °C zu vereinbaren. Der Weltklimarat gibt keine Empfehlungen ab, sondern trifft Feststellungen auf der Grundlage der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Forscher*innen, die sich mit dem Thema „Gerechter Degrowth“ beschäftigen, werden nun von ihren Kolleg*innen anerkannt. Dies ist ein Sieg gegen die Einflussnahme der kapitalistischen Ideologie des „Immer mehr“ auf die Wissenschaft. Aber letztlich bestimmen die Regierungen, welcher Weg eingeschlagen wird. Die Zusammenfassung des Berichts muss von ihnen bestätigt werden. Man kann sich sicher sein, dass sie alles daran setzen werden, dass der oben zitierte Satz aus der Zusammenfassung verschwindet. Ob sie sich damit durchsetzen können, werden wir sehen. Aber auf jeden Fall wird der Satz in dem Bericht bleiben, der nur den Wissenschaftler*innen gehört!

Ein toter Planet braucht keine Arbeitsplätze

Dass der Weltklimarat das Prinzip des „gerechten Degrowth“ als Alternative zur sakrosankten kapitalistischen Konkurrenz-, Profit- und Wachstumslogik anerkannt hat, ist ein Meilenstein im Kampf für eine andere Gesellschaft. Daran wird sich insbesondere die Gewerkschaftsbewegung messen lassen müssen. Deren Bürokratie ist bisher das Wirtschaftswachstum im Namen der Arbeitsplätze

heilig und sie geben sich der Illusion hin, dass es einen „gerechten Übergang“ zu einem „grünen Kapitalismus“ geben könnte. In Wahrheit gibt es genauso wenig einen grünen Kapitalismus wie einen sozialen Kapitalismus, und der „Übergang“ ist ein Trugschluss. Mit dem BIP wachsen die Ungleichheiten. Die Kosten für die Klimakrise werden gesalzen sein und die Reichen werden sie den Habenichtsen präsentieren. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch eine ökologische Katastrophe, die auch mit einer beispiellosen sozialen Katastrophe einhergehen wird, können wir uns nur durch kollektive Kämpfe dagegen wehren.

Es ist dringend geboten, dass sich die Lohnabhängigen viel aktiver gemeinsam mit der Jugend, den Frauen, den indigenen Völkern und den Kleinbauern und -bäuerinnen engagieren, die selbst im Kampf für den Planeten an vorderster Front stehen. Dafür braucht es eine grundlegende strategische Neubestimmung und ein Programm, das auf antikapitalistische und antiproduktivistische Struktur-reformen abzielt. Dies würde auch den Gewerkschaften ermöglichen, die Perspektive eines „gerechten Degrowth“ mit ihren eigenen Prioritäten, Forderungen und Bestrebungen zu versöhnen. Dazu gehören namentlich eine öffentlich organisierte und kollektive Umschulung der Beschäftigten auf ökologisch und sozial nützliche Tätigkeiten (ohne Lohnverlust) und eine massive und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Weniger arbeiten, damit Alle arbeiten und besser leben können! Es gibt keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten. Sein Leben zu verlieren, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen und dabei den Planeten unserer Kinder zu zerstören, ist weniger denn je hinnehmbar.

Aus *Gauche anticapitaliste* vom 24.12.2021

Übersetzung: MiWe

1 Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, <https://www.youtube.com/watch?v=iW4fPXzX1S0>

2 Lorenz T. Keyßer & Manfred Lenzen., 1.5 °C Degrowth Scenarios Suggest the Need for new Mitigation Pathways *Nature Communications* 12, Article number: 2676 (2021)

3 <https://www.oxfam.org/en/press-releases/carbon-emissions-richest-1-set-be-30-times-15degc-limit-2030>

4 Th. Wiedmann, M. Lenzen, L.T. Keyßer, J. Steinberger, Scientists Warning on Affluence, *Nature Communications* 11, Article number: 3107 (2020)

5 Jefim Vogel, Julia K. Steinberger, Daniel W. O’Neil, William F. Lamb, Jaya Krishnakumar, Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning, *Science Direct* vol. 69, Juli 2021

6 ibidem

7 Juan Bordera & Fernando Prieto, El IPCC considera que el decrecimiento es clave para mitigar el cambio climático, *Revista Contexto*, 7/8/2021.



ÖKOLOGISCHER VANDALISMUS

Reiche Menschen gehören laut einer Oxfam-Studie zu den Treibern der Erderwärmung und stehen deshalb beim Klimaschutz in besonderer Verantwortung. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung werde im Jahr 2030 voraussichtlich 16 % des CO₂-Ausstoßes verursachen. Diese CO₂-Ungleichheit muss unbedingt berücksichtigt werden, wenn man die Frage der Emissionsreduzierung aufwirft.

■ Daniel Tanuro

■ Auf der COP26 in Glasgow schockierte der Direktor des Potsdam-Instituts (PIK), Johan Rockström, die Delegierten mit der Information, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung bis 2030 seine Emissionen um das Dreißigfache reduzieren muss, um unter 1,5 °C Erderwärmung zu bleiben und dabei Klimagerechtigkeit zu wahren; die ärmsten 50 % hingegen können ihre Emissionen um das Dreifache steigern. [...]

Diese Information stammt aus einer von Oxfam in Auftrag gegebenen und von Tim Gore, einem ehemaligen Oxfam-Verantwortlichen und jetzigen Leiter des „Low Carbon and Circular Economy programme“ am Institut für Europäische Umweltpolitik durchgeführten Studie.¹ Deren Inhalt verdient zugleich breite Beachtung und kritische Würdigung.

Das Thema Klimaungerechtigkeit wird in der Regel auf die Länder bezogen, entlang der historischen Verantwortung des globalen Nordens und Südens: Der erste ist reich und verantwortlich, der zweite arm und Opfer. Nun sind aber arme US-Amerikaner*innen oder Europäer*innen nicht reich und reiche Chines*innen oder Inder*innen nicht arm. Die Oxfam-Studie bemüht sich, diesen Klassengehalt zu berücksichtigen. Das ist ihr größ-

ter Vorteil. Doch zunächst wollen wir uns der angewandten Methodik widmen.

Methodik der Studie

Der Autor vergleicht die CO₂-Emissionen auf der Ebene des Konsums. Die Emissionen werden also dem Land zugerechnet, in dem die Waren und Dienstleistungen konsumiert werden, und nicht dem Land, in dem sie produziert werden. Die Emissionen werden in Tonnen CO₂ pro Person und Jahr ausgedrückt, indem man die Emissionen des betreffenden Landes durch die Bevölkerung teilt. Das Ergebnis umfasst alle Emissionsquellen (Haushalte, Unternehmen, öffentliche Dienste), wird aber anhand der Ergebnisse der nationalen Statistiken über den Lebensstandard der Haushalte korrigiert². Diese Korrektur ermöglicht, die ungleiche Klimaverantwortung nicht nur in Nord-Süd-Kategorien zu erfassen, sondern auch in Bezug auf Arme und Reiche innerhalb dieser Länder, unabhängig davon, ob diese arm oder reich sind. Der Text geht auch auf die zunehmende Bedeutung dieser Betrachtungsweise ein: „Obwohl die Kohlenstoffungleichheit auf globaler Ebene oft stärker ausgeprägt ist,³ sind auch Ungleichheiten innerhalb einzelner Länder ganz

erheblich. Sie führen immer mehr dazu, dass die globale Ungleichheit zunimmt, und wirken sich wahrscheinlich stärker auf die politische und soziale Akzeptanz der nationalen Anstrengungen zur Emissionsreduzierung aus.“ Auf diesen Punkt, der im Kampf für das Klima natürlich von strategischer Bedeutung ist, wird später noch eingegangen.

Die Klimapolitik schafft noch mehr Ungleichheit ...

Es gibt eine Schätzung der Anteile an den aktuellen Emissionen, die auf den Konsum der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen sind: das reichste Prozent, die reichsten 10 %, die 40 % mit „mittlerem“ Einkommen und die ärmsten 50 %.⁴ Auf der Grundlage der „Klimapläne“ (NDC) der Staaten und der neuen Verpflichtungen, die diese kurz vor der COP26 mitgeteilt haben, lässt sich das wahrscheinliche Emissionsvolumen im Jahr 2030 abschätzen, also auch die Abweichung dieses Volumens von den erforderlichen Emissionsreduktionen, um bis 2050 „Netto-Null-Emissionen“ zu erreichen. Man kann auch die wahrscheinliche Entwicklung der Emissionsanteile jeder Einkommensgruppe abschätzen, diese auf die Anzahl der Menschen in jeder Gruppe beziehen und so die durchschnittlichen Emissionsvolumina pro Person und Gruppe auf globaler und nationaler Ebene erhalten. Außerdem kann man diese Volumina mit dem durchschnittlichen individuellen Emissionsvolumen vergleichen, das global mit dem 1,5 Grad-Ziel vereinbar ist: 2,3 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr.⁵ Auf diese Weise wird die derzeitige Klimaungerechtigkeit nicht nur bildlich dargestellt, sondern es wird auch sichtbar, in welche Richtung die gegenwärtige Politik sie bis 2030 global und für die einzelnen Gruppen verändern wird.

Die nachfolgende Tabelle 1 zeigt die Zusammenfassung der Ergebnisse.

Um diese Zahlen nicht falsch zu interpretieren, muss man beachten, dass hier nicht die soziale Ungleichheit, sondern die Ungleichheit bei den Kohlenstoffemissionen bewertet wird. So ergibt sich der für 2030 erwartete Rückgang des Anteils der 10 % an den globalen Emissionen natürlich nicht aus der Tatsache, dass die Reichen in zehn Jahren weniger reich sein werden. Er drückt vielmehr die Tatsache aus, dass die Mitglieder der globalen Gruppe der 10 % hauptsächlich in entwickelten kapitalistischen Ländern leben, in denen die Kohlenstoffintensität schneller sinken wird (sogenannte Dekarbonisierung, AdÜ) als im Rest der Welt, und dass sie mehr als andere über die Mittel verfügen, umweltfreundliche Technologien zu erwerben. Wie die Tatsache zu interpretieren ist, dass der Anteil der Emissionen des einen Prozent der Superreichen dennoch weiter wächst, wird weiter unten erörtert. Zunächst beschränken wir uns auf die sehr Reichen und die Armen.

Die Studie bestätigt, was Oxfam schon seit Jahren anmahnt: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung stößt fast doppelt so viel CO₂ aus wie die ärmsten 50 %. Doch darüber hinaus zeigt sich, dass die von den Regierungen seit der COP21 (2015 in Paris) beschlossene Klimapolitik diese Ungerechtigkeit noch weiter vertieft: So wird der Anteil der globalen Emissionen, der auf den Konsum des reichsten Prozent zurückzuführen ist und der von 13 % im Jahr 1990 auf 15 % im Jahr 2015 gestiegen ist, bis 2030 noch weiter ansteigen und dann bei 16 % liegen. Damit wird er um 25 % höher sein als 1990 und 16-mal höher als der globale Durchschnitt. Im Jahr 2030 wird jede Person, die weltweit zur Gruppe der Superreichen gehört, mehr als das Dreißigfache der 2,3 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr emittieren, die mit der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels vereinbar sind. Bei den ärmsten 50 % der Bevölkerung wird sich wenig ändern: Ihr Anteil an den weltweiten Emissionen wird von 8 % auf 9 % pro Jahr steigen und ihre

TABELLE 1

Gruppen (*)	ungefähre Zahl der Personen	mittleres Einkommen pro Person und Jahr	Anteil an den globalen Emissionen 1990	Anteil an den globalen Emissionen 2030	Abweichung von dem Emissionsbudget von 2,3t CO ₂ pro Person und Jahr
1 %	79 millions	> 172 000 \$	13 %	16 %	+ 67,7 t CO ₂ /pers/an
10 %	790 millions	> 55 000 \$	37 %	32 %	+ 18,7 t CO ₂ /pers/an
40 %	1,975 milliards	> 9800 \$	42 %	43 %	+ 2,5 t CO ₂ /pers/an
50 %	3,400 milliards	< 9800 \$	8 %	9 %	- x (**)

(*) Das eine Prozent ist unter die 10 % gefasst

(**) Die 50 % liegen deutlich unterhalb der 2,3t CO₂ pro Person und Jahr und werden anhand der Studie auch darunter bleiben, selbst wenn sie 2030 ihre Emissionen verdreifachen.

Pro-Kopf-Emissionen werden weit unter den 2,3 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr bleiben.

... und die wird noch weiter zunehmen

Wie sehr die globale Klimaungerechtigkeit seit der COP21 noch weiter gewachsen ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Pro-Kopf-Emissionen jeder Gruppe von 2015 bis 2030 (entlang der geltenden politischen Vorgaben) im Vergleich zu den Erfordernissen, um im Sinne der Klimagerechtigkeit unter 1,5 °C Erwärmung zu bleiben (Tabelle 2).

Die Pro-Kopf-Emissionen werden weltweit um durchschnittlich 7 % geringer ausfallen als 2015 (sofern die Staaten ihre Selbstverpflichtungen einhalten!). Bekanntlich liegt diese Minderung weit unter den Erfordernissen, um unter 1,5°C Erwärmung zu bleiben, nämlich 52 %. Neu ist hier die Erkenntnis, dass die Klimapolitik der Regierungen nicht nur die globale Ungleichheit verschärft, sondern auch die Anstrengungen reziprok zum Einkommen sind: Das reichste Prozent wird ein Zwanzigstel (5/97), die reichsten 10 % ein Achtel (11/90) und die 40 % mit mittlerem Einkommen ein Sechstel (9/57) dessen beitragen, was im Sinne der Klimagerechtigkeit notwendig wäre. Es gibt also sowohl Ungerechtigkeiten zwischen diesen drei Bevölkerungsgruppen (die 40 % der „mittleren“ Einkommen kommen dem Ziel am nächsten) als auch eine noch größere Ungerechtigkeit, indem die Hälfte der Weltbevölkerung im Jahr 2030 nur ein Dreizehntel (17/233) des Kohlenstoffbudgets nutzen wird, auf das sie Anspruch hätte, wenn das Prinzip der „differenzierten Verantwortung und Fähigkeiten“ eingehalten würde.⁶

Die anteilige Entwicklung der Emissionen, die auf die reichsten 10 % (zwischen 55 000 und 172 000 \$/Jahr) und die 40 % mit einem sogenannten „mittleren“ Einkommen (zwischen 9800 und 55 000 \$/Jahr) entfallen, verdient nähere Aufmerksamkeit. Diese beiden Kategorien umfassen wesentliche Teile oder sogar die Mehrheit der Lohnabhängigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern bzw. in den sogenannten „aufstrebenden“ kapitalistischen Ländern.⁷ Die Studie enthält eine sehr aufschlussreiche Grafik, in der drei Entwicklungspfade der Pro-Kopf-Emissionen in Abhängigkeit vom Einkommen – von den Ärmsten der Armen bis zu den Reichsten der Reichen – verglichen werden: die jeweilige Entwicklung von 1990 bis 2015 und von 2015 bis 2030 sowie diejenige von 2015 bis 2030, die mit den maximal 1,5 °C in der Klimagerechtigkeit vereinbar ist. Die beiden Schlussfolgerungen der Studie sind durchschlagend:

TABELLE 2

Gruppen	Emissionsentwicklung pro Kopf 2015–2030 bei gleichbleibender Politik	Mit Klimagerechtigkeit vereinbare Emissionsentwicklung pro Kopf 2015–2030
1 %	–5 %	–97 %
10	–11 %	–90 %
40 %	–9 %	–57 %
50 %	17 %	233 %

- „Die globale Mittelschicht (die 40 %), deren Emissionsraten in den Jahren 1990–2015 am schnellsten gewachsen sind, wird in den Jahren 2015–2030 die größte Trendwende erleben“;
- „Am stärksten werden die (Emissions)reduktionen bei den Geringverdienern in den reichen Ländern ausfallen“.

Von wegen „gerechter Übergang“

Betrachtet man die Klimaungerechtigkeit aus Sicht der unterschiedlichen Einkommensgruppen, stellen sich die Verhältnisse anders dar als bei den bloßen Verteilungsmustern zwischen reichen und armen Ländern. Besonders deutlich zeigt sich die zunehmende Verantwortung der Reichen und vor allem der sehr Reichen [am Klimawandel], nicht nur im globalen Norden, sondern auch im Süden. Die Studie stellt fest: „In allen Ländern mit hohen Emissionen zeigen die Projektionen für 2030, dass der Konsum der reichsten 10 % und des reichsten Prozent auf Länderebene pro Kopf wesentlich höher liegt, als mit dem 1,5°C-Ziel vereinbar ist. Im Einzelnen sieht das so aus:

Indien ist das einzige Land mit hohen Emissionen, in dem die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen 2030 unter dem zulässigen Wert von 2,3 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr bleiben werden, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu überschreiten. Zugleich ist es auch das einzige Land, in dem die Emissionen der ärmsten 50 % der Bevölkerung ganz klar unter diesem Niveau bleiben werden. Die Emissionen der reichsten 10 % Indiens werden jedoch um das Fünffache und die des reichsten Prozent um mehr als das Zwanzigfache über diesem Wert liegen.

Die ärmsten 50 % der US-Amerikaner*innen werden den Grenzwert von 2,3t CO₂ pro Kopf und Jahr nur geringfügig überschreiten, aber das reichste Prozent wird durchschnittlich das Fünfundfünzigfache (127 Tonnen) und die reichsten 10 % das Fünfzehnfache (ca. 35 Tonnen) emittieren.

In China werden die Emissionen der ärmsten 50 % im Jahr 2030 unter dem Schwellenwert bleiben, aber die der reichsten 10 % werden mehr als zehnmals so hoch sein und die des reichsten Prozent mehr als dreißigmal so hoch (82 Tonnen).

Die Prognosen für die EU und Großbritannien sind ebenfalls sehr aufschlussreich: 2030 werden sich die Emissionen der ärmsten 50 % dem zulässigen globalen Durchschnittsvolumen annähern ... aber die Emissionen der reichsten 10 % werden fünf- bis sechsmal darüber liegen und die des reichsten Prozent mehr als fünfzehnmals.

Deutlicher kann man nicht zeigen, dass die in den offiziellen Resolutionen der Klimagipfel gemachten Zusagen über einen „gerechten Übergang“ bloße Augenwischerei sind – Blablabla.

Tatsächlich lassen sich zwei Entwicklungen beobachten: Erstens nimmt die Klimaungerechtigkeit weiter zu und zweitens formiert sich die Klasse der Superreichen und zugleich Super-Umweltverschmutzer*innen neu, weil die Kapitalist*innen in Asien immer mächtiger werden und sich die globalen Verhältnisse innerhalb dieser Schicht neu zusammensetzen. Im Jahr 2015 verursachte das reichste Prozent der Welt 15 % des globalen CO₂-Ausstoßes. Dazu trugen die Reichsten in China 14 % bei, in den USA 37 %, in Europa 11 % und in Indien 5 %. Den Prognosen der Studie zufolge wird das reichste Prozent der Bevölkerung bis 2030 seinen Anteil am globalen CO₂-Ausstoß weiter erhöht haben, nämlich auf 16 %. Die reichsten Chines*innen werden jedoch 23 %, die reichsten US-Amerikaner*innen 19 %, die reichsten Europäer*innen 4 % und die reichsten Inder*innen 11 % zum CO₂-Ausstoß beitragen.⁸ Eine Zusammenfassung in der folgenden Tabelle 3:

Auch wenn der Autor der Studie darauf nicht eingeht, lässt sich am unteren Ende der Einkommenspyramide erstaunlicherweise feststellen, dass sich unter den 50 % der armen Bevölkerungsanteile in den USA, der EU, GB und China 2030 der jeweilige CO₂-Ausstoß einander ziemlich deutlich angleicht und um 2,3t pro Person und Jahr einpendelt.⁹

Nicht die ganze Wahrheit

Auch wenn sie sehr interessante Daten liefert, vermittelt die Oxfam-Studie kein vollständiges Bild von der Klimaverantwortung der verschiedenen Einkommensklassen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass sie die Emissionen, die den Reichsten zuzuschreiben sind, unterschätzt, hingegen die Emissionen, die den 40 % der mittleren Einkommen und einem Teil der 10 % Reichen zuzuschreiben sind,

TABELLE 3

Land	Anteil des reichsten Prozent an den globalen CO ₂ -Emissionen 2015	Anteil des reichsten Prozent an den globalen CO ₂ -Emissionen 2030
Welt	15 %	16 %
China	14 %	23 %
USA	37 %	19 %
EU	11 %	4 %
Indien	5 %	11 %

überschätzt. Es tun sich dabei nämlich zwei Probleme auf.

Erstens lassen sich die Emissionen, die dem reichsten Prozent zuzurechnen sind, genauso schwer aufspüren wie deren Vermögen, und zwar aus eben demselben Grund: das Bankgeheimnis, die Steuerhinterziehung und ein fehlendes Vermögenskataster. Der Autor stellt fest: „Obwohl es robuste Methoden zur Schätzung individueller CO₂-Fußabdrücke gibt, indem man die in Volkszählungen ermittelten Güter und Dienstleistungen mit einem Kohlenstoffkoeffizienten versieht, ist allgemein bekannt, dass diese Methoden den Konsum der Reichsten unterschätzen“. Um dieses Problem zu lösen, stützt sich die Studie auf die Arbeiten von Forscher*innen, die verschiedene Fakten belegen. Zum Beispiel:

- verfügbare Daten zu Autos, Häusern, Flugzeugen und Yachten zeigen, dass die Emissionen aus dem Konsum der Milliardäre leicht mehrere tausend Tonnen CO₂ pro Person und Jahr erreichen. Die Luxusyachten, deren Verkaufszahlen während der Pandemie explodieren, sind die Hauptquellen dieser Emissionen (eine Luxusyacht stößt etwa 7000 Tonnen CO₂ pro Jahr aus);¹⁰ – der Verkehr ist die größte Emissionsquelle der Reichsten, insbesondere der Luftverkehr: Laut einigen Studien werden 50 % der Passagierflüge von 1 % der Weltbevölkerung durchgeführt. Betrachtet man das Reiseverhalten der Prominenten, kann man davon ausgehen, dass der vom Flugverkehr ausgehende ökologische Fußabdruck der Reichsten mehrere Tausend Tonnen CO₂ pro Jahr beträgt. Der unsinnige Ausbau des „Weltraumtourismus“ kann diesen Trend natürlich noch weiter verstärken.¹¹

Dieser exzessive Luxuskonsum ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Er erfasst nicht die Emissionen, die den Kapitalinvestitionen des reichsten Prozent zuzuschreiben sind. Der Autor bezieht Arbeiten mit ein, die den Anteil des CO₂-Fußabdrucks der Reichsten, der auf ihre Kapital-

investitionen zurückzuführen ist, auf 70 % schätzen. Dabei handelt es sich jedoch nur um eine Schätzung, die durch die Intransparenz des Finanzsektors erschwert wird.

Zweitens ist es selbst bei Anwendung des oben erwähnten CO₂-Koeffizienten auf die Emissionen der Haushalte ein fragwürdiger Ansatz, die Emissionen von Unternehmen und des öffentlichen Sektors auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Dies berücksichtigt nicht die – in der Studie erwähnte – Tatsache, dass die größten CO₂-Emittenten (das reichste Prozent) auf Entscheidungen „aufgrund ihres sozialen Status, ihrer politischen Macht und ihrer Lobby bei den politischen Entscheidungsträgern einen unverhältnismäßigen Einfluss“ ausüben. Um ein Beispiel zu nennen: Das Flughafenprojekt in Notre-Dame-des-Landes entsprach den Interessen des Baukonzerns Vinci und seiner Aktionäre, nicht denen der Arbeiterklasse. Dasselbe gilt für Rüstungsausgaben und zahlreiche andere Projekte, ganz zu schweigen von den staatlichen Subventionen für Unternehmen.

Ein begrenzt tauglicher Ansatz

Hier stößt man an die Grenzen einer Betrachtungsweise der Klimakatastrophe anhand des Konsums der verschiedenen Einkommensgruppen. Da Konsum eine Produktion voraussetzt, muss das Konsumniveau dieser Einkommensgruppen im Lichte der Positionen, die sie in der Produktion einnehmen, analysiert werden. Der „unverhältnismäßige Einfluss“ des reichsten Prozent ist überall zu finden, weil die Mitglieder dieser Gruppe auch die Eigentümer der Produktionsmittel sind. Sie sind die herrschende Klasse und der Staat ist das Instrument ihrer Herrschaft. Die Arbeiterklasse befindet sich in einer ganz anderen Situation: Sie ist den Entscheidungen der Unternehmen und Institutionen unterworfen, auf die sie keinen Einfluss hat, und produziert über ihre Bedürfnisse hinaus für den Profit der Kapitalist*innen. Sie müssen folglich ein Emissionsvolumen erbringen, das aus der produktivistischen Logik des Kapitals resultiert, nicht aus ihrem freien Willen.

Da der herrschende Diskurs die tatsächlichen Verhältnisse verschleiert, indem er uns unterschiedslos dazu auffordert, „unser (Konsum-)Verhalten zu ändern“, hat die Oxfam-Studie das große Verdienst, die enormen Ungleichheiten im Konsumverhalten zu beleuchten und ihnen die jeweilige Verantwortung für die CO₂-Emissionen zuzuschreiben. Darüber hinaus macht sie deutlich, dass die Politik der Regierungen trotz des Geschwafels von einem „gerechten Übergang“ die Klimamaßnahmen vertieft.

Zugleich kann man recht leicht feststellen, dass das Problem nicht allein durch ein anderes Konsumverhalten gelöst werden kann. Gehen wir mal von der absurden Annahme aus, dass bis 2030 das reichste Prozent oder die reichsten 10 % ihren Ausstoß auf 2,3t CO₂ pro Person und Jahr gesenkt haben würden. In diesem Fall müssten die 40 % der sogenannten „Mittelschicht“ ihre Emissionen in der EU und Großbritannien mehr als halbieren, in China dritteln und in den USA etwa vierteln, um die 1,5 °C-Grenze einzuhalten.¹² Wie soll das gehen? Eine radikale Umverteilung der Reichtümer (wie von Thomas Piketty vorgeschlagen) ist zwar unerlässlich, würde das Problem aber nicht lösen, sondern nur verlagern. Die Herausforderung kann nur bewältigt werden, indem man die tatsächlichen Bedürfnisse der gesellschaftlichen Mehrheit neu definiert, die Produktion nach diesen Bedürfnissen organisiert und unnötige und schädliche Produktionen abschafft.

Von der „Sozialverträglichkeit“ hängt ab, welche Anstrengungen auf sich zu nehmen man bereit ist. Für die meisten Menschen sind diese zunächst einmal eine Zumutung. Es sind aber tiefgreifende Veränderungen unumgänglich, und es reicht nicht aus, „die Reichen zur Kasse zu bitten“. Wir müssen auch damit argumentieren, was wünschenswert ist: Weniger und stattdessen entlang der Bedürfnisse produzieren; weniger transportieren, weniger arbeiten, mehr teilen; sich um die Menschen und die Ökosysteme kümmern; die Ressourcen vernünftig, kollektiv und demokratisch verwalten, um allen ein gutes und komfortables Leben zu ermöglichen. Das ist die ökosozialistische Perspektive, die einen Plan für antikapitalistische Strukturreformen begründen kann, der dem 21. Jahrhundert gerecht wird. Denn eines ist sicher: Es gibt keinen Ausweg, ohne das Profitstreben und den daraus folgenden Produktivismus in Frage zu stellen, der auf dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln basiert.

Übersetzt aus *Gauche anticapitaliste* vom 9.12.2021 von MiWe
<https://www.gaucheanticapitaliste.org/climat-inegalites-et-lutte-des-classes>

1 <https://www.oxfam.org/en/press-releases/carbon-emissions-richest-1-set-be-30-times-15degc-limit-2030>

2 Indem die konsumierten Waren und Dienstleistungen mit einem CO₂-Koeffizienten versehen werden.

3 Die Ungleichheiten zwischen den Ländern sind schätzungsweise für 70 % der globalen Kohlenstoffungleichheit verantwortlich.

4 Das eine Prozent ist unter die 10 % subsummiert.

5 Bei einer angenommenen Bevölkerungszahl von 7,9 Mrd. im Jahr 2030.

6 Es bestätigt sich hiermit eine Feststellung, die der Autor bereits früher getroffen hat, nämlich dass ein Drittel des (laut Pariser Abkommen) verfügbaren Kohlenstoffbudgets dafür verschleudert wird, den 10 % weltweit Reichsten noch mehr Konsum zu ermöglichen.

7 Bei einer Vollzeitstelle liegt das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen der Lohnabhängigen in Westeuropa bei etwa 44.000 \$/Jahr und in den USA bei 63 000 \$/Jahr. In China, Brasilien und Südafrika schwankt es je nach Quelle zwischen 9200 \$/Jahr und 14 000 \$/Jahr.

8 „Diese geografischen Verschiebungen bei den CO₂-Emissionen“ könnten angesichts der Bedeutung der Kohle in China und Indien, wie es in der Studie heißt, u. a. erklären, warum der Anteil des einen Prozent an den globalen Emissionen weiter steigen wird, im Gegensatz zu dem der 10 %.

9 Indien ist unter den großen Emittenden das einzige Land, wo deren Emissionen weit unterhalb dieses Wertes und auf demselben Niveau wie in den sog. „Entwicklungsländern“ liegen wird.

10 <https://die-wirtschaftsnews.de/jeff-bezos-boom-luxus-yachten/>

11 Angesichts der Abhängigkeit des Flugverkehrs von fossilen Brennstoffen kann die intensive Nutzung des Flugzeugs durch das reichste Prozent eine zweite Erklärung dafür liefern, dass der Anteil dieser Gruppe an den weltweiten Emissionen weiter steigen wird, im Gegensatz zu dem der oberen 10 %.

12 Indien ist der Studie zufolge das einzige Land mit hohem Emissionsausstoß, in dem die Emissionen der „Mittelschicht“ 2030 unter 2,3t CO₂ pro Person und Jahr bleiben.





SOLIDARITÄT STATT IMPFPFLICHT

Die Weigerung der reichen Staaten, die Impfpatente für das Corona-Virus freizugeben und lieber die Profite der Pharmakonzerne zu schützen, zeugt nicht nur von zynischer Verachtung für Leib und Leben der Bevölkerung im globalen Süden, sondern ist auch ausgesprochen kurzsichtig. Solange ein großer Teil der Weltbevölkerung ungeschützt ist, sind weiteren Virus-Mutationen und Pandemiewellen Tür und Tor geöffnet. Daran ändert auch eine Impfpflicht in den reichen Ländern, die an sich schon fragwürdig ist, wenig. Diese beiden Aspekte – Impfpatente und Impfpflicht – werden in den folgenden Beiträgen behandelt.

Ein Dossier mit 5 Beiträgen

Vom Tauschwert des geistigen Eigentums
SEITE 20

Gesundheits-Apartheid im „globalen Dorf“
SEITE 24

Solidarisches Impfen statt allgemeine Impfpflicht
SEITE 26

Soziale Akzeptanz statt Impfpflicht
SEITE 28

„Vorbeugen ist besser als heilen!“
SEITE 30

VOM TAUSCHWERT DES GEISTIGEN EIGENTUMS

Im ersten Teil dieses Beitrags (erschieden in Heft 1/2022) wurde der sozioökonomische und geschichtliche Hintergrund der Privatisierung der Gemeingüter beleuchtet. Der nun folgende zweite Teil befasst sich konkret mit der kapitalistischen Verwertung geistigen Eigentums und speziell der Pharmapatente. **Eric Toussaint**

Wissen, wissenschaftliche Entdeckungen und technische Verfahren sollten ein Gemeingut der Menschheit darstellen. Doch mit der Durchsetzung des Kapitalismus wurde zugleich die private Aneignung von Wissen und Technik gefördert, insbesondere durch das Patentsystem. Nicht nur, dass das Großkapital das Wissen nicht teilt, sondern es macht sich diese Kenntnisse zum Privateigentum und verlangt dann von der Öffentlichkeit Geld dafür. Dafür vereinnahmt es die Forschungsergebnisse der öffentlichen Universitäten und Forschungszentren und patentiert auch Saatgut, das Bauern und Bäuerinnen über Jahrhunderte hinweg durch vielfache Selektionsprozesse gewonnen haben. Der Agrarbusiness-Konzern Del Monte hat zum Beispiel Tomaten patentieren lassen, die von der Andenbevölkerung produziert worden sind, und will diese nun für das Saatgut bezahlen lassen.

Kommerzialisierung des geistigen Eigentums

Als 1995 die Welthandelsorganisation WTO gegründet wurde, verhalf das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS für Trade Related Intellectual Property Rights) den großen kapitalistischen Unternehmen, ihre Machtposition auszubauen. Davon betroffen sind ganz unterschiedliche Bereiche wie Computerprogramme und Halbleiter, Arzneimittel und genmanipulierte Nutzpflanzen. Es legt Mindeststandards für Patente, Urheberrechte, Handelsmarken und

Betriebsgeheimnisse fest. Diese Standards wurden aus der Gesetzgebung der Industrieländer übernommen und schreiben daher allen WTO-Mitgliedern vor, wie und inwieweit sie die Belange dieser Länder zu respektieren haben.

Die Standards sind wesentlich strenger als die Gesetze, die in den meisten Entwicklungsländern vor ihrem Beitritt zur WTO galten, und stehen oft im Konflikt mit den eigenen Interessen und Bedürfnissen dieser Länder. Die einzelnen Länder können mithilfe des integrierten Streitschlichtungssystems gezwungen werden, das TRIPS-Abkommen der WTO umzusetzen. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Land, das seinen Verpflichtungen hinsichtlich der geistigen Eigentumsrechte nicht nachkommt, mit Handelssanktionen belegt werden kann – eine ernsthafte Drohung also.

Der IWF, die Weltbank und die Großmächte haben sich mit all ihrer Macht, besonders in ihrer Position als Darlehensgeber, dafür eingesetzt, widerspenstige Entwicklungsländer zur Einhaltung des TRIPS-Abkommens zu drängen. Darüber hinaus haben die EU, die USA und andere reiche Länder bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen, die einen noch strengeren Patentschutz als die im TRIPS-Abkommen festgelegten „Mindeststandards“ bieten: das sogenannte „TRIPS plus“. Im TRIPS-Ausschuss der WTO widersetzen sich seit 2020 mehrere Großmächte – darunter die EU, Großbritannien und Japan – der vorübergehenden Aufhebung der Patente auf verschiedene Impfstoffe gegen das Coronavirus. Die Biden-Regierung, die im Mai 2021 getönt hat, dass sie für die vorübergehende Aufhebung der Patente sei, hat bislang nichts Greifbares unternommen, um die Angelegenheit voranzutreiben. Der Hauptgrund liegt darin, dass diese Patente den privaten Pharmakonzernen saftige Gewinne bescheren. Sie werden von den Regierungen geschützt und begünstigt und dürfen mit deren Billigung ihre Position missbrauchen (siehe Teil 3 dieses Beitrags; erscheint in Heft 3/2022).

Peter Rossman¹ schreibt dazu: „Infolge ihrer Finanzialisierung lassen sich Pharmaunternehmen am besten als Organisationen verstehen, die ihren Betrieb als ein Bündel von finanziellen und nicht von materiellen Vermögenswerten verwalten. Ihr größter finanzieller Aktivposten sind die Patente, mit denen sie 80% ihrer Gewinne erwirtschaften.“

„1980 verabschiedeten die USA ein Gesetz (*Bayh-Dole Act*), das es kleinen Unternehmen und Universitäten erlaubte, mit öffentlichen Mitteln entwickelte Erfindungen zu patentieren. Zuvor waren die Rechte an diesen Erfindungen automatisch der Regierung zugefallen, die sie entweder an Generikafabrikanten lizenzierte oder sie im Besitz des Staates beließ. Universitäten und Startups

wurden nun in einen von den Unternehmen gesteuerten Wissenschaftskomplex integriert. Der ‚Technologietransfer‘ verwandelte öffentliche Forschung in private Patente.

„Gleichzeitig finanzierten sich die Unternehmen zunehmend, indem sie ihre Ausgaben für Produktionskapazitäten, Mitarbeiter*innen und sogar Forschung und Entwicklung reduzierten, um Liquidität freizusetzen, die sie in Form von Dividenden oder Aktienrückkäufen an die Aktionär*innen ausschütten konnten.² Bei zwei der größten Unternehmen, Pfizer und Johnson & Johnson, überstiegen die Ausgaben für Aktienrückkäufe und Dividenden zwischen 2006 und 2015 die gesamten Nettoeinnahmen; sie wandten sich an den Kreditmarkt, um noch höhere Renditen für Investoren und das Topmanagement zu finanzieren, indem sie ihre geistigen Eigentumsrechte als Sicherheiten einsetzten. In diesem Zeitraum schüttete Pfizer 139 Milliarden Dollar an die Aktionäre aus, während das Unternehmen 82 Milliarden für Forschung und Entwicklung ausgab.“³

Impfpatente in Zeiten von Corona

In der WTO unterstützen 105 Länder die Initiative von Indien und Südafrika, die Patente für Impfstoffe gegen das Coronavirus für die Mitgliedstaaten auszusetzen.

Seit der weltweiten Ausbreitung der Pandemie ist die Diskussion über das Patentrecht in den Mittelpunkt gerückt. In der WTO schlugen Anfang Oktober 2020 Indien und Südafrika mit Unterstützung von 62 Ländern vor, auf die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Rahmen des TRIPS-Abkommens zu verzichten, das für alle Produkte gilt, die zur Prävention, Eindämmung und Behandlung von Covid-19 benötigt werden. Der Vorschlag wurde in der WTO vor allem wegen der Haltung der Europäischen Kommission blockiert, die sich weigerte, der Meinung des Europäischen Parlaments zu folgen, obwohl dieses zweimal für die Aufhebung der Patente auf Impfstoffe gestimmt hat. Ein Jahr später, Anfang Oktober 2021, unterstützen nun 105 Länder den Vorschlag zur Aufhebung der Patente.

Ungleichheit in doppelter Dosis

Dabei geht es um Leben oder Tod. Denn wenn die Patente aufrechterhalten werden, wird ein sehr großer Teil der Bevölkerung im globalen Süden, der gerne geimpft werden würde, keinen Zugang zu Impfstoffen innerhalb eines angemessenen Zeitraums haben. Im August 2021 waren weniger als 2 % der 1,3 Milliarden Afrikaner vollständig geimpft, verglichen mit über 60 % der Bevölkerung in

Westeuropa und Nordamerika. Bis Juni 2021 wurde ein Viertel der weltweit 2,295 Milliarden Impfdosen in den G7-Staaten verabreicht, in denen nur 10 % der Weltbevölkerung leben. Nach den Daten, die von einer Forschergruppe der Universität Oxford erhoben wurden, erhielten im September 2021 nur 2,1 % der etwa 700 Millionen Menschen in den 27 einkommensschwachen Ländern eine Impfdosis gegen COVID.⁴

Laut Amnesty International sind in denselben Ländern weniger als 1 % der Bevölkerung doppelt geimpft. In einem Bericht vom 22. September 2021 schreibt AI, dass von den weltweit 5,76 Milliarden verabreichten Impfdosen 0,3 Prozent an einkommensschwache Länder gegangen sind.⁵ In diesem Bericht mit dem bezeichnenden Titel („Ungleichheit in doppelter Dosis“) kritisiert Amnesty International das Verhalten der sechs Konzerne, die den Großteil der Corona-Impfstoffe in den reichen Ländern herstellen (AstraZeneca, BioNTech, Johnson & Johnson, Moderna, Novavax und Pfizer). „Sechs Unternehmen, die über den Einsatz von Covid-19-Impfstoffen verfügen, haben letztendlich Menschenrechtsverletzungen verursacht oder dazu beigetragen und schüren eine beispiellose Menschenrechtskrise, indem sie sich weigern, ihre geistigen Eigentumsrechte aufzugeben und ihre Technologie zu teilen, wobei die meisten von ihnen darüber hinaus davon absehen, Impfstoffe in arme Länder zu liefern.“⁶

COVAX als Sackgasse

Zu den Unternehmen, die COVAX finanzieren und beeinflussen, gehören: die Bill & Melinda Gates Foundation, die Rockefeller Foundation, Blackberry, Coca Cola, Google, UBS (die führende Schweizer Privatbank und die größte Vermögensverwaltungsbank der Welt), die Finanzunternehmen Mastercard und Visa und der Ölkonzern Shell.

Die Regierungen der Länder des Südens, die ihrer Bevölkerung eine Impfung ermöglichen wollen, werden sich verschulden müssen, da Initiativen wie COVAX völlig unzureichend sind und nur den Einfluss der Privatwirtschaft mehren. COVAX wird von drei Institutionen geleitet: 1. der Impfallianz Gavi, einer privat geführten Struktur, an der Unternehmen und Staaten beteiligt sind, 2. der Koalition für Innovationen in der Epidemievorbereitung (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations, CEPI), einer ebenfalls privat geführten Struktur unter Beteiligung kapitalistischer Unternehmen und Staaten, und 3. der WHO, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Zu den Unternehmen, die die GAVI finanzieren und beeinflussen, gehören die Bill & Melinda Gates Foundation, die Rockefeller Foundation, Blackberry, Coca Cola, Google, der Internationale Verband der Pharma-Großhändler (International Federation of Pharmaceutical Wholesalers), die spanische Caixa Bank, die UBS, die Finanzunternehmen Mastercard und Visa, der Flugzeugmotorenhersteller Pratt and Whitney, der multinationale US-Konsumgüterkonzern (Hygiene und Kosmetik) Procter & Gamble, der multinationale niederländisch-britische Lebensmittelkonzern Unilever, der Ölkonzern Shell International, der schwedische Audio-Streaming-Dienst Spotify, das chinesische Videoportal TikTok, der Automobilkonzern Toyota etc.

CEPI wiederum wurde 2017 in Davos anlässlich eines Treffens des Weltwirtschaftsforums gegründet. Zu ihren Geldgebern und Entscheidungsträgern gehört einmal mehr die Melinda & Bill Gates Stiftung, die 460 Millionen US-Dollar investiert hat.

Die Zusammensetzung von COVAX sagt alles über das Versagen der Staaten und der WHO aus, die Verantwortung für die Bekämpfung der Pandemie und für das Gesundheitswesen im Ganzen zu übernehmen. Dies fügt sich in die neoliberale Welle, die seit den 1980er Jahren über den gesamten Globus schwappt. Das Generalsekretariat der Vereinten Nationen sowie die Leitungen der Sonderorganisationen der UN (z. B. die für Gesundheit zuständige WHO und die für Landwirtschaft und Ernährung zuständige FAO) haben in den letzten dreißig bis vierzig Jahren eine fatale Entwicklung durchgemacht und ihre Aufgaben zunehmend privaten Initiativen überlassen, die von einzelnen weltweit agierenden Großkonzernen gesteuert werden. Auch die Staats- und Regierungschefs sind diesen Weg gegangen und haben letztlich sogar die Initiative dazu ergriffen. Damit haben sie akzeptiert, dass private Konzerne an den Entscheidungen beteiligt sind und bei deren Umsetzung bevorzugt zum Zuge kommen.⁷

Man muss darauf verweisen, dass vor mehr als 20 Jahren Forscher*innen und soziale Bewegungen im Gesundheitssektor darauf gedrängt haben, ausreichend öffentliche Mittel zu investieren, um wirksame Medikamente und Impfstoffe gegen die diversen Viren der „neuen Generation“ herzustellen, die durch die Zunahme der Zoonosen entstehen. Die überwältigende Mehrheit der Staaten setzte jedoch lieber auf die Privatwirtschaft und überließ ihr die Forschungsergebnisse der öffentlichen Einrichtungen, statt direkt in die Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu investieren.

Wie wir gesehen haben, trägt die COVAX-Initiative

keineswegs zu einer Lösung bei. COVAX hatte versprochen, 2 Milliarden Impfdosen bis Ende 2021 an die Länder des Südens zu liefern, die diese beantragt hatten und an der Initiative beteiligt sind. Tatsächlich wurden bis Anfang September 2021 nur 243 Millionen Dosen verschickt.⁸ In der Folge wurde das Ziel von 2 Milliarden Dosen auf die erste Hälfte des Jahres 2022 verschoben.

Alle großen Mächte des Nordens bleiben hinter ihren Versprechungen zurück.

Die Europäische Union beispielsweise, die sich verpflichtet hatte, 200 Millionen Impfdosen bis Ende 2021 an die ärmsten Länder zu liefern, hat nur „etwa 20 Millionen“ verschickt, wie Clément Beaune, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten in der französischen Regierung, am Dienstag, den 7. September 2021, einräumte.

COVID-19 Technology Access Pool (C-TAP) ist eine weitere untaugliche Initiative der WHO. C-TAP umfasst die gleichen Protagonisten wie COVAX und wurde gegründet, um geistiges Eigentum, Daten und Herstellungsverfahren zur allgemeinen Verfügung zu stellen. Die Pharmakonzerne, die Patente besitzen, sollen dazu angehalten werden, anderen Unternehmen durch einfacheren Technologietransfer das Recht zur Herstellung des Impfstoffs, der Medikamente oder Hilfsmittel zu gewähren.

Bisher hat jedoch kein Impfstoffhersteller Patente oder Know-how über das C-TAP geteilt. Angesichts der gescheiterten Initiativen von COVAX und C-TAP stellen die Unterzeichner*innen des von CADTM im Mai 2021 ins Leben gerufenen Manifestes *Schluss mit dem privaten Patentsystem!* zu Recht fest:

„Initiativen wie COVAX oder C-TAP sind kläglich gescheitert, nicht nur weil sie hinter den Anforderungen zurückbleiben, sondern vor allem, weil sie auf das Versagen des weltweit herrschenden Regierungssystems mit Vorschlägen reagieren, bei denen reiche Länder und multinationale Konzerne, oft in Form von Stiftungen, versuchen, die Weltordnung nach ihrem Gusto umzugestalten. Philanthropie und die boomenden öffentlich-privaten Partnerschaften bieten keine Lösung. Schon gar nicht angesichts der aktuellen globalen Herausforderungen in einer Welt, die von Staaten und Industrien beherrscht wird, die allein von den Gesetzen des Marktes und der Profitmaximierung geleitet werden.“⁹

Auf die Alternativen kommen wir im dritten Teil dieser Serie zurück.

Goldgräberstimmung bei Big Pharma

Die Bruttoeinnahmen und Nettogewinne, die die Pharmakonzerne mithilfe von Patenten einstreichen, sind

gigantisch. Laut dem oben zitierten Amnesty-Bericht sollen drei der sechs größten Firmen, die Covid-Impfstoffe herstellen, „BioNTech, Moderna und Pfizer bis Ende 2022 Einnahmen in Höhe von 130 Milliarden US-Dollar erzielen.“ Das ist das Zweieinhalbfache des jährlichen BIP der Demokratischen Republik Kongo mit ihren fast 100 Millionen Einwohnern oder das Zwanzigfache des dortigen Jahresbudgets für das Jahr 2021. Die Summe von 130 Milliarden US-Dollar entspricht 2/3 des Gesamthaushalts der Europäischen Union für das Jahr 2021. 130 Milliarden US-Dollar sind das Zehnfache des indischen Gesundheitsbudgets für das Haushaltsjahr 2020–2021.

Die Produktionskosten für eine Dosis des Covid-Impfstoffs liegen überschlägig zwischen 1 und 2 Euro, während sie von den Regierungen im globalen Norden zu einem Preis gekauft wird, der das Zehn- bis Zwanzigfache dieses Betrags beträgt. So berechnet Pfizer dem Staat Israel für eine einzelne Dosis 23 Euro und der Europäischen Union 19,50 Euro.

Notabene ist der Preis, den die Europäische Kommission für eine Dosis des Pfizer-Impfstoffs zahlt, zwischen Ende 2020 und Sommer 2021 von 15,5 auf 19,5 Euro gestiegen. Der von Moderna wurde von 19 auf 21,5 Euro angehoben, obwohl die jeweiligen Produktionskosten bei steigenden Stückzahlen gesunken sind.

Widerstand lohnt sich

Die Pharmaindustrie will uns glauben machen, dass ihre Patente und Profite für die Forschung und die menschliche Gesundheit unverzichtbar sind. Doch der Gerichtsprozess in Pretoria von 2001 zeigt das Gegenteil! Die Pharmaindustrie ist bereit, Hunderttausende Tote in Kauf zu nehmen, um ihre Profite und Patente zu verteidigen. Südafrika hatte 1997 ein Gesetz verabschiedet, das dem Land angesichts des AIDS-Notstandes die Möglichkeit von Parallelimporten, Zwangslizenzen oder der Substitution durch Generika einräumte. Die 39 größten Pharmakonzerne der Welt klagten 1998 gegen dieses Gesetz. Ihrer Meinung nach verletzte es die durch die Patente entstandenen Exklusivrechte. Eine breite Mobilisierung südafrikanischer Organisationen, darunter TAC (Treatment Action Campaign), die weltweit durch Unterschriften- und Aufklärungskampagnen, insbesondere von „Ärzte ohne Grenzen“, Aides und Act-Up, unterstützt wurde, belegte, dass 400 000 Südafrikaner*innen seit der Blockade des Gesetzes an HIV gestorben waren, weil sie keine antivirale Behandlung erhielten. Angesichts des weltweiten Skandals waren die Konzerne gezwungen, ihre Klage bei laufendem

Prozess zurückzuziehen. Damit setzte sich das Recht auf Gesundheit gegen das Patentrecht durch.¹⁰ Ein nachahmenswertes Beispiel in Zeiten von Covid-19.

Übersetzung aus cadtm.org: MiWe

- 1** Peter Rossman, Corporate power and intellectual property rights: closing the vaccine gap, *Global Labour Column*, 14.8.2021
<https://globallabourcolumn.org/2021/08/14/corporate-power-and-intellectual-property-rights-closing-the-vaccine-gap/>
- 2** Aktienrückkäufe verringern die Anzahl der umlaufenden Aktien, wodurch der Gewinn pro Aktie steigt. Rückkäufe erhöhen die Vergütung des Topmanagements, deren Hauptkomponente die Aktienoptionen sind. Zwischen 2006 und 2015 haben die 18 größten Pharmaunternehmen in den USA 99 % ihrer Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet, die Hälfte davon in Form von Rückkäufen.
- 3** Diese von Rossman zitierten Zahlen stammen von Lazonick et al., „US Pharma’s Financialized Business Model“, Institute for New Economic Thinking, Juli 2017 https://www.ineteconomics.org/uploads/papers/WP_60-Lazonick-et-al-US-Pharma-Business-Model.pdf
- 4** Our World in Data, Coronavirus (Covid-19) Vaccinations - Statistics and Research - <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations> Gemäß der Daten des Teams der Universität Oxford, das diese Website erstellt, hier einige Beispiele für Länder, in denen die Impfquote im September 2021 unter 2 % lag: 1,6 % der Bevölkerung in Sambia, 1,6 % in Niger, 1,5 % in Somalia, 1,5 % in Mali, 1,4 % im Sudan, 1,4 % in Kamerun, 1 % im Jemen, 0,69 % in Madagaskar, 0,58 % im Tschad, 0,57 % in Tansania, 0,11 % in der Demokratischen Republik Kongo.
- 5** <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/covid-19-impfstoffkrise-pharma-konzerne>
- 6** Amnesty-Bericht: „Ungleichheit in doppelter Dosis. Pharma-Unternehmen und die Krise der Corona-Impfstoffe“ (Zusammenfassung auf Deutsch)
- 7** Während diese Zeilen geschrieben werden, endet ein von den Vereinten Nationen einberufener Welternährungsgipfel. Die großen Lebensmittelkonzerne sind dazu eingeladen und spielen eine wichtige Rolle, obwohl sie Teil der Ursache und nicht der Lösung der globalen Nahrungsmittel- und Umweltkrise sind.
- 8** Amnesty International, wie oben zitiert
- 9** <https://www.cadtm.org/Mettons-fin-au-systeme-de-brevets-prives>
- 10** *Deutsches Ärzteblatt*, 17/2001

GESUNDHEITS- APARTHEID IM „GLOBALEN DORF“

Nachfolgend ein Auszug aus Alain Bihrs neuestem Buch: *Covid-19, Unsere Forderungen angesichts des Staatsversagens*. Hierin analysiert er die zweifache Krise, die die Corona-Pandemie zum Vorschein gebracht hat, nämlich die des kapitalistischen Systems, aber auch die seiner Kritiker, und macht Vorschläge, wie wir der Lethargie entrinnen können. **Alain Bihr**

Die Metapher des „globalen Dorfes“, die in den 1960er Jahren von Marshall McLuhan in Umlauf gebracht wurde, wird gemeinhin verwendet, um zu beschreiben, wie sehr sich durch den kapitalistischen Globalisierungsprozess Raum und Zeit immer weiter verengt haben. Die Covid-19-Pandemie hat diese „Schrumpfung“ auf spektakuläre Weise veranschaulicht: Das Coronavirus, das in den letzten Wochen des Jahres 2019 in Zentralchina (Wuhan) aufgetreten ist, brauchte nur wenige Wochen, um sich (wenn auch ungleichmäßig) über alle Kontinente zu verbreiten, und zwar im selben Umfang und mit derselben Geschwindigkeit wie der heutige Waren-, Kapital- und Personenverkehr. Aber letztlich hat diese Pandemie noch viel deutlicher die Grenzen, Brüche und Widersprüche innerhalb dieser Globalisierung zu Tage gefördert, die so manchen Beobachtern einst als Glücksfall für die Menschheit galt. Daher ist die Welt unter dem Regime des Kapitals auch keineswegs eine vereinte und friedliche Dorfgemeinschaft.

Wenn Staaten sich wie die Kesselflicker zanken ...

Zunächst einmal hat die Globalisierung entgegen dem seit Jahrzehnten mit „wissenschaftlicher“ Unterlegung verbreiteten neoliberalen Narrativ, die Staaten, auch in ihrer nationalen Form und Dimension (die Nationalstaaten), keineswegs hinfällig und überflüssig gemacht. Unbe-

stritten hat sich der unmittelbare Reproduktionsprozess des Kapitals, die Einheit seines Produktionsprozesses und seines Zirkulationsprozesses, „globalisiert“. Davon zeugen die Globalisierung der Waren- und Kapitalzirkulation ebenso wie die Globalisierung der Wertschöpfungsketten (die Segmentierung der Produktionsprozesse auf unterschiedliche Orte, in diesem Fall auf verschiedene Staaten, unter Einsatz ungleich qualifizierter und produktiver und auch ungleich entlohnter Arbeitskräfte), wodurch die von den transnationalen Unternehmen gepriesene „fluide, flexible, diffuse und nomadische Fabrik“ eine globale Dimension erhält.

Dies betrifft jedoch nicht so sehr – oder nur auf einem viel niedrigeren Niveau – die Produktion und Reproduktion der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen des unmittelbaren Reproduktionsprozesses des Kapitals, bei dem die Staaten nach wie vor Architekt und zum großen Teil sogar Bauherr sind. Die Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft (die bekanntlich für die Verwertung des Kapitals unerlässlich ist) unterliegt etwa vermittelt des Familienwesens (Kernfamilie, deren ungleiche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und deren staatliche Bevormundung), des Schul- und Gesundheitswesens, des Polizei- und Justizapparats etc. stets auch weiterhin den Nationalstaaten, sowohl in ihren zentralen als auch in ihren dezentralen Institutionen (Regionen, Großstädten, Gemeinden etc.). Insofern könnte man auch eher von der Transnationalisierung des Kapitalismus statt von Globalisierung sprechen.

Die Reproduktionsbedingungen des Kapitals erscheinen somit funktional und sind es beim gewöhnlichen Verlauf der Reproduktion auch. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedoch offenbaren sie den potenziellen Widerspruch, auf dem sie beruhen, nämlich dass sich die unmittelbare Reproduktion des Kapitals in globalen Dimensionen vollzieht, während die Apparate, die die (Re-)Produktion seiner gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gewährleisten, weiterhin national dimensioniert und ausgerichtet sind.

Dass ein in Zentralchina aufgetretenes Virus innerhalb weniger Wochen zu einer weltweiten Pandemie führen konnte, ist natürlich auf die Ausweitung und Intensivierung des Waren- und Personenverkehrs zurückzuführen, die mit der Globalisierung des unmittelbaren Reproduktionsprozesses des Kapitals einhergeht. Gleichzeitig soll dieses globale Krankheitsphänomen aber von den Nationalstaaten eingedämmt werden, die unkoordiniert und auf eigene Verantwortung handeln und den Schutz der

Gesundheit ihrer jeweiligen Bevölkerung zur Priorität erheben. Dies führt dazu, dass sich eine Welt, die am Vortag noch nach allen Seiten hin offen für die Globalisierung war (vorausgesetzt, man ist kein „Wirtschaftsflüchtling“, Asylbewerber oder „Klimaflüchtling“), in ein Mosaik von Staaten verwandelt, die sich gegeneinander abschotten, indem sie wieder Grenzzäune errichten und – manchmal sogar mit militärischen Mitteln – das Prinzip ihrer territorialen Souveränität hochhalten.

Unter diesen Umständen waren die nationalen Gesundheitsbehörden nicht nur außerstande, miteinander zu kooperieren, während sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) darauf beschränkte, ständige Warnungen auszusprechen und praktische Empfehlungen abzugeben. Die Länder traten auch umgehend in Konkurrenz zu einander, indem sie sich alle gleichzeitig an den einzigen Industriezweig wandten, der in der Lage war, Medikamente und medizinische Ausrüstung zur Bekämpfung von Covid-19 zu liefern. So konnte man zu Beginn der Pandemie beobachten, wie sich die Mitgliedstaaten der sonst so „zivilisierten“ Europäischen Union wie die Kesselflicker um Maskenlieferungen stritten. Der Zank war umso schärfer und heftiger, als die Globalisierung des Kapitals auch innerhalb dieser Industriezweige stattfand und dazu führte, dass sie in bestimmte Schwellenländer (insbesondere China und Indien) ausgelagert und konzentriert wurden, weswegen viele traditionelle Industriestaaten (auch in Europa) über keinerlei Ressourcen dieser Art mehr auf ihrem eigenen Territorium verfügen. Dabei wurde ihnen klar, wie sehr sie dieser durch die neoliberale Politik der Haushaltskürzungen forcierte Prozess abhängig gemacht und die Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung aufs Spiel gesetzt hat.

... und die Gesundheit der Menschheit aufs Spiel setzen

Die aktuelle Pandemie lässt sich streng genommen nur bekämpfen, wenn die kollektive Immunität dieselben Dimensionen wie die Pandemie erreicht hat. Das bedeutet, dass der größte Teil der Menschheit geimpft werden müsste, es sei denn, man setzt zynischerweise auf die „natürliche“ Durchseuchung durch das Virus. Wenn man toleriert, dass nur ein Teil der Weltbevölkerung geimpft oder die weltweite Impfung weiter verzögert wird, würde man ein zweifaches Risiko eingehen. Das geringere davon wäre, dass die Impfung einen Teil ihres Nutzens verlore: Da sich das Virus in den nicht geimpften Bevölkerungsgruppen weiterverbreitet und dabei keine nationalen Grenzen respektiert, die zur Aufrechterhaltung der laufenden Geschäfte ja durchlässig

bleiben müssen, würde die Pandemie in den impfbereiten Bevölkerungsgruppen von Zeit zu Zeit wieder aufflammen; es wäre eine Neuauflage des Szenarios der aufeinanderfolgenden „Wellen“, allerdings auf globaler Ebene. Viel schlimmer wäre jedoch, dass, wenn das Virus dadurch weiter grassiert, die Virusvarianten sprunghaft zunehmen würden und damit auch die Wahrscheinlichkeit, dass noch ansteckendere oder virulentere Varianten als die bisherigen entstehen, gegen die Impfungen möglicherweise keinen Schutz bieten. Kurzum, es wäre ein russisches Roulette.

Und doch haben sich die Regierungen der traditionellen Industrieländer auf dieses hochgefährliche Spiel eingelassen. Da sie die Entwicklung der Impfstoffe weitgehend finanziert haben, waren sie auch die ersten, die sie ihrer Bevölkerung anbieten konnten, zumindest den Impfbereiten unter ihr. Und zwar die ersten und bislang einzigen. Denn trotz ihrer gegenteiligen, wenn auch regelmäßig erneuerten Zusagen zu diesem Thema war ihr Beitrag zur Bereitstellung von Impfstoffen für die Bevölkerung der globalen Peripherie über die von der WHO in Zusammenarbeit mit der NGO Gavi eingerichtete COVAX-Initiative bislang offenkundig unzureichend, so dass es dort noch immer fast keine Impfungen gibt: „Bei der derzeitigen Impfrate würden die Länder mit niedrigem Einkommen 57 Jahre brauchen, um das gleiche Schutzniveau wie die G7-Länder zu erreichen“, so die NGO Oxfam.

Es gibt natürlich handfeste Gründe für die Einführung dieses globalen Apartheidssystems im Gesundheitswesen. Der erste Grund ist finanzieller Natur. Die Impfstoffe sind teuer und die öffentlichen Finanzen der Industriestaaten, die bereits unter der neoliberalen Haushaltspolitik der letzten vier Jahrzehnte gelitten haben, sind durch die Maßnahmen zur Unterstützung der „Wirtschaft“ (gemeint ist das Kapital), die durch die Pandemie notwendig wurden, noch weiter angeschlagen worden. Es gäbe allerdings sehr wohl die Möglichkeit, die Pharmakonzerne, die die Impfstoffe herstellen, zu zwingen, diese zu ihrem Selbstkostenpreis zu liefern, der weit unter ihrem derzeitigen Marktpreis liegt.

An Argumenten dafür fehlt es nicht: Abgesehen von der Notlage der Weltbevölkerung könnten die Industriestaaten geltend machen, dass sie die Entwicklung dieser Impfstoffe weitestgehend finanziert haben, und daher die Patente aussetzen oder aufheben, mit denen diese Konzerne derzeit üppige Profite erzielen. Die wenigen Stimmen (einschließlich der des scheinheiligen Joe Biden), die sich in diese Richtung geäußert haben, sind jedoch auf einhellige Empörung von Boris Johnson, Emmanuel Macron,

Angela Merkel, Ursula von der Leyen und Konsorten gestoßen: Die Verträge müssen und werden eingehalten werden! Damit halten sie unerschütterlich an dem sakrosankten Prinzip fest, wonach Gewinne stets zu privatisieren sind, während die Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden müssen.

Darüber hinaus ist die globale Peripherie (d. h. die Vororte oder sogar die Grenzen des „globalen Dorfes“) heute mehr denn je Sitz der „relativen Überbevölkerung“, die dem Kapital als „Reservearmee“ dient (Marx). In der Tat ist während der jüngsten Phase der kapitalistischen Globalisierung diese „Reservearmee“ deutlich gewachsen, da durch die Liberalisierung der internationalen Kapitalzirkulation insbesondere die Verlagerung von Teilen des Produktionsprozesses aus den traditionellen Industriestaaten in die peripheren Weltregionen forciert worden ist. Dabei wurden Hunderte Millionen Bauern in den ländlichen Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas enteignet, um sie dann mit dem Proletariat in den Industrieländern konkurrieren zu lassen und so stagnierende oder gar sinkende Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen und Arbeitsverträge zu erzwingen.

Die Operation ist so gut gelungen, dass sich das Kapital in den Industrieländern heute noch weniger denn je darum schert, wie es dem Gros dieser Neoproletarier*innen und ihren „angestammten“ Klassengenoss*innen ergeht, da sie nun im Überfluss vorhanden sind. Folglich können sie sich noch mehr als herrschende Klasse gegenüber den Ausgebeuteten profilieren, wobei ihr Zynismus unverhohlen mit rassistischen Untertönen aus der Kolonialzeit einhergeht. Wenn ein Macron denken und sagen kann, dass „man in einem Bahnhof [in Paris] Leute trifft, die Erfolg haben, und andere, die nichts sind“, welche Vorstellung hat er dann erst von chinesischen Binnenmigrant*innen, die in den Sweatshops der Sonderwirtschaftszonen von Guangdong oder Fujian arbeiten, oder von Arbeiter*innen, die sich in den Maquiladoras in Nordmexiko für den Profit ihrer Bosse verausgaben müssen? Dass er damit die Voraussetzungen für einen künftigen weltweiten Bumerang-Effekt der Pandemie schafft, der sein Szenario von der „Überwindung der Krise“ erneut scheitern lassen wird, zeigt, wie sehr er und seinesgleichen in den immanenten Widersprüchen der Produktionsverhältnisse gefangen sind, als deren eilfertige Verwalter sie sich begreifen.

Übersetzung: MiWe

SOLIDARISCHES IMPFEN STATT ALLGEMEINE IMPFPFLICHT:

Argumente gegen eine allgemeine Impfpflicht aus epidemiologischer Sicht **Christian Haasen**

Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben das Ziel, die Übertragung des Virus zu erschweren oder die gesundheitlichen Auswirkungen einer Corona-Infektion zu reduzieren. Die Vermeidung der Überlastung des Gesundheitssystems bei einem exponentiellen Wachstum der Fallzahlen und somit auch eine Vermeidung der damit verbundenen Todesfälle standen im Vordergrund. Dabei lag der Schwerpunkt der Maßnahmen im ersten Jahr der Pandemie auf der Reduzierung der Übertragung vor allem durch Kontaktbeschränkung – vor allem durch AHA-L Regeln und (Teil-) Lockdowns. Dagegen war im ersten Jahr die Reduktion gesundheitlicher Auswirkungen einer Corona-Infektion durch wenig effiziente medizinische Maßnahmen vor allem im intensivmedizinischen Bereich gekennzeichnet.

Im Dezember 2020, nur 12 Monate nach den ersten Fällen in China, konnten erste Schutzimpfungen verabreicht werden und es brach die Hoffnung aus, dass bei einer Impfung eines Teils der Bevölkerung die Übertragung des Virus unterbrochen und somit der Corona-Virus „besiegt“ werden könne. Wie hoch die Impfquote in der Bevölkerung sein müsse, um diesen Punkt zu erreichen, wurde auf circa 70 % geschätzt. Diese Schätzung basierte auf der Infektiosität des Wildtyps (erste Variante, vor den Mutationen) des Corona Virus – auch zu dem Zeitpunkt war klar, dass Mutationen des Virus zu einer höheren Infektiosität oder zu einer veränderten Pathogenität (= wie krankmachend das Virus ist) führen könnte. Die dann erfolgte Impfkampagne war gezeichnet zunächst durch Impfstoffmangel, dann durch sich ändernde Indikationsbestimmungen: Zunächst sollte der Impfstoff von AstraZeneca nur an Jüngere verimpft werden, dann nur an Ältere. Der Impfstoff von Johnson & Johnson galt zunächst als

Einmalimpfstoff, bis bekannt wurde, dass die Effektivität unzureichend war und im Januar 2022 dann eine Gleichsetzung mit anderen Impfstoffen (Grundimmunisierung nur durch zweimalige Dosis) stattfand. Diese Änderungen sind wissenschaftlich nachvollziehbar, da bei völlig neu eingeführten Substanzen sowohl die Effektivität als auch die Nebenwirkungen erst im Laufe der Anwendung präzisiert werden können.

Nun befinden wir uns im dritten Jahr der Pandemie und haben es nicht mehr mit dem Corona-Wildtyp zu tun, sondern mit verschiedenen Varianten, die sich aufgrund von Mutationen entwickelt haben: Alpha, Beta, Delta, Omikron. Während die Effektivität des Impfstoffs bei dem Wildtyp sowohl einen hohen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen als auch vor Infektion bedeutete, nahm der Infektionsschutz bei den Varianten ab. Die Delta-Variante, die in der zweiten Hälfte 2021 auch in Europa sich durchsetzte, machte deutlich, dass der Infektionsschutz der Impfung im Vergleich zum Wildtyp geringer wurde. Gleichzeitig wurden die ersten wissenschaftlichen Ergebnisse darüber bekannt, dass der Impfstoffschutz schon im Durchschnitt nach circa vier Monaten abfällt – die zu Anfang der Impfkampagne (Anfang 2021) geimpften Personen erlebten ab dem Sommer 2021 immer häufiger „Impfdurchbrüche“ bei sowohl fallendem Impfschutz als auch höherem Anteil der Delta-Variante.

Bei der Omikron-Variante hat sich die Situation wieder verändert. Die Infektiosität hat sich deutlich erhöht und der Infektionsschutz durch die Impfung mit den bisherigen Impfstoffen ist wiederum deutlich gefallen, auch wenn der Schutz vor schweren Krankheitsverläufen bestehen bleibt. Bei der Omikron-Variante muss festgestellt werden, dass die Abstandsregel von 1,5 Metern wahrscheinlich keinen Effekt mehr hat, lediglich die FFP2-Masken einen sicheren Schutz vor Ansteckung bieten. Die Impfstoffhersteller haben sich an die Arbeit gemacht, den Impfstoff entsprechend zu verändern, damit auch gegen die Omikron-Variante ein Infektionsschutz durch die Impfung entstehen kann – inwieweit diese Änderung des Impfstoffes auch vor zukünftigen Varianten schützen wird, bleibt abzuwarten.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sollten vor allem zur Vermeidung der Überlastung des Gesundheitswesens führen – die Impfung hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Im Dezember 2020, kurz vor Beginn der Impfkampagne, gab es in Deutschland einen Inzidenzhöchstwert von knapp über 200 und fast 6000 Intensivbetten waren belegt mit COVID-Patient:innen. Im Dezember 2021, mit einer Impfquote

von fast 70 %, gab es einen Inzidenzhöchstwert von fast 500, aber nicht mal 5000 COVID-Patient:innen auf den Intensivstationen. Hinzu kommt, dass im Dezember 2020 ein partieller Lockdown das normale Leben der Bevölkerung deutlich einschränkte, während im Dezember 2021 es kaum Einschränkungen (ggf. partieller Lockdown für Ungeimpfte durch 2G) gab. Und obwohl die Ungeimpften nur 20 % der Erwachsenen ausmachten, machten sie 70 % der COVID-Patient:innen auf den Intensivstationen aus. Damit ist klar belegt, dass die Corona-Impfung zu einem wesentlichen Ergebnis geführt hat, nämlich eine reale Entlastung des Gesundheitswesens. Der europäische Vergleich von Impfquoten und COVID-Intensivbehandlungsfällen macht ebenfalls deutlich: je höher die Impfquote, desto weniger Belastung des Gesundheitswesens. Und die sehr viel höheren Inzidenzraten bei der Omikron-Variante gehen aufgrund der niedrigeren Pathogenität mit noch niedrigeren COVID-Intensivbehandlungsfällen einher.

Damit wurde eine Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht entfacht, in der Hoffnung, durch eine allgemeine Impfpflicht die Pandemie komplett in den Griff zu bekommen. Bei einer Impfquote über 90 % könnte ein normales Leben ohne Einschränkungen geführt werden, da es kaum noch schwere COVID-Krankheitsfälle geben würde. Es gibt jedoch sechs medizinische Gründe, warum eine gesetzliche Regelung zur allgemeinen Impfpflicht nicht angebracht ist.

Nach nur zwei Jahren der Pandemie haben wir bisher noch unzureichende Kenntnisse sowohl über die weitere Entwicklung und Gefahren von Coronaviren, als auch über die Effektivität und Nebenwirkungen der Schutzimpfungen. Die Frage, ob zukünftige Varianten mit einer niedrigeren Pathogenität einhergehen und einen Impfschutz ggf. überflüssig machen, oder die Frage, wie häufig eine Auffrischimpfung in Zukunft notwendig sein werden, müsste geklärt sein, bevor eine Impfung gesetzlich angeordnet werden sollte. Der Effekt der weltweiten Omikronwelle, mit einer hohen Zahl an Infektionen bei deutlich geringerer Zahl schwerer Verläufe, kann noch nicht abgeschätzt werden. Offen bleibt die Frage, ob bei sehr hohen Infektionszahlen am Ende der Welle überhaupt noch Personen bleiben, die keinen Kontakt zu Virus oder Impfung hatten, und ob sich somit in der gesamten Bevölkerung ein gewisses Immungedächtnis entwickeln konnte, welches den Körpern erlaubt, besser gegen Coronaviren immun zu antworten. Dieses würde eine allgemeine Impfpflicht überflüssig machen. Bevor es jedoch wissenschaftlich eingeschätzt werden kann, ob wir uns auf dem Weg

von der Pandemie zur Endemie befinden, besteht keine Legitimität einer gesetzlichen Regelung im Sinne einer allgemeinen Impfpflicht.

Die regional sehr unterschiedlichen Impfquoten machen deutlich, dass kulturelle Aspekte die Entscheidung über die Impfung beeinflussen und Motivationsarbeit für eine Impfung auf diese Aspekte eingehen muss. Ganz entscheidend sind da die Menschen mit Migrationshintergrund, die bisher unzureichend fachgerecht (z. B. in der Muttersprache) angesprochen wurden. Dies erfordert eine nachgehende Sozialarbeit in den Quartieren. Solange nicht diese Arbeit ausgeschöpft wurde, darf nicht über eine allgemeine Impfpflicht diskutiert werden.

Auch die nur Ungeimpfte betreffenden Eindämmungsmaßnahmen (z. B. 2G, 2G-plus, einrichtungsbezogene Impfpflicht) haben eine motivationssteigernde Wirkung gezeigt (5 % Steigerung der Impfquote in Deutschland, 8 % in Frankreich und 12 % in Italien). Hier wäre eine Analyse der internationalen Differenzen wichtig, um ggf. in Deutschland auf einen stärkeren Effekt zu kommen.

Zur Entlastung des Gesundheitssystems, vor allem der Intensivstationen, führen auch andere verbesserte Behandlungsmöglichkeiten. Hierzu haben auch die Entwicklungen neuer Medikamente geführt, deren Effekt auf die Mortalität unter COVID noch nicht eingeschätzt werden kann. Die Zulassung des Medikamentes Paxlovid Ende Dezember 2021, welches als Pille eingenommen werden und einen schweren Verlauf der Krankheit verhindern kann, wird einen wichtigen Beitrag in der Behandlung liefern und viele intensivmedizinische Behandlungen vermeidbar machen.

Auch der Effekt der Entwicklung eines anderen Typs von Impfstoff, dem sogenannten Totimpfstoff Novavax, der zwar kein wirklicher Totimpfstoff ist, aber nicht auf dem genetischen Prinzip der anderen Impfstoffe basiert, ist noch abzuwarten. Es gibt ausreichend Hinweise, dass bisher nicht impfwillige Personen bereit wären, sich mit Novavax impfen zu lassen. Wie sehr die Impfquote durch Novavax erhöht werden kann, bleibt unklar, muss aber abgewartet werden, bevor über eine allgemeine Impfpflicht diskutiert wird.

Es bleibt der gesellschaftspolitische Aspekt der Unterscheidung zwischen Impfpflicht und –zwang: Wo wird da die Grenze gezogen? Da es eine Grauzone geben wird, muss die Frage gestellt werden, ob die Auswirkungen der Pandemie (Überlastung des Gesundheitssystems) einen solchen Einschnitt in die individuellen Freiheitsrechte legitimieren – angesichts der zunehmenden Zweifel an der

Überlastung ist eine allgemeine Impfpflicht nicht verhältnismäßig.

Fazit: Durch eine notwendige Einzelentscheidung wird die Beschäftigung mit dem solidarischen Aspekt der Impfung verdeutlicht. Wir brauchen mehr aufsuchende Impfkampagnen in den Quartieren, mehr Aufklärung in allen Sprachen, mehr niedrigschwellige Impfangebote – ein solches solidarisches Impfen kann die allgemeine Impfpflicht überflüssig machen.

SOZIALE AKZEPTANZ STATT IMPFPFLICHT

Neben den medizinischen gibt es auch Gründe, die sich aus den sozialen Implikationen einer Impfpflicht ergeben (die Sinnhaftigkeit des Impfens als ein wichtiger Faktor zur Überwindung der Pandemie ist hier vorausgesetzt). **Angela Klein**

1 Die Wirksamkeit einer Impfpflicht setzt voraus, dass dadurch das Ziel erreicht wird, 90 Prozent der Bevölkerung geimpft zu bekommen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Androhung von Sanktionen (in dem Fall Bußgelder) ausreicht, um Unwillige doch noch zur Impfung zu bewegen. Die bereits bestehende, mildere Form der Impfpflicht, nämlich die Beschränkung des Zugangs zu Einrichtungen und Verkehrsmitteln für Ungeimpfte durch die 2G/3G-Regel, habe immerhin den Anteil der Geimpften von knapp 70 % auf 75 % gesteigert.

Dass ein ähnlicher Effekt mit einer Impfpflicht ebenfalls eintreten würde, ist natürlich nicht von der Hand zu weisen. Ob das reicht, um auf die 90 Prozent zu kommen, die für erforderlich gehalten werden, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, darf angesichts der sich verfestigenden Anti-Impfbewegung bezweifelt werden. Je härter

die angedrohten Sanktionen, umso mehr müssen sich Impfgegner*innen und -skeptiker*innen in ihrem Verdacht bestätigt fühlen, dass unter dem Vorwand der Bekämpfung der Pandemie ein autoritäres Regime eingeführt wird. Ganz abgesehen davon, dass Bußgelder natürlich in erster Linie diejenigen treffen, die eh schon am meisten unter der Pandemie zu leiden haben: prekär Beschäftigte, Migrant*innen, HartzIV-Beziehende usw. Die soziale Ungleichheit wird damit also ein weiteres Mal vertieft.

Das kann die Akzeptanz des Impfens nicht erhöhen. Es wird im Gegenteil dazu führen, dass sich ein Sport daraus gemacht wird, dem dünnmaschigen Netz der Kontrollen zu entgehen, und es werden arme Würstchen sein, die das Pech haben, im Netz hängen zu bleiben.

Für die politisch Verantwortlichen mag das mühsam sein, aber es führt kein Weg daran vorbei, aus der Masse der Ungeimpften die Uninformierten, Skeptiker oder einfach nur Lethargischen von denen zu trennen, die das Impfen aus ideologischen Gründen ablehnen. Jedenfalls dann nicht, wenn sie auf Glaubwürdigkeit bedacht sind.

2 Glaubwürdigkeit bei den gesetzlichen Vorgaben ist bei einer Massenerkrankung, bei der es stark auf das Verhalten der Einzelnen ankommt, das A und das O. Glaubwürdigkeit heißt in diesem Fall: umfassende Aufklärung über die Entwicklung der Seuche; Klarstellung, in welchen Punkten die Wissenschaft sich einig ist, in welchen nicht, warum und wie damit umzugehen ist; eine klare allgemeine Regelung, welche Maßnahmen ergriffen werden, wenn bestimmte Indikatoren, z. B. Inzidenzen, einen gewissen Punkt erreicht haben – also ein dauerhaftes Ampelsystem statt einer irrlichternden Politik, die trotz auf ein Höchstniveau steigender Inzidenzen munter auf Lockerungen dringt.

Vor allen Dingen aber: Wenn der Staat will, dass die Menschen seine Vorgaben befolgen, etwa das Impfen, muss er auch alle Mittel bereitstellen, damit sie das möglichst, ohne unnötige Härten zu erleiden, tun können. Im Falle des Impfens bedeutet das eine Politik, die zu den Menschen hinget und nicht nur erwartet, dass sie selber tätig werden. Menschen lassen sich in der Regel viele Einschränkungen gefallen, wenn sie ihnen einleuchten, sozial gerecht sind und es ihnen leicht gemacht wird, sie zu befolgen. Die akute Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen aber krankt an einem chaotischen Kommunikationsregime und an ihrem bürokratischen Verhalten. Das ist Ausdruck eines Staatsverständnisses, das sich in erster Linie anderen als den Erfordernissen der Mas-

sengesundheit verpflichtet sieht – in unserer Gesellschaft ist das das Interesse der Kapitaleigner*innen, dass ihre Profitmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden.

3 Mitte März soll, so fordern viele Abgeordnete aus den staatstragenden Parteien, eine Impfpflicht gelten. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme steht in Frage,

- wenn Mediziner damit rechnen, dass der Höhepunkt der Infektion Ende Februar überschritten sein wird;
- wenn die Variante Omikron den Impfschutz unterläuft;
- wenn klar ist, dass die Impfung nur sechs Monate hält;
- wenn jetzt schon gesagt wird, dass eine zweite Boosterimpfung notwendig sein wird – also ein vierte Impfung;
- wenn im Herbst mit einer weiteren Welle gerechnet wird, von deren Verlauf wir noch nichts wissen.

Das schmälert nicht den Sinn der Impfung als solcher (es gibt mildere Krankheitsverläufe). Aber es zeigt, dass mit Impfen allein die Pandemie nicht in Griff zu bekommen ist. Denn der mildere Verlauf von Omikron verhindert nicht, dass so viele Menschen daran erkranken, dass dies inzwischen auch zu einem ökonomischen Problem wird – (ja, nicht nur Lockdown hat ökonomische Konsequenzen, auch eine Politik, die nicht mehr auf Verhinderung der Ausbreitung des Virus setzt, nur noch aufs Impfen!). Nicht nur in Krankenhäusern und Pflegeheimen, auch bei Feuerwehr und Polizei, in den Bereichen Transport und Logistik gibt es Klagen über übermäßige Arbeitsausfälle wegen Corona.

Aber es setzt ein dickes Fragezeichen hinter die *Impfpflicht*. Hingegen betont es nochmal die Bedeutung zweier einfacher Schutzmaßnahmen, mit denen zwar kein Geld zu verdienen ist, die sich aber als äußerst wirksam herausgestellt haben: FFP2-Masken und Massentests.

FFP2

FFP2-Masken bieten den besten individuellen Schutz gegen Ansteckung. ZDF-Online berichtet am 4.12. über eine Studie des Max-Planck-Instituts: „Wenn sich ein infizierter und ein gesunder Mensch in einem Innenraum auf kurzer Distanz begegnen, liegt die Ansteckungsgefahr auch nach 20 Minuten bei gut einem Promille (0,1 Prozent). Voraussetzung ist der korrekte Sitz der FFP2- oder KN95-Maske. Bei OP-Masken reicht eine gute Passform noch, um die Infektionsgefahr auf maximal zehn Prozent zu senken. Wenn aber ein ungeimpfter Mensch auch nur wenige Minuten in der Atemluft eines Infizierten stehe,

werde er sich mit fast 100prozentiger Sicherheit anstecken.“ Das ist ein starker Grund, FFP2-Masken kostenlos an alle abzugeben.

Massentests

Seit dem 1. Januar sind Testzentren wie Pilze aus dem Boden geschossen, weil ein negativer Test zur Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Leben gemacht wurde. Das ist an sich eine sinnvolle Maßnahme, doch sie krankt an ihrer halbherzigen Durchführung. Denn kostenlos sind nur Schnelltests, die jedoch vielfach die Omikron-Variante nicht erkennen. Das Paul-Ehrlich-Institut hat eine Liste der 16 zuverlässigsten Schnelltests erstellt, die hier im Umlauf sind. Davon erkennen acht das Virus nur zu 60 %, vier zu über 70 % und nur einer zu über 90 % (96 %). Dies mag ein Grund dafür sein, dass die Infektionszahlen ungebremst nach oben schießen.

Sicherer wären hier PCR-Tests. Die wurden aber rationiert und nur noch für Personen in systemrelevanten Bereichen gestellt bzw. solchen zur Verfügung gestellt, die Symptome oder einen positiven Schnelltest haben. Darüberhinaus sind sie unnötig teuer. Österreich macht derzeit Furore mit PCR-Tests, die nur einen Bruchteil der hiesigen Kosten, nämlich 6 statt 70 Euro, und zudem als Gurgeltest in jedem Drogeriemarkt zu haben und im Supermarkt oder an der Tankstelle abzugeben sind. Die hiesigen Bedingungen scheinen also eher ein Geschenk an die deutsche Pharmaindustrie zu sein. Außer dem Schutz ihrer Profite gibt es keinen Grund, warum PCR-Tests bei uns nicht kostenlos für alle zur Verfügung gestellt werden.

Massentests sind seit dem geänderten Infektionsschutzgesetz auch am Arbeitsplatz Pflicht. Beschäftigte müssen geimpft, genesen oder negativ getestet sein, bevor sie ihre Arbeitsstelle betreten. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die entsprechenden Nachweise vor Betreten der Arbeitsstätte zu kontrollieren, und er ist verpflichtet, zweimal pro Woche selber ein Testangebot zu unterbreiten. Verstöße werden auf beiden Seiten mit einem Bußgeld geahndet, sie können darüberhinaus für Beschäftigte arbeitsrechtliche Konsequenzen haben.

Bis auf das Bußgeld und die arbeitsrechtlichen Konsequenzen für die Beschäftigten sind das sinnvolle Regeln. Doch sie greifen natürlich nur, sofern ihre Einhaltung kontrolliert wird. Dafür zuständig wäre die Gewerbeaufsicht, sie ist Landessache. In den meisten Bundesländern wurden die Ämter in den Nuller Jahren jedoch aufgelöst, anderen Einrichtungen angegliedert und mit zusätzlichen

Aufgaben betraut, so dass sie ihre ursprüngliche Funktion nicht mehr richtig wahrnehmen können. Die Kontrolle über die Einhaltung der Schutzmaßnahmen im Betrieb bleibt somit vorwiegend der betrieblichen Interessenvertretung überlassen – sofern es eine solche gibt. In vielen Branchen gibt es eine solche aber kaum. Ist es Zufall, dass es gerade diese Branchen – Pflege, Transport, Logistik – sind, in denen die Erkrankungen an Omikron besonders stark zugenommen haben?

Der Haken beim Impfen ist nicht der Impfstoff, sondern dass zur Bekämpfung der Pandemie ausschließlich hierauf gesetzt wird. Freilich hat das damit zu tun, dass die deutsche Pharmaindustrie damit gerade märchenhafte Gewinne machen kann und die Regierung ihr zu Diensten ist.

6. Februar 2022

„VORBEUGEN IST BESSER ALS HEILEN!“

Ist die Debatte über eine „Impfpflicht“ mehr als Scharlatanerie? **Heinrich Neuhaus**

„Vorbeugen ist besser als heilen!“ Dieser Satz wird dem Arzt Christoph Wilhelm Hufeland (1762-1836) zugeschrieben. Er ist schon damals für Schutzimpfungen eingetreten, und er hat Scharlatane und Betrüger bekämpft. Vor allem aber ist er wegen seines Nachdenkens über einen ganzheitlichen Gesundheitsschutz von Interesse. Wir wissen natürlich nicht, wie sich Hufeland zu der aktuellen Impfdebatte verhalten hätte. Fakt ist aber, dass er den heute weitgehend vergessenen Grundgedanken der Prävention treffend formuliert hat.

1946, als die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und diktatorischer Regime wie des deutschen Faschismus noch unmittelbar bewusst waren, stellte die Weltgesundheitsorganisation fest: „Gesundheit ist ein Zustand

des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

Im heutigen neoliberalen Spätkapitalismus hat jedoch die Relativierung von Gesundheit Konjunktur. Einen aktuellen Beleg hierfür lieferte Anfang Januar 2022 FDP-Chef und Bundesfinanzminister Lindner beim Dreikönigstreffen seiner Partei. Er fabulierte dort, „Freiheit“ sei der wichtigste Wert des Grundgesetzes. Gesundheit sei zwar wichtig, habe sich aber der „Freiheit“ unterzuordnen. Schriller, aber in der Konsequenz nicht viel anders, klingt das Geschrei aus den Reihen der Impfgegnerschaft. „Lieber stehend sterben als knieend leben! Freiheit!!!“ lautet eine ihrer menschenverachtenden Parolen.

Zynismus bekämpfen

Die Corona-Politik der Herrschenden weltweit ist von klassenpolitischen Machtinteressen und zumeist von menschenverachtendem Zynismus geprägt. Statt den Schutz der Gesundheit sowie der Freiheit in das Zentrum einer Strategie zu stellen, dominieren dort die Profitinteressen von Konzernen, wahltaktische Überlegungen, autoritäre Tendenzen und entsprechende ideologische Positionierungen.

Ihre brutalste Zuspitzung findet diese Gemengelage in der Leugnung oder Relativierung der Gefährdung durch SARS-CoV-2. In einer weniger zugespitzten, aber dennoch unzählige Menschenleben kostenden Form steht dafür die Behauptung von der unvermeidlichen und sogar wünschenswerten Durchseuchung der Bevölkerung.

Um die vorherrschende „marktorientierte“ und planlose Politik zu verschleiern, befeuern die Regierenden derzeit die Debatte über eine „allgemeine Impfpflicht“. Zweifelsohne ist Impfen ein wichtiger Baustein im Kampf gegen COVID-19. Aber es ist mittlerweile bekannt, dass auch mehrmaliges Impfen keine absolute Sicherheit gegen eine Erkrankung bietet.

Mit der Debatte um die „allgemeine Impfpflicht“ soll zum einen die Verantwortung für das Andauern der Pandemie auf individuelles Fehlverhalten reduziert und zum anderen von den politischen und systemischen Ursachen abgelenkt werden.

Folgeschwere Blindfahrt

Charakteristisch für die seit mehr als zwei Jahren verfolgte „Pandemie-Politik“ ist die immer noch wiederholte Behauptung der Regierenden, dass man in der Pandemie „auf Sicht fahren“ müsse.

Die Folgen dieses eher als Blindfahrt zu bezeichnenden Reagierens sprechen eine eindeutige Sprache. Seit Beginn der Pandemie vor zwei Jahren wurden weltweit offiziell über 5,7 Millionen Corona-Tote gezählt, in Deutschland sollen es fast 119 000 Tausend sein (Zahlen nach Johns Hopkins Coronavirus Resource Center, Stand 07.02.2022). Die wirklichen Zahlen sind jedoch in fast allen Ländern um ein Vielfaches höher (nach *The Economist*, 16.01.2022).

Hinzu kommen Millionen an Long-COVID leidende Menschen global und Hunderttausende hierzulande. Genaue Zahlen zu diesem Geschehen gibt es bisher nicht. Internationale wissenschaftliche Studien gehen aber davon aus, dass bis zu 70 % der mit SARS-CoV-2 Infizierten unter einem oder mehreren Long-COVID-Symptomen leiden könnten (laut Stanford University, Mai 2021). In Deutschland sind es Schätzungen zufolge etwa 500 000 Menschen.

Grundrechte verteidigen

Zur Erinnerung: Im Grundgesetz (GG) steht nicht zufällig an erster Stelle die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und das Bekenntnis zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Im danach folgenden Artikel 2 GG heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dies ist zugleich mit dem „Sozialstaatsgebot“ in Artikel 20 GG die elementare rechtliche Grundlage für einen verpflichtenden und vorbeugenden Gesundheitsschutz.

Durch das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) von 1996 (2013 aktualisiert) ist auch in der gesamten Arbeitswelt ein präventiver, ganzheitlicher Gesundheitsschutz – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen – zwingend vorgeschrieben. „Ganzheitlich“ meint die Abwehr sowohl physischer als auch psychischer Gesundheitsgefährdungen.

Verpflichtender Infektionsschutz

Grundsätzlich orientiert sich daran der Infektionsschutz am Arbeitsplatz. Er ist durch die geltende SARS-CoV-2-Arbeitsschutz-Verordnung (Corona-ArbSchV) geregelt. Sie „dient dem Ziel, das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei der Arbeit zu minimieren und die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten zu schützen“. Die darauf aufbauende SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel konkretisiert diese Anforderungen nach dem Arbeitsschutzgesetz. Beide Bestimmungen gelten allerdings derzeit nur bis zum 19. März 2022 und sind unbedingt inhaltlich zu verbessern und weiter zu verlängern.

Aus Unwissenheit, Unfähigkeit oder gar bewusst aus klassenpolitischen Interessen missachten oder bekämpfen Firmenleitungen und Interessenverbände diese zwingenden gesetzlichen Vorgaben.

Solidarische Planung

Die besten Erfahrungen und Methoden eines wirksamen Infektionsschutzes in der Arbeitswelt können und müssen genutzt werden, um einen strategischen Aktionsplan zur Pandemiebekämpfung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzuleiten.

Es geht also um eine konsequente präventionsorientierte Strategie, die einzelne Menschen- und Grundrechte nicht gegeneinanderstellt. Gesundheit darf nicht mit Unterdrückung und Freiheit nicht mit Rücksichtslosigkeit gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Gesundheit ist eine elementare Voraussetzung für individuelle und gesellschaftliche Freiheit und Freiheit lässt überhaupt nur Gesundheit zu.

An die Stelle der bisherigen, chaotisch von oben verkündeten „Corona-Politik“ muss ein leicht verständlicher und aktivierender Infektionsschutz treten. Um wirksam sein zu können, hat er am Alltag der großen Mehrheit und an deren Bewusstsein anzuknüpfen. Nur so kann ein breites Verständnis für die konkreten Vorteile eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes entwickelt werden.

Unsere Alternative

Unsere Vorschläge für einen gesellschaftlichen Aktionsplan zur aktuellen (und zukünftigen!) Pandemiebekämpfung lassen sich in zehn Punkten zusammenfassen:

- 1** Ständige muttersprachliche Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über das Recht auf wirksamen Infektionsschutz, die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln und das kostenlose Zurverfügungstellen von FFP2-Masken
- 2** Statt der Ablenkung durch Debatten über eine „allgemeine Impfpflicht“ niedrigschwellige und leicht wahrnehmbare Angebote zuverlässiger kostenloser Test- und Impfmöglichkeiten
- 3** Schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, einfach zu konkretisierenden Infektionsschutzes in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen ...)
- 4** Betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips, das heißt der Umsetzung techni-

sch (z. B. Luftfilter), organisatorischer (z. B. Abstandsregelungen) und persönlicher Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken) in dieser Rangfolge

- 5** Wirksame Durchsetzung des Rechts zur Bildung von Betriebsräten und Bildung von durch die Beschäftigten kontrollierte Kommissionen für Infektionsschutz in allen Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten
- 6** Konsequente politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung
- 7** Schnelle Verbesserungen in der Pflege (Abkehr vom profitgetriebenen System der „Fallpauschalen“, mehr und besser qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen, spürbar höhere Entlohnung)
- 8** Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähig gemachten Gesundheitsämter und der Gewerbeaufsicht
- 9** Freigabe aller Impfstoff- und Medikamentenpatente gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums) und Unterstützung des Aufbaus eines weltweiten, demokratisch kontrollierten Systems des Infektionsschutzes und der Produktion und Verteilung von Masken, Tests und Impfstoffen
- 10** Kampf für ein präventives staatliches Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Ein derartiger Plan wird letztendlich nur durch massiven, über die einzelnen Bereiche hinweg koordinierten Druck von unten durchgesetzt werden können. Erforderlich ist deshalb der Aufbau einer sozialen und ökologischen Front, die für klassenpolitische Solidarität nicht nur in Zeiten der Pandemie eintritt. Sie ist die Voraussetzung, um den Widerstand gegen die herrschende Politik mit der Abwehr der rechten, Corona leugnenden Bewegung konsequent zu verbinden.

Selbstverständlich erfordert die erfolgreiche Bekämpfung einer Pandemie, dass ihre Ursachen auch auf Weltenebene systematisch angegangen werden – insbesondere die kapitalistische „Globalisierung“ und die damit verbundene Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur. Denn: „Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!“

Zu seiner Zeit schrieb übrigens Hufeland: „Früh verbrachten starben fast zu allen Zeiten immer nur die unbekanntesten Armen, denen es trotz größter Leistungen für die herrschenden Klassen sogar am täglichen Brot fehlte.“

MARKT-SOZIALISMUS – EIN WIDERSPRUCH IN SICH

Klaus Dörres Buch „Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“¹ wird seit seinem Erscheinen eifrig diskutiert. Doch das, was er hier vertritt, ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen.

■ Jakob Schäfer

Was man positiv herausstreichen sollte, ist die Tatsache, dass Dörre die Bedeutung der ökologischen Krise und speziell des Klimawandels verstanden hat, zumindest zum Teil. Leider aber greifen seine Vorschläge für die erforderlichen Gegenmaßnahmen strukturell und im Detail viel zu kurz.

Beispielsweise hat er nicht begriffen, dass für ein Gegensteuern ein umgehender und umfassender Ausstieg aus der Autogesellschaft erforderlich ist. Da reichen solche Maßnahmen wie der Ausbau von Car-Sharing-Systemen und mehr ÖPNV vorne und hinten nicht. Um dem Klimawandel gegenzusteuern, braucht es mindestens drei verschiedene Maßnahmenstränge: die ökologische Ausrichtung und den massiven Ausbau des ÖPNV, die kostenlose Nutzung desselben im städtischen und im Regionalverkehr sowie eine drastische Reduzierung der Wegstrecken (zur Arbeit, zu den Bildungseinrichtungen, zur Gesundheitsversorgung, zu den Geschäften des täglichen Bedarfs usw.). Zur Frage der Verkürzung und der Vermeidung von Wegen gehört auch eine weitgehende Reduzierung der Transporte von Produkten um die halbe Welt. Weiterhin: Der Flugverkehr muss kontingentiert werden und Flüge unter 1000 km müssen vollständig verboten werden.²

Für eine Vermeidung von Wegen bedarf es einer planmäßigen Infrastrukturpolitik, die in keinem Fall mit Marktmechanismen zu realisieren ist. Schon für den massiven Ausbau des ÖPNV und seine kostenlose Nutzung versagen alle Marktmechanismen. Von einer Konversion der Autoindus-

trie und anderer schädlicher Industrien spricht Dörre nur in sehr vager Form. Er strebt eine Konversion mittels Anreizen an. Doch: Ohne eine entschädigungslose Enteignung wird eine nennenswerte Konversion nicht möglich sein.

Was Dörre generell vorschwebt, ist die folgende Kombination: Anreize für die Kapitaleigner, verbunden mit einer staatlichen Investitionspolitik, die allerdings vom bürgerlichen Staat durchzuführen wäre. Dörres Ziel ist es, die Funktionsweise des Kapitals zu modifizieren, ohne sich mit dem Kapital anzulegen oder gar die Warenwirtschaft infrage zu stellen. Das äußert sich dann in solchen Ausführungen wie:

„Benötigt werden jedoch vor allem Anreize, um die Kooperation zwischen ansonsten konkurrierenden Klein- und Mittelbetrieben zu stärken. Die Vernetzung flexibler Spezialist:innen in Oberitalien hat gezeigt, wie dergleichen erfolgreich praktiziert werden kann.“ (S. 130) Oder: „Die Zivilgesellschaften haben in demokratischer Weise direkt darauf Einfluss zu nehmen, was, wie und zu welchem Zweck produziert und reproduziert wird. Es geht um eine *Umverteilung von Entscheidungsmacht* zugunsten der gegenwärtig ohnmächtigen Mehrheiten, denn ohne solch tiefgreifende Eingriffe in die bestehende Wirtschaftsordnung wird sich Nachhaltigkeit weder in der ökologischen noch in der sozialen Dimension realisieren lassen. Eine Demokratisierung von Produktionsentscheidungen lässt sich auf zwei Wegen erreichen. Der erste Weg stärkt den Kollektivwillen innerhalb der Unternehmensorganisation.

Dabei spielen direkte Partizipation und Selbstbestimmung der Produzent:innen konzeptionell eine wichtige Rolle. Innerhalb der Betriebe und Unternehmen können transparente, demokratische Entscheidungsstrukturen Partizipationsmöglichkeiten auf allen Ebenen eröffnen. Neben materieller Partizipation an den Geschäftsergebnissen ist eine selbstbestimmte Arbeitsorganisation eine überaus bedeutsame Ebene für eine direkte Beteiligung der Belegschaften an betrieblichen Entscheidungsprozessen. Auf der Ebene von Arbeitsprozessen kann an Konzepte einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz angeknüpft werden, wie sie auch unter kapitalistischen Bedingungen als Ausweis innovativer Arbeitspolitik gelten.“ (S. 134 f.)

Aus solchen Ausführungen geht hervor: Dörre zielt nicht auf eine uneingeschränkte Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sein Sozialismus basiert auf selbständigen, unabhängig voneinander agierenden Unternehmen. Und: Er stellt sich den Übergang zu seinem Sozialismus recht harmonisch vor.

Markt und Plan

Im Wesentlichen zustimmend referiert Dörre verschiedene sozialistische Wirtschaftsmodelle, vor allem von Erik Olin Wright³ und David Laibman⁴. Zustimmend gibt er Ausführungen von Laibman mit seinen Worten folgendermaßen wieder: „Es gibt Wettbewerb zwischen Unternehmen, doch dieser wird nicht mehr über Löhne, sondern über Zuverlässigkeit und Produktqualität ausgetragen. Die Basispreise bleiben über einen längeren Zeitraum konstant, werden aber in einer vernünftigen Frequenz aktualisiert. Der Anteil des erwirtschafteten Nettoeinkommens, der dem Unternehmen verbleibt, soll anhand eines Einkommensanteil-Formierungs-Index berechnet werden, der sich aus verschiedenen Erfolgsindikatoren zusammensetzt.“ (S. 183) Die „demokratische Zivilgesellschaft“ soll über „die Art und Gewichtung der Indikatoren“ mitbestimmen (ibid).

Das Ganze wird nicht dadurch besser, dass Dörre an den im Kapitalismus existierenden Stiftungen anknüpfen möchte. „Das Stiftungsunternehmen ist ebenfalls eine Form, die dem Prinzip eines kollektiven Selbst Eigentums bereits unter kapitalistischen Bedingungen Rechnung trägt. Der Übergang zu solchen Eigentumsverhältnissen ließe sich verhältnismäßig leicht bewerkstelligen, wenn der politische Wille vorhanden wäre. So könnten Staatshilfen für private Unternehmen mit Verfügungsrechten für Beschäftigte oder gesellschaftliche Fonds bezahlt werden. Sobald dergleichen geschähe, würde die Sozialisierung von

Entscheidungsmacht mittels Internalisierung von Sozialkosten, die die kapitalistische Produktionsweise verursacht, zu einem Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme.“ (S. 126)

An anderer Stelle fasst er sein Modell so zusammen: „Das Fundament einer künftigen sozialistischen Gesellschaft bilden transformative Rechtsverhältnisse, die Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang geben; kollektives Selbst Eigentum an und in großen Unternehmen; kooperative Marktwirtschaft mit kleineren Unternehmen; die Eckpfeiler von Wirtschaftsdemokratie; Produktionsweisen mit langlebigen Gütern; ein neues Verhältnis von Markt und Plan sowie Nachhaltigkeits- und Transformationsrate als Innovationen im politischen System. Dies sind Bausteine für das sozioökonomische Fundament nachhaltig sozialistischer Gesellschaften.“ (S. 117 f.)

Dörre kommt zu dem Schluss: „Betrachtet man die unterschiedlichen Planungsansätze, so entsteht ein Gespür dafür, dass sich künftige Sozialismen nicht mit dem einen Planungsmodell zufriedengeben werden. Viel wahrscheinlicher ist eine ständige politische Auseinandersetzung um das beste Verhältnis von Markt und Plan, um besonders effiziente Formen demokratischer Koordination. Doch so unterschiedlich die diskutierten Planungsmodelle auch sein mögen, sie alle zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl positive als auch negative Externalitäten in die Preisgestaltung und das ökonomische Anreizsystem aufnehmen können.“ (S. 185 f.)

Mit diesem Wirrwarr aus planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Mechanismen kann Dörre logischerweise kein in sich schlüssiges Konzept für eine gesamtgesellschaftliche Planung entwerfen. Der Klimawandel und all die sonstigen ökologischen Verheerungen erfordern genauso durchgreifende gesamtgesellschaftlich wirksame Maßnahmen, wie wir sie auf der sozialen Ebene zur Abschaffung von Hunger, Elend, Krieg und Zerstörung brauchen. Nur wenn die gesamte Bevölkerung die Entscheidungsmacht hat, wird sie auch die erforderlichen Maßnahmen zur Änderung von Lebensgewohnheiten mittragen. Und nur dann wird ein solcher Prozess Anziehungskraft entwickeln und die Landesgrenzen überschreiten. Schließlich ist heute mehr denn je der Sozialismus in einem Land nicht vorstellbar.

All dies wirft ganz grundsätzliche Fragen auf. Wieso soll die Zivilgesellschaft nur „mitbestimmen“? Leider legt Dörre seine philosophisch-anthropologischen Prämissen nicht auf den Tisch. Wir können uns diese Ebene seines Konzepts nur indirekt erschließen. Deutlich wird es bei-

spielhaft dort, wo er von der Fortexistenz des Lohnsystems ausgeht. Dass eine Gesellschaft, wenn sie auf einer egalitären Ordnung basiert, die Verteilung von Gütern für die Grundbedürfnisse ohne Einschränkung vornehmen kann, ist ihm offenbar vollkommen fremd. Am weitesten wagt er sich vor, wenn er – recht vage – von der „allmählich[en] Überwindung des Primats der Wertform von Arbeit“ schreibt. (S. 191).

Warum soll nicht die Bevölkerung *uneingeschränkt*, auf der Grundlage einer demokratischen Räteverfassung, bestimmen

- was produziert wird und welche Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden?
- wie produziert wird – also unter welchen Arbeitsbedingungen und nach welchen ökologischen Maßstäben und mit welchen Zielsetzungen?
- wie all dies verteilt wird, sowohl unter den Menschen als auch in der Aufteilung der Ressourcen und Rücklagen für die Infrastruktur?⁵

Warum überhaupt soll es Wettbewerb geben? Dass sich ein fortbestehender Markt und ein tatsächlich demokratisch erarbeiteter Plan für eine alternative Produktion von Gütern und Dienstleistungen fundamental widersprechen, kommt Dörre nicht in den Sinn. Zu Recht kritisiert er die Kommandowirtschaft des „real existierenden Sozialismus“, doch er will dem dortigen Demokratiedefizit mit Marktmechanismen begegnen.

Unsere Antwort auf die Kommandowirtschaft muss genau entgegengesetzt lauten: Statt weiterhin die wesentliche Entscheidungsmacht irgendwelchen Leitungen zu überlassen und ein vom Wertgesetz dominiertes Wirtschaftsmodell anzuvizieren (bzw. beizubehalten), gilt es, auf die tatsächliche Selbstermächtigung der Gesamtbevölkerung zu setzen. Die Gesamtbevölkerung muss die Macht haben, über verschiedene zur Auswahl stehende Planungsvarianten zu entscheiden, in denen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zur Abstimmung stehen. So kann ein Rätekongress – auf der Grundlage von unterschiedlichen Vorschlägen etwa zur Ressourcenverteilung oder zur Zuteilung von diesen oder jenen kostenlosen Gütern und Dienstleistungen – sehr wohl uneingeschränkt den einen oder den anderen Wirtschaftsplan beschließen. Dies gilt es mit einer weitgehenden Selbstbestimmung in der Lebensgestaltung und der Nutzung der Ressourcen auf der kommunalen Ebene zu verbinden. Durchgängiges Prinzip muss dabei sein: So viel zentral entscheiden wie nötig, so viel lokal bestimmen wie möglich. Nur auf diesem Weg

wird auch die Warenwirtschaft zu überwinden sein, letztlich die zentrale Voraussetzung für die volle Entfaltung einer öko-sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Selbstverständlich werden damit nicht Konflikte verschwinden, etwa zwischen den Verfechter*innen für eine größere Zuteilung von Ressourcen für die Kunst oder für den Breitensport usw. Aber es sind dann keine Konflikte zwischen Klassen oder zwischen Entscheidern auf der einen Seite und jenen, die nur „mitbestimmen“ dürfen, auf der anderen Seite. Und natürlich werden in diesen demokratischen Prozessen auch Entscheidungen zustande kommen, die sich im Nachhinein als unglücklich bzw. nachteilig für die Gesellschaft erweisen. Aber durch die Beteiligungsmöglichkeit aller wird die Motivation zur Korrektur erhalten bleiben und die Planungsentscheidungen werden sich verbessern.

Was Dörre nicht begreift oder anerkennen will: Solange nicht tatsächlich nach den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung produziert wird und egalitär – auf demokratischer und transparenter Grundlage – verteilt wird, solange also noch privatwirtschaftliche Bereicherung möglich bleibt, solange kann die Wirkung des Wertgesetzes nicht überwunden werden und solange werden die Reichen bestrebt sein, noch reicher zu werden, was zwangsläufig auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit geht, aber auch auf Kosten der Ökologie sowie der allgemeinen Strukturen der Daseinsvorsorge oder der längerfristigen Zukunftssicherung.

Dörres Illusion von der Friedfertigkeit der Herrschenden

Linke Kritik an der bürgerlichen Herrschaftsform des Parlamentarismus tut Dörre – ohne nähere inhaltliche Begründung – ab: „Modischen Abgesängen auf die parlamentarische Demokratie, gleich ob sie von rechts oder von links kommen, begegne ich kritisch, ja ablehnend.“ (S. 15) Zu diesem Schluss kommt er aufgrund seiner (recht kursorisch und nicht in die Tiefe gehenden) Kritik an der Unterdrückung von Demokratie auch schon in den frühen Jahren der Sowjetunion. Natürlich ist es richtig, dass ein Sozialismusmodell unglaubwürdig ist, wenn es mit der Einschränkung von Demokratie verbunden ist. Das Gegenteil muss klar werden: Sozialismus ist nur vorstellbar bei weitest möglicher Entfaltung von Demokratie. Und genau dies steht in krassem Gegensatz zur Realität bürgerlicher Herrschaft, wo beispielsweise die Pressefreiheit die Freiheit derjenigen ist, die reich genug sind, über die entsprechenden Medien zu verfügen.

Hinzu kommt, dass die parlamentarische Demokratie erstens nicht die einzige Herrschaftsform im Kapitalismus ist (sie wird gegebenenfalls schnell beseitigt), und zweitens ist sie nur sehr eingeschränkt eine Möglichkeit, für die eine oder andere politische Option zu votieren. Was aus dem berühmten „Wählerwillen“ gemacht wird, ist von vielen Kritiker*innen hinlänglich analysiert worden, aber auf diese Kritik geht Dörre überhaupt nicht ein, sondern bezieht sich nur positiv auf diese Institution – wie übrigens auch auf das Europaparlament – und will sie nur erweitern.

All dies fügt sich ein in ein gradualistisches Konzept zur Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. „Die Verankerung von Nachhaltigkeitszielen in der Verfassung, ihre Koppelung mit der Eigentumsfrage und der Möglichkeit zu Sozialisierung werden den rechtlich verbrieften Möglichkeiten eines Systemwechsels zu erneuter und größerer Aufmerksamkeit verhelfen. Allein die gesetzlich fixierte Sozialisierungs*drohung* dürfte bereits genügen, um eine Umverteilung und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu fördern.“ (S. 122)

Dörre stellt sich vor, sein Gesellschaftsmodell mittels Reformen von oben durchsetzen zu können: „Reformen von oben, die von oppositionellen oder gar revolutionären Bewegungen erzwungen werden, können noch immer (?) eine erfolgversprechende Strategie sozialistischer Handlungsfähigkeit sein. Wahrscheinlich sind sie in nächster Zukunft zumindest für Europa der einzige Weg, der mit einigen Erfolgsaussichten überhaupt besprochen werden kann.“ (S. 49). Ihm scheint nicht klar zu sein, dass nennenswerte Reformen in der Geschichte immer nur ein Ergebnis revolutionärer Kämpfe waren. Erst wenn die Macht der Herrschenden in Gefahr gerät, sind sie zu größeren Zugeständnissen bereit, nämlich um dem revolutionären Kampf die Spitze zu nehmen. Man kann nicht gegen Reformen sein, aber in Bewegung gekommene breite Bevölkerungsschichten wollen in zugespitzten Kämpfen mehr als das, was man ihnen zugesteht und womit man sie tatsächlich zu beruhigen versucht. Dass Reformen bei passender Gelegenheit, also bei wieder geänderten Kräfteverhältnissen, weitgehend oder auch ganz zunichte gemacht werden, dürfte Klaus Dörre eigentlich nicht verborgen geblieben sein.

Dörres Transformationsmodell geht nicht nur leichtfertig über den Bereicherungsdrang der herrschenden Klasse hinweg. Er ignoriert auch fahrlässig und unbegründet die Grundcharakteristika des bürgerlichen Staates, was man einem Marxisten nicht durchgehen lassen kann. Der bürgerliche Staat ist schließlich nicht nur ein Abstraktum

oder eine Ansammlung von Verwaltungsbeamten, die von heute auf morgen in eine andere Identität schlüpfen könnten. Noch vollkommen unabhängig von den ideologischen Apparaten, zu denen Althusser das Nötige ausgeführt hat (und vor ihm in anderer Form Gramsci): Der bürgerliche Staat ist vor allem ein starkes Netzwerk von Kräften unterschiedlichster Art, die in vielfältigen Institutionen wirken und ein Eigeninteresse am Fortbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben, denn sie verfolgen die gleichen historischen Interessen wie das Kapital, also wie der andere Hauptbestandteil der herrschenden Klasse.⁶

Sowohl der bürgerliche Staat – vor allem die dort entscheidenden Kräfte, die gesellschaftliche Macht ausüben – als auch die Kapitaleigner(innen) sind auf den Erhalt ihres Reichtums und ihrer Privilegien ausgerichtet. Es zeugt von großer Naivität, anzunehmen, diese Kräfte würden tatenlos zuschauen, dass man ihnen Stück für Stück ihre Macht beschneidet und ihre Einkommensquellen mindert. Wo in der Geschichte gibt es auch nur ansatzweise ein Beispiel dafür, dass eine Klasse der Besitzenden und Mächtigen sich an der Abschaffung ihrer privilegierten Lage beteiligt hätte oder auch nur tatenlos zugeschaut hätte?

Wir müssen also feststellen, dass das mit so viel Aufwand beworbene Buch leider nichts anderes ist als ein schwacher Neuaufguss eurokommunistischer Illusionen.

2. Januar 2022

1 Klaus Dörre: „Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“, Berlin (Matthes & Seitz) 2021

2 Dass Dörre sich mit der Autogesellschaft recht wenig beschäftigt hat, zeigt allein die Tatsache, dass er in seinen Fußnoten sowie in der Literaturliste auf keines der wegweisenden Bücher Winfried Wolfs, des bedeutendsten linken Verkehrswissenschaftlers dieses Landes, verweist. Nur das weniger wichtige Buch „Tempowahn“ führt er an.

3 E. O. Wright: „Envisioning real utopias“, London/New York, 2010

4 D. Laibman: „Democratic Coordination: Towards a Working Socialism For the New Century“ in: Science & Society, Vol. 66, No. 1. New York, 2002, S. 116-129

5 Mehr dazu unter: Jakob Schäfer „Für eine demokratisch geplante Wirtschaft“ <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/> sowie: <https://intersoz.org/raetedemokratie-was-sonst/>

6 Mehr zu dieser Frage: Jakob Schäfer „Zur Konstitution des bürgerlichen Staates“, <https://intersoz.org/zur-konstitution-des-buergerlichen-staates/>

ERNEST MANDEL IN DER BERUFSVERBOTSPRAXIS

Auf Nichtberufung folgt Einreiseverbot

■ John S. Will

■ Mit dem Radikalenerlass bediente die sozialliberale Regierung unter Willy Brandt Ängste vor einer sich radikalierenden Jugend- und Studentenbewegung und kommunistischer Einflussnahme aus dem Osten. In der praktischen Umsetzung jedoch stellte sich sogleich heraus, dass mit dem Beschluss die gesamte sozialistische Linke in Westdeutschland unter Verdacht gestellt wurde.

„Entsprechend dem Ersuchen des Landes Berlin ist Professor Mandel in die Grenzüberwachungsliste aufgenommen und heute Vormittag beim Versuch der Einreise mit dem Ziel Berlin auf dem Flughafen Frankfurt a. M. zurückgewiesen worden.“¹ Mit dieser Erklärung des Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) vom 28. Februar 1972 wurde die Welt des belgischen Ökonomen Ernest Mandel ein weiteres Mal enger und eingegrenzter. In dem marxistischen Theoretiker von internationalem Ruf² hatten zuvor bereits Frankreich, Australien und die Vereinigten Staaten eine Gefahr gesehen und ihre Tore verschlossen. Als führendes Mitglied der 1938 von Leo Trotzki gegründeten antistalinistischen Vierten Internationale behandelten die Staaten des Warschauer Paktes Mandel bereits weitaus früher als „Staatsfeind“. Doch was war geschehen?

Umkämpfte Berufungspraxis

Anfang des Jahres 1972 hatte die Berufungskommission des politikwissenschaftlichen Otto-Suhr-Instituts (OSI) der Freien Universität Berlin Mandel für einen Lehrstuhl im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft ausgewählt. Mandel war in Berlin kein Unbekannter: In der linken

Studentenbewegung hatte er als Redner bei zahlreichen politischen Veranstaltungen, nicht zuletzt auf dem berühmten Internationalen Vietnamkongress 1968 (neben Rudi Dutschke, Erich Fried, Tariq Ali und anderen) einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Als Gastdozent beeindruckte er im Wintersemester 1970/71 die Studentenschaft wie auch den jungen, sich vermehrt nach links orientierenden akademischen Mittelbau gleichermaßen. Doch für den Senator für Wissenschaft und Kunst, Werner Stein (SPD), erschien die Berufung von Mandel alles andere als ein prestigeträchtiger Zugewinn für die Universität. Am 22. Februar 1972 gab er eine Erklärung ab, dass der belgische Wirtschaftswissenschaftler durch seine Mitgliedschaft in der Vierten Internationale die „dienstrechtlichen Voraussetzungen“, d. h. das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im dienstlichen wie außerdienstlichen Bereich, nicht erfülle, sie gar als „überzeugter, erklärter und praktizierender Gegner“ praktisch zu „vernichten“ beabsichtige.³ Um diese Vorwürfe zu entkräften, wurde Mandel von studentischen Gremien eingeladen, auf einer eigens organisierten Veranstaltung vor Ort in Berlin Stellung zu beziehen. Das Einreiseverbot verhinderte dieses Vorhaben.

Es wurde nur vier Tage nach dem Bekanntwerden des Radikalenerlasses ausgesprochen. Zugleich ist das Einreiseverbot und die damit verbundene Nichtberufung auch als ein Teil der lokalen, politischen Kämpfe innerhalb der Freien Universität zu betrachten, die auf erbitterte Auseinandersetzungen mit dem OSI zurückblicken konnte. Bereits der Prozess um die Berufung verlief alles andere als reibungslos, insofern sie erneut den Konflikt befeuerte

zwischen einer linken Studentenbewegung, die sich die Durchsetzung radikaler Strukturreformen im Lehr- und Forschungsbetrieb auf die Fahne geschrieben hatte, und einem gewichtigen Teil der Professorenschaft, der mit Infragestellung der akademischen Machtstrukturen in einen Abgrund der Anarchie zu blicken glaubte. Nicht zuletzt die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ sendete alarmierende Signale aus. Dieser sich um Richard Löwenthal und Jürgen Zerche organisierende Zusammenschluss von Hochschullehrern hatte ein Jahr zuvor bereits großen Anteil daran, die Einsetzung sowohl des kommunistischen Philosophen Hans Heinz Holz als auch die des gerade promovierten früheren AStA-Vorsitzenden und Wortführers des Westberliner SDS, Wolfgang Lefèvre, zu verhindern.

Hatten die Notgemeinschaft und die westdeutschen Behörden das Bedrohungsszenario einer kommunistischen Parteidiktatur gerade in der „Frontstadt des Kalten Krieges“ bisher äußerst erfolgreich heraufbeschworen, stellte dies im Fall Mandel eine weitaus schwierigere Herausforderung dar. Senator Stein sah in der politischen Programmatik und in den Lehrinhalten Mandels den Versuch, das parlamentarische System mit Gewalt abzuschaffen und durch eine Räterepublik zu ersetzen. Die Entscheidungsträger auf der Bundesebene schlossen sich diesem Urteil an und hielten bis zuletzt an dieser Begründung der Verfassungsfeindlichkeit fest. In einer schriftlichen Erklärung argumentierte Mandel dagegen und fasste das Einreiseverbot und die vermehrt aufkommenden repressiven Maßnahmen gegen marxistische Intellektuelle als ein Zugeständnis der regierenden SPD an die politische Rechte auf. Auf die behördlichen, mit Zitaten aus Programmschriften der IV. Internationale unterlegten Vorwürfe, die parlamentarische Demokratie abschaffen zu wollen, reagierte Mandel besonders energisch, zielte dies doch auf einen Kernbestandteil seiner theoretischen Arbeit ab – der sozialistischen Rätedemokratie, die in seinen Ausführungen mit dem Begriff der Arbeiterkontrolle und der Kritik am Substitutionismus (ein Stellvertretertum, das sich zur Herrschaft einer einzigen, bürokratischen Partei über die Arbeiterklasse auswachsen konnte) verbunden war.

Mandel verteidigte sich, indem er auf eine notwendige Entfaltung der demokratischen Aktivitäten der Mehrheit der Lohnabhängigen für eine Räteverfassung hinwies, die ein „Mehrparteiensystem mit politischen Oppositionen, mit breiterer Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit“⁴ erfordere. Damit werde die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise erreicht, aber gerade

nicht die Vernichtung einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, deren Grundrechte gerade erst in einem Rätssystem von der Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt werden könne. An einem demokratietheoretischen Zwiegespräch waren die politischen Entscheidungsträger allerdings nicht interessiert, wohl auch, weil ihnen durchaus bewusst war, bei einem offen ausgetragenen Disput in Erklärungsnot zu geraten. Während eines Helikopterfluges nach Bonn versuchte der niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen (SPD) Hans-Dietrich Genscher dazu zu bewegen, das Einreiseverbot für Mandel zurückzunehmen. Den Versuchen von Oertzens, der seit den 1950er Jahren einen engen Kontakt zu Mandel pflegte und ihn persönlich sehr hoch schätzte, Genscher von dem demokratischen Selbstverständnis des Abgewiesenen und der fehlenden politischen Legitimität der Maßnahmen gegen ihn zu überzeugen, entgegnete der Innenminister: „Ach, Herr von Oertzen [...] [g]lauben Sie nicht, dass ich nicht weiß, was Ernest Mandel geschrieben hat. Gerade das macht ihn so gefährlich.“⁵

Die Solidaritätskampagne

Angesichts des Einreiseverbots organisierten Berliner Studierende eine Protestveranstaltung an der FU. Mehrere Tausend Personen kamen und hörten eine auf Tonband aufgezeichnete Rede Mandels. Die Besetzung des OSI durch Studenten sollte den Druck auf Senator Werner Stein erhöhen. Doch weder dies noch der Rücktritt Margherita von Brentanos vom Posten der Vizepräsidentin der FU vermochten die Entscheidung des Berliner Senats oder die des Bundesinnenministeriums zu ändern.

Nach den ersten stürmischen Verlautbarungen galt es nun für Mandel und seine Unterstützer, eine breit angelegte Kampagne zur Aufhebung des Einreiseverbots zu führen. Einen wichtigen Verbündeten fanden sie in dem Sozialistischen Büro (SB). Dieses konnte bereits mit dem Solidaritätskomitee für Angela Davis, die seit 1970 in einem Prozess wegen Unterstützung von Terrorismus in den USA vor Gericht stand, einen großen Erfahrungsschatz in der internationalen Solidaritätsarbeit aufweisen. Zudem hatte das SB einen organisationspolitischen Schwerpunkt im Erziehungs- und Schulbereich – genau dort, wo sich der Radikalenerlass besonders stark auswirkte. Aber auch die zunehmende Enge für Marxist*innen im akademischen Betrieb wurde vom SB frühzeitig wahrgenommen, wie etwa die Solidaritätsarbeit mit dem – ironischerweise – von Peter von Oertzen suspendierten Psychologieprofessor Peter Brückner⁶ zeigt. Sowohl das linkssozialistische

Sozialistische Büro (zu dem Mandel in stetem Kontakt stand) als auch die trotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deren politisches und intellektuelles Aushängeschild Mandel war, engagierten sich nachhaltig (mit Texten, Broschüren, Briefkampagnen und Veranstaltungen) gegen die am Beispiel Mandels exemplarisch dargestellten politischen und juristischen Implikationen der Berufsverbotspraxis. Neben Jakob Moneta, dem für die Industriegewerkschaft Metall tätigen Chefredakteur der *Metall*, koordinierte die Aktionen vor allem Sibylle Plogstedt.⁷ Anders als das SB, welches sehr bald die politischen Kräfteverhältnisse und juristischen Möglichkeiten bei diesem prominenten Fall realistisch einschätzte und sich, ohne die Korrespondenz zu Mandel gänzlich zu beenden, auf andere Kampagnen gegen die Berufsverbote fokussierte, versuchte die GIM weitaus länger, dem Einreiseverbot Mandels öffentliche Aufmerksamkeit zu geben.

Neben der vor allem dokumentarischen Aufklärungsarbeit und den Informations- und Protestveranstaltungen waren offene Briefe eine der hauptsächlichen Aktionsformen dieser Solidaritätskampagne. Und es war Ernest Mandel selbst, der hierbei eine aktive und treibende Rolle spielte. Mithilfe des SB und der GIM sowie weiterer Kontakte in der Bundesrepublik konnte er ein Netzwerk aus sozialistischen Gruppen, Gewerkschaftsfunktionär*innen, linken Intellektuellen und dem Bund demokratischer Wissenschaftler (das als ein Gegenstück zu dem Bund Freiheit der Wissenschaft mit der Notgemeinschaft als Berliner Sektion betrachtet werden kann) mobilisieren.

Mit Ausnahme der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bzw. der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), die Mandel aufgrund seiner Kritik am „realexistierenden Sozialismus“ die Solidarität versagten und auf ihn gereizt bis denunzierend reagierten, empörte sich über die Maßnahmen der Bundesregierung ein breites Spektrum, das mitunter bis in das linksliberale Milieu ragte. In der Bundesrepublik gründete sich ein Solidaritätskomitee, in dem unter anderem Ernst Bloch, Hans Magnus Enzensberger, Ossip K. Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Jakob Moneta, Oskar Negt und Peter Weiss zusammenkamen. Auch international protestierten linke Intellektuelle wie Tom Bottomore, Ken Coates, Noam Chomsky, Meghnad Desai, Michael Foot, André Gorz, Christopher Hill, Sicco Mansholt, Joan Robinson und Edith Russell. Der Nobelpreisträger Salvador Luria schickte gar einen persönlichen Protestbrief an Willy Brandt, mit dem er ankündigte, die Bundesrepublik erst wieder betreten zu wollen, wenn das gegen Mandel verhängte Einreiseverbot wieder aufge-

hoben werde. Es half nichts. Hatte der Name Mandels noch in der ersten Hälfte des Jahres 1972 Einzug in jedes bedeutende Presseerzeugnis gehalten, verlor die Solidaritätskampagne angesichts der kompromisslosen Haltung der Bundesregierung mit der Zeit immer mehr an Dynamik. Eine 1973 begonnene juristische Anstrengung, das Einreiseverbot vor Gericht zu kippen, verlief zäh und blieb ebenfalls erfolglos.

Die elementaren Interessen aller Lohnabhängigen

Interessant ist aber, dass und wie Mandel selbst mit seinem Berufsverbot und der Solidaritätskampagne umging. Sein Engagement, so hat es den Anschein, zielte nur nebenbei auf die Berufung selbst als vielmehr darauf, mit seinem eigenen Fall den politischen Diskurs in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Erhoffte er sich mit einem Lehrstuhl am OSI zwar auch einen endgültigen Durchbruch in der akademischen Welt, so stand dennoch und viel mehr die Mobilisierungskampagne über das Solidaritätskomitee und ihre Verbindungsgruppen selbst im Vordergrund seiner Aktivitäten. In Interviews diskutierte er ausführlich Themen wie Arbeiterkontrolle oder das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie. Zudem versuchte er die Diskussion um sein Einreiseverbot zu nutzen, der Zersplitterung der Linken in Westdeutschland entgegenzuwirken. Auf dem im April 1972 abgehaltenen Kongress gegen politische Unterdrückung an der Freien Universität Berlin, erklärte er via Tonband, dass es bei dem Protest nicht um die Solidarität mit einer Einzelperson oder einer bestimmten politischen Strömung ginge, sondern um die Verteidigung der „elementaren, gemeinsamen Interessen [...] aller Lohnabhängigen in der BRD, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in Gesamteuropa“.⁸

Das Einreiseverbot nutzte Mandel also dazu, die Situation in Westdeutschland politisch zuzuspitzen und dabei auch geschickt auf die verschütteten demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung hinzuweisen. Einen anderen, beispielsweise von Jean Améry oder auch von Ernst und Karola Bloch weit stärker hervorgehobenen Solidaritätsaspekt thematisierte Mandel dagegen in seinem Kampf für Meinungs- und Berufsfreiheit kaum – nämlich seine eigene Biographie. Als junger jüdischer Marxist war er wegen seiner Teilnahme am antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland deportiert worden, wo er Zwangsarbeit leisten musste und, kurz vor Kriegsende, völlig ausgemergelt von der US-Armee befreit worden war. Auch nachdem er gegenüber der Bundesrepublik seinen Anspruch auf eine „Wiedergutmach-

chung“ geltend machen konnte, vermied er es, diese Erfahrung als Widerständler und Verfolgter des NS-Regimes in den Vordergrund zu stellen. Erst 1978 veranlasste der neue Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) eine die Berufsverbotspraxis aufweichende Neubestimmung der Politik, mit der in kürzester Zeit auch das Einreiseverbot von Ernest Mandel aufgehoben wurde. Seine erste politische Veranstaltung in Westberlin bestritt Mandel noch im gleichen Jahr mit seinem Einsatz für die Freilassung und die Möglichkeit zur Ausreise des DDR-Dissidenten Rudolf Bahro in die Bundesrepublik.⁹

John S. Will ist Historiker und lebt in Hamburg. Er promoviert am Simon Dubnow Institut in Leipzig. Zuletzt erschien von ihm der Aufsatz „Jakob Moneta – jüdischer Internationalist und sozialistischer Gewerkschafter. Ein Leben im ‚kurzen 20. Jahrhundert‘“¹⁰. Eine andere Fassung dieses Beitrags erschien in am 12. Januar 2022 als Teil des Themen-Specials „Der Radikalenbeschluss wird 50“¹¹ auf der Webseite der Rosa Luxemburg Stiftung, <https://www.rosalux.de/news/id/45662>. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der RLS und des Verfassers.

1 Zitiert nach Manuel Kellner, *Gegen Kapitalismus und Bürokratie*. Zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel, Köln 2009, S. 17f.

2 Eine erste große Anerkennung seiner ökonomietheoretischen Arbeiten erlangte er durch das 1962 erschienene Werk *Traité d'économie marxiste*, das 1968 vom Suhrkamp Verlag auf Deutsch veröffentlicht, von APO-„Raubdruckern“ rasch billig nachgedruckt und 1972 dann in der „edition suhrkamp“ in zwei Taschenbuchbänden in großer Auflage einem deutschsprachigen Publikum bekannt wurde. Hierzu trug auch eine große Sammelrezension von vier deutschsprachigen Büchern von Ernest Mandel bei, die Wolfgang Abendroth in der *Zeit* veröffentlichte (24. Jg., Nr. 48, 28. November 1969).

Als Kind von polnisch-jüdischen Eltern 1923 in Frankfurt am Main geboren, wuchs er in einem säkularen jüdischen Elternhaus in Antwerpen auf, in dem Sympathien zur radikalen Arbeiterbewegung und zum Spartakusbund gepflegt wurden. Während des Zweiten Weltkrieges im trotzkistischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung aktiv, avancierte Mandel in der Nachkriegszeit zu einer wichtigen Figur des linken Flügels der belgischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und der Vierten Internationale. Vgl. Jan Willem Stutje, *Rebell zwischen Traum und Tat*. Ernest Mandel (1923–1995), Hamburg 2009.

3 Erklärung des Senats vom 22.2., in: *Permanente Revolution aktuell*, Nr. 2, 25. Februar 1972, S. 7/8.

4 Ernest Mandel antwortet dem Westberliner Senat, ebd., S. 3–6, hier S. 4.

5 „Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun“. Peter von Oertzen über Ernest Mandels politische Theorie und Praxis und die gemeinsame Arbeit in der SoPo-Redaktion der 50er Jahre. Manuel Kellner und Christoph Jünke im Gespräch mit Peter von Oertzen, in: Sopos, www.sopos.org/

[aufsaetze/47f2e5ec9cd68/1.phtml.html](https://www.rosalux.de/news/id/45677) (letzter Zugriff: 6.12. 2021).

6 Vgl. Christoph Jünke, „Der Staat gegen Peter Brückner. Wie ein linker Hochschullehrer ausgegrenzt wird“, <https://www.rosalux.de/news/id/45677>.

7 Plogstedt begann ihr Engagement für Mandel, nachdem sie aus der Tschechoslowakei zurückgekehrt war, wo sie sich kurzzeitig – infolge der Niederwalzung des Prager Frühlings 1968 – in Haft befunden hatte. Vgl. Sibylle Plogstedt, *Im Netz der Gedichte*. Gefangen in Prag nach 1968, Berlin 2001 (neue Ausg.: Sulzbach/Taunus 2018).

8 Ernest Mandel, Grußbotschaft an den Kongreß, in: *Kongress gegen politische Unterdrückung* an der Freien Universität vom 24.4. bis 26.4.1972. Referate und Diskussionen, Berlin (West) 1972, S. 148–154, hier S. 154.

9 Vgl. Ernest Mandels Rede auf der Bahro-Solidaritätsveranstaltung vom 4. Juli 1978 in der Technischen Universität Berlin (in *was tun*, Nr. 218/219, 13.7.1978) sowie seine Redebeiträge in dem Band *Der Bahro-Kongreß*. Aufzeichnungen, Berichte und Referate. Dokumentation des Bahro-Kongresses vom 16.–19. November 1978 in der Technischen Universität Berlin, hrsg. von „Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros“, Berlin: Verlag Olle und Wolter, 1979, S. 15–17, 28–31, 47, 52–55.

Rudolf Bahros Werk *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, war im August 1977 in der DGB-nahen Europäische Verlagsanstalt erschienen und kurz darauf von Ernest Mandel in der Wochenzeitung der GIM rezensiert worden (*was tun*. X. Jg., Nr. 176, 22. September 1977, S. 9–12).

10 Enthalten in: Riccardo Altieri / Bernd Hüttner / Florian Weis (Hrsg.), *„Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen“*. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2021, (luxemburg beiträge, Nr. 5), S. 81–89.

Diese Broschüre kann gratis heruntergeladen werden: <https://www.rosalux.de/news/id/45015>.

11 <https://www.rosalux.de/dossiers/der-radikalenbeschluss-wird-50>.

ES DROHT EIN „KANNIBALISCHER KAPITALISMUS“

Das folgende Interview führte **Martin Mosquera** mit **Nancy Fraser** für die Zeitschrift *Jacobin*. Die Redaktion der *internationale* dankt *Jacobin* für die Genehmigung, den Text zu übersetzen und hier abzdrukken.

Während der letzten drei Jahrzehnte hat die US-amerikanische politische Theoretikerin Nancy Fraser die Linke mit einigen kraftvollen Gedanken bereichert.

Bisweilen sind diese Anregungen ausgesprochen politisch, etwa wenn sie dem Feminismus empfiehlt, seine Verbindungen zur Wirtschaftselite abzubrechen und sich den Standpunkt der Arbeiterklasse anzueignen, um die Ursachen jeglicher Unterdrückung an der Wurzel zu packen. Andere Überlegungen sind eher theoretischer Natur, etwa wenn sie die Wechselwirkungen zwischen dem Kapitalismus und den Rahmenbedingungen, denen er unterliegt und die er nicht zur Gänze beeinflussen kann, analysiert.

In ihren jüngsten Arbeiten drängt Fraser auf eine Synthese von Theorie und Praxis, um die drohende Katastrophe dessen zu verhindern, was sie in ihrem demnächst erscheinenden Buch¹ als „kannibalischen Kapitalismus“ bezeichnet: die Möglichkeit, dass der Kapitalismus durch sein Vordringen in alle Lebensbereiche seinen eigenen Fortbestand – was noch wichtiger ist – die Überlebensbedingungen von uns allen zerstören könnte.

In dem Interview mit Martín Mosquera, dem Herausgeber von *Jacobin América Latina*, erklärt Fraser, dass es ihr ein Anliegen ist, den modernen Kapitalismus und seine Krisen zu durchleuchten, um Aktivist*innen – als Teil eines

ständig wachsenden Kollektivs – einen Konzept für ein gemeinsames politisches Handeln zur Verfügung zu stellen.

Die Linke, so Fraser, beginnt, sich wieder als einheitliche Kraft zu verstehen, nachdem sie jahrzehntelang davon besessen war, sich in immer kleinere Untereinheiten aufzuspalten, die nur mit sich selbst beschäftigt waren. Dennoch liegt noch eine Menge Arbeit vor uns. Um kollektive Stärke zu entwickeln, gilt es zu verstehen, wie die einzelnen Bausteine der modernen kapitalistischen Gesellschaft ineinandergreifen. Es braucht, so Fraser, eine am Populismus orientierte politische Bewegung, in der die Anliegen unterschiedlicher Akteure sehr wohl ihren Platz haben, aber gleichzeitig durch ein sozialistisches Programm – eine allen gemeinsame Vision, wohin es gehen soll – miteinander verknüpft werden.

In ihrem Interview mit Mosquera spricht Fraser über die drohende Zukunftsszenarien, die uns bevorstehen, wenn wir nicht entschlossen handeln, um die Herrschaft des Kapitals zu schwächen, und über die Herausforderungen beim Aufbau einer gemeinsamen Front für den politischen Kampf.

Martin Mosquera: In deiner jüngsten Arbeit hast du eine, wie du es nennst, „erweiterte Konzeption des Kapitalismus“ entwickelt. Warum müssen

die bestehenden Kapitalismuskonzepte erweitert werden? Liegt es vielleicht daran, dass sie sich zu sehr auf den Kapitalismus als Wirtschaftssystem beschränken?

Nancy Fraser: Ja, das stimmt. Ich habe die Idee von der erweiterten Konzeption des Kapitalismus entwickelt, um von den Basis-Überbau-Modellen des Marxismus wegzukommen, die das Wirtschaftssystem als die eigentliche Grundlage der Gesellschaft betrachten und alles andere als bloßen „Überbau“ abtun. In diesen Modellen fließt die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung nur in eine Richtung: nämlich von der ökonomischen Basis zum politisch-rechtlichen Überbau. Aber das ist völlig unzureichend. Als Alternative schlage ich vor, die Beziehung des ökonomischen Teilsystems der kapitalistischen Gesellschaft zu den für sein Funktionieren notwendigen Voraussetzungen zu überdenken – also zu den Prozessen, Aktivitäten und Beziehungen, die zwar als nicht-ökonomisch gelten, aber für die kapitalistische Wirtschaft unerlässlich sind, wie die gesellschaftliche Reproduktion, die nicht-menschliche Natur und der öffentliche Sektor.

Daraus ergibt sich ein komplexeres Bild von der Beziehung zwischen Basis und Überbau. Wenn ich von notwendigen Rahmenbedingungen spreche, meine ich, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem ohne diese Voraussetzungen nicht funktionsfähig wäre: Die Fähigkeit des Kapitalismus, Arbeitskraft zu kaufen und einzusetzen, auf Rohstoffe und Energie zuzugreifen, Waren zu produzieren und sie mit Gewinn zu verkaufen, Kapital zu akkumulieren – nichts davon wäre möglich, wenn diese „nicht-ökonomischen“ Bedingungen nicht gegeben wären. Die Rahmenbedingungen haben also einen enormen Einfluss. Sie sind keine bloßen Begleiterscheinungen.

Nehmen wir das Beispiel der gesellschaftlichen Reproduktion, also die oft von Frauen außerhalb der offiziellen Wirtschaft ausgeübten Tätigkeiten, durch die der Faktor Arbeit am Laufen gehalten wird: Geburt, die Pflege Angehöriger, die Aufrechterhaltung zwischenmenschlicher Beziehungen und die Erziehung kommender Generationen, aber auch die Aufgabe, für das Funktionieren der erwachsenen Arbeitskräfte zu sorgen. Damit diese am nächsten Tag ihre Arbeit wieder aufnehmen können, müssen Ernährung, Körperpflege, Bekleidung und Erholung gesichert sein – all das ist für einen reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Wirtschaft unumgänglich. Diese Argumentationslinie wurde von Feministinnen im Rahmen der sogenannten sozialen Reproduktionstheorie, einer Variante des marxistischen Feminismus, entwickelt. Demnach kann

die wirtschaftliche Produktion in erhebliche Schwierigkeiten geraten, wenn die gesellschaftliche Reproduktion schiefläuft. Und das bedeutet, dass die Kapitalakkumulation durch verwandtschaftliche Beziehungen, Geburtenraten, Sterblichkeitsraten usw. mitunter an ihre Grenzen stößt. All das ergibt ein komplexeres Bild als die herkömmlichen Erklärungen, die nur in eine Richtung gehen.

Ähnliches gilt für die natürlichen bzw. ökologischen Rahmenbedingungen. Kapitalistische Produktion und Akkumulation setzt die Verfügbarkeit von materiellen Gütern voraus, von denen die Produktion abhängt: Rohstoffe, Energiequellen, Lagerstätten für die Abfallentsorgung. Wenn diese Bedingungen gefährdet sind, kann das den gesamten Betrieb lahmlegen. Ein interessantes Beispiel dafür ist COVID-19, bei dem es sich gewissermaßen um eine ökologische Störung handelt. Das Virus entstand als Bedrohung für den Menschen durch ein zoonotisches Überspringen, eine Übertragung von Fledermäusen auf uns Menschen durch einen Zwischenwirt, möglicherweise Schuppentiere – vermutlich als Folge von klima- und „entwicklungs“bedingten Artenwanderungen. Das hatte eine enorme Schrumpfung des gesamten Wirtschaftssystems zur Folge. COVID-19 ist ein extrem gutes Beispiel für eine Umkehrung der Ursache-Wirkung-Beziehung.

Du betonst, dass der Kapitalismus kein völlig autonomes Wirtschaftssystem ist, da er von Rahmenbedingungen abhängt, die in gewisser Weise außerhalb seiner Reichweite liegen. Aber selbst, wenn alle diese Lebensbereiche relativ unabhängig voneinander existieren, kann das Wirtschaftssystem dennoch auf sie einwirken und sie verändern. Ist es nicht gerade ein Merkmal des Kapitalismus, dass er fähig ist, auch Bereiche, auf die er keinen unmittelbaren Zugriff hat, zu beeinflussen, etwa die Natur?

Die besondere Dynamik einer kapitalistischen Wirtschaftsweise zeichnet sich durch den Zwang zur Kapitalakkumulation und zur unbegrenzten Vermehrung des „Wertes“ aus. Wie wir wissen, geht es in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht darum, Geld zu verdienen und sich dann zurückzulehnen, das Leben im schönen Eigenheim zu genießen und nach Lust und Laune zu konsumieren. Vielmehr gibt es das Gebot der Reinvestition, das darauf abzielt, immer größere Mengen an Mehrwert, immer größere Profite und immer mehr Kapital zu generieren. Diese mächtige Triebkraft veranlasst die Kapitaleigner, bis zum Äußersten zu gehen und zu versuchen, die nicht-

ökonomischen Rahmenbedingungen nach ihrem Willen zurechtzubiegen. Aber diese Fähigkeit ist nicht grenzenlos. Sie erfährt Rückschläge, auch von Seiten der Natur, die in ihrem eigenen Tempo und nach ihrem eigenen Zeitplan voranschreitet. Die Zeitabläufe der ökologischen Reproduktion unterliegen letztendlich nicht der kapitalistischen Kontrolle. Es macht also durchaus Sinn, von „relativ autonomen“ Sphären zu sprechen, die als „nicht-ökonomisch“ zu bezeichnen sind.

Aber der Expansionsdrang des Kapitals ist ein brutaler und blinder Zwang, der untrennbar mit dem System verflochten ist. Dieser Zwang ist weit mächtiger als der Wille einzelner Kapitaleigentümer, die danach streben, ihr Kapital zu vermehren – also sozusagen „dessen Willen“ auszuführen. Dieser mächtige Trieb hat es sogar geschafft, seine eigenen Rahmenbedingungen (Familie, Natur, Staatsformen usw.) umzugestalten – wenn auch in gewissen Grenzen, wie ich gerade erklärt habe. Ich will damit sagen, dass Marxist*innen völlig zu Recht auf der Macht und Gestaltungskraft der Akkumulationsdynamik beharren. Es ist jedoch ein Fehler, diese Auffassung in ein Basis-Überbau-Modell von Wirkungszusammenhängen zu übersetzen. Daher gibt es Rückschläge in der Kapitalakkumulation, weil die Rahmenbedingungen der Reproduktion ihrer eigenen Logik und ihren eigenen Zeitabläufen folgen und weil ihnen „nicht-ökonomische“ Werte innewohnen, die den Menschen wichtig sind und ihr Handeln beeinflussen.

Du hast die COVID-Krise als dramatisches Beispiel angeführt, wie die genannten externen Faktoren auf komplexe Weise mit dem Kapitalismus interagieren und zu jener Art von kapitalistischen Krisen führen, die du als „multidimensional“ bezeichnest. An anderer Stelle hast du auch angedeutet, dass die derzeitige Phase des neoliberalen Finanzkapitalismus zumindest seit 2008 eine – vielleicht endgültige – Krise durchläuft, die schließlich einen historischen Übergang zu einer anderen Form der kapitalistischen Akkumulation einleiten könnte. Wie bewertest du die aktuelle Krise?

Ich möchte einige Punkte hervorheben, die in der Art und Weise, wie du die Frage gestellt hast, bereits implizit enthalten sind. Erstens sollte man zwischen sektoralen und allgemeinen Krisen unterscheiden. Eine sektorale Krise bedeutet, dass es in einem bestimmten kapitalistischen Akkumulationsregime oder in einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklung einen nicht unerheblichen Sektor gibt, der offenkundig dysfunktional ist, während

andere Sektoren anscheinend mehr oder weniger gut funktionieren. Wir neigen häufig dazu, Wirtschaftskrisen als sektoral zu betrachten. Historiker könnten zahlreiche Beispiele für solche sektoralen Krisen anführen, die nur einen bestimmten Bereich der Gesellschaft betreffen. Aber eine allgemeine Krise der gesamten gesellschaftlichen Ordnung ist mehr als das. Es handelt sich dabei um das Zusammentreffen mehrerer einander überlappender Sackgassen und Störungen größeren Ausmaßes. Es befindet sich also nicht nur ein einzelner Sektor in der Krise, sondern alle oder fast alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche, und diese Krisen verschärfen sich gegenseitig. Das war etwa in den 1930er Jahren der Fall.

Ich vermute, dass wir es aktuell mit einer allgemeinen Krise dieser Art zu tun haben. Natürlich haben wir gravierende Wirtschaftskrisen erlebt, etwa den Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte 2007/08. Und auch wenn es den Anschein hatte, als ob unsere Herrscher einen Ausweg aus dieser Krise gefunden hätten, kann man nicht wirklich von einer Lösung sprechen. Die allgegenwärtige Durchdringung aller Bereiche durch das Finanzkapital ist nach wie vor eine tickende Zeitbombe. Und wie der jüngste Bericht des Weltklimarats (IPCC) zeigt, haben sich unsere wirtschaftlichen Probleme mit einer anderen schwerwiegenden, um nicht zu sagen katastrophalen Krise vermischt: der globalen Erwärmung. Diese ökologische Krise bahnt sich schon seit langem an und wird nun deutlich spürbar. Immer größere Teile der Weltbevölkerung, auch jene, die bisher von den schlimmsten Auswirkungen verschont geblieben sind, werden sich dessen bewusst.

Und dann gibt es, wie ich bereits erwähnt habe, eine Krise der sozialen Reproduktion, welche die Kräfte, die wir für die Sorge um unsere Mitmenschen brauchen, aufzehrt: Kinderbetreuung und Altenpflege, Bildung und Gesundheitsfürsorge. In dem Maße, in dem sich die Staaten aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückziehen und das niedrige Lohnniveau uns zwingt, mehr Stunden für bezahlte Arbeit aufzuwenden, verschlingt das System die Zeit und Energie, die für die Sorgearbeit nötig wären. Daher befindet sich auch dieser Sektor in einer Krise, insbesondere unter den Bedingungen der Pandemie. Man könnte sagen, dass COVID die bereits bestehende Krise der sozialen Reproduktion erheblich verschärft hat. Genauso gut könnte man aber auch sagen, dass die bereits bestehende Krise der sozialen Reproduktion (einschließlich der fehlenden Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Gesundheitswesens und in die Sozialfürsor-

ge) die Auswirkungen von COVID erheblich verschärft hat.

Schließlich haben wir es auch mit einer politischen Krise größeren Ausmaßes zu tun. Selbst mächtige Staaten wie die USA sind nicht in der Lage, die durch das System entstandenen Probleme zu lösen. Die meisten Staaten sind kaputtgespart, durch Stillstand gelähmt und einigen wenigen Megakonzernen ausgeliefert, die praktisch alle Regulierungsbehörden in ihre Gewalt gebracht und massive Steuersenkungen für sich selbst und für die Reichen erzwungen haben. Da den Staaten jahrzehntelang Einnahmen entgangen sind, haben sie ihre Infrastruktur vernachlässigt und ihre Vorräte an wichtigen öffentlichen Gütern, wie etwa die persönliche Schutzausrüstung für das medizinische Personal, aufgebraucht. Sie sind per definitionem nicht in der Lage, sich mit Fragen zu beschäftigen, die nicht innerhalb der Grenzen ihres Hoheitsgebiets in den Griff zu bekommen sind – etwa mit dem Klimawandel. Das Ergebnis ist eine akute Krise der Regierungsfähigkeit auf struktureller Ebene. Aber die politische Krise äußert sich auch auf einer anderen Ebene, nämlich als Krise der Hegemonie im Sinne von Gramsci. Damit meine ich einerseits die weit verbreitete Abkehr von der herkömmlichen Politik und von den etablierten politischen Parteien und Eliten, deren Prestige durch ihre Verquickung mit der Neoliberalisierung angeschlagen ist, und andererseits das Auftreten von zuvor undenkbar populären – von denen einige potenziell emanzipatorisch sind, aber andere definitiv nicht.

Das Ergebnis ist, dass wir es heute mit einem Geflecht mehrerer Krisen zu tun haben: einer Wirtschaftskrise, einer Krise der gesellschaftlichen Reproduktion, einer ökologischen Krise und einer doppelten politischen Krise. Meiner Meinung nach ballt sich das zu einer allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaft zusammen. Deren Auswirkungen tauchen überall auf, erst hier, dann dort, dann woanders, wie die Metastasen eines Krebsgeschwürs. Jeder Versuch, einer dieser Krisen Herr zu werden, führt bloß zu weiteren Krisen, von denen andere Sektoren, Regionen oder Bevölkerungsgruppen betroffen sind, bis schließlich der gesamte soziale Körper überfordert ist. Die allgemeine Krise ist für viele Menschen zu einer greifbaren Erfahrung geworden, aber das heißt nicht, dass es in absehbarer Zeit zu einem totalen Zusammenbruch oder zu einem revolutionären Höhepunkt kommen wird. Kapitalistische Krisen können sich leider über Jahrzehnte hinziehen. Man könnte sagen, dass die gesamte erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zur Niederlage des Faschismus am Ende des Zweiten Weltkriegs eine einzige langanhaltende,

brodelnde allgemeine Krise des liberal-kolonialen Kapitalismus war. Wir müssen uns also möglicherweise auf eine lange Durststrecke gefasst machen.

COVID hat unsere Fähigkeit, Vorhersagen zu treffen, ziemlich sicher beeinträchtigt. Trotzdem ist es wichtig, ausgehend von gegenwärtigen Tendenzen verschiedene Zukunftsszenarien durchzuspielen – und sei es nur, um darüber nachzudenken, wie wir unser Handeln in eine emanzipatorische Richtung lenken und Katastrophenszenarien vermeiden können.

Einverstanden. Ich bin gerne bereit, mögliche Szenarien durchzudenken, wobei ich sicher keine Vorhersagen machen werde. Ich beginne mit der Überlegung, ob die derzeitige Krise „entwicklungsbedingt“ oder „epochal“ ist. Das ist eine Unterscheidung, die wir der Binghamton-Schule² verdanken. Eine epochale Krise ist eine Krise des gesamten kapitalistischen Systems; ihre Lösung erfordert die Überwindung dieses Systems, d. h. seine Ersetzung durch eine wie immer geartete neue nicht- oder postkapitalistische Gesellschaftsform. Im Gegensatz dazu ist eine Entwicklungskrise typisch für ein bestimmtes „Akkumulationsregime“ oder eine bestimmte Phase in der Geschichte des Kapitalismus und kann zumindest vorübergehend dadurch gelöst werden, dass sie von einem anderen – allerdings immer noch kapitalistischen – Regime abgelöst wird. In diesem Fall würde die systemimmanente Aufspaltung zwischen Warenproduktion und gesellschaftlicher Reproduktion, „dem Ökonomischen“ und „dem Politischen“, der menschlichen Gesellschaft und der nichtmenschlichen Natur, würden Ausbeutung und Enteignung nicht aufgehoben, sondern „bloß“ neu geordnet.

Diese Trennlinien gibt es in der einen oder anderen Form in jeder Phase des Kapitalismus, aber sie sind Stätten des Widerspruchs. Jede von ihnen birgt eine Tendenz zur Krise (wirtschaftlich, ökologisch, sozial oder politisch), die früher oder später zu Problemen führen muss. Einem bestimmten Regime kann es gelingen, diese Widersprüche eine Zeit lang abzufedern oder zu mildern, aber nicht endgültig. Irgendwann treten sie unverhohlen zutage und dann gerät das Regime in eine offene Krise; es setzt die verzweifelte Suche nach einer Lösung ein – und erbitterte Kämpfe darüber, wie diese Lösung aussehen soll. Aber wer diese Kämpfe selbst miterlebt, kann nicht mit Sicherheit wissen, ob am Ende ein neues Regime im Rahmen des Kapitalismus oder eine postkapitalistische Alternative

stehen wird. Das wird erst im Nachhinein klar, im Rückblick.

Bislang hat sich jede allgemeine Krise in der Geschichte des Kapitalismus als „lediglich“ entwicklungsbedingt erwiesen. Die allgemeine Krise der merkantilen Phase führte zum liberal-kolonialen Regime des 19. Jahrhunderts, dessen Krise wiederum den Weg zu dem staatlich gelenkten Regime der Mitte des 20. Jahrhunderts ebnete, das seinerseits dem Finanzkapitalismus der Gegenwart Platz machte. In all diesen Fällen entschärfte das jeweils neue Regime vorübergehend die Entwicklungskrise seines Vorgängers, bevor es schließlich an seiner eigenen Krise zugrunde ging. Und jedes Mal glaubten nicht wenige gesellschaftliche Akteure, dass die Krise, die sie gerade miterlebten, epochal sei und mit der Abschaffung des Kapitalismus enden würde. Doch sie haben den Erfindungsreichtum des Systems und seine Fähigkeit, sich von innen heraus zu verändern, unterschätzt.

Beim Versuch, unsere eigene Situation zu verstehen, sollten wir uns diese Geschichte vor Augen halten. Möglicherweise sind einige Aspekte der gegenwärtigen Krise entwicklungsbedingt und charakteristisch für das aktuelle Regime des Finanzkapitalismus. Aber vielleicht nicht alle. Wegen des ökologischen Aspekts neige ich zu der Vermutung, dass wir diesmal tatsächlich vor einer echten epochalen Krise stehen könnten, deren Lösung die Überwindung des Kapitalismus ein für alle Mal erfordert.

Sollte das zutreffen, dann gibt es mehrere mögliche Szenarien. Einige davon sind erstrebenswert, etwa ein globaler demokratischer Ökosozialismus. Natürlich ist es schwer vorherzusagen, wie dieser genau aussehen würde, aber nehmen wir einmal an, er würde das „Wertgesetz“ aufheben, Ausbeutung und Enteignung abschaffen und die Beziehungen zwischen menschlicher Gesellschaft und nichtmenschlicher Natur, zwischen Güterproduktion und Fürsorge, zwischen „dem Politischen“ und „dem Ökonomischen“, zwischen demokratischer Planung und den Märkten neu erfinden. Das wäre ein „guter“ Ausgang innerhalb des Spektrums an Möglichkeiten. Am anderen Ende der Skala liegen etliche nicht-kapitalistische Lösungen, die tatsächlich bedrohlich sind: ein massiver gesellschaftlicher Rückschritt unter kriegerischen Machthabern oder unter einem globalen autoritären Regime. Es gibt natürlich noch eine dritte Möglichkeit, nämlich dass die Krise überhaupt nicht gelöst wird, sondern in einer Orgie gesellschaftlicher Selbst-Kannibalisierung immer weitere Kreise zieht, sodass am Ende kaum etwas übrig ist, was es verdient, menschlich genannt zu werden.

Wie gesagt, ich mache hier keine Vorhersagen. Aber ich meine, dass wir angesichts dieser Alternativen lieber anfangen sollten, uns wild entschlossen für das erste Szenario einzusetzen. Das bedeutet, dass wir den Aufbau eines neuen gegenhegemonialen Blocks in Angriff nehmen müssen, der es möglich macht, alle potenziell emanzipatorischen Kräfte hinter einem Projekt der ökologisch-gesellschaftlichen Transformation zu vereinigen. In einem kürzlich in der *New Left Review*³ erschienenen Artikel habe ich versucht, diese Strategie zu skizzieren und die dahinterstehenden Überlegungen zu erläutern. Meiner Meinung nach lässt sich ein solches Projekt am besten als *antikapitalistisch* und *transökologisch* umreißen: antikapitalistisch, weil ökologische Krisen im Kapitalismus strukturell angelegt sind und der Kapitalismus die wichtigste sozio-historische Triebkraft des Klimawandels ist; und transökologisch, weil die ökologischen Widersprüche des Systems untrennbar mit seinen anderen Widersprüchen (wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur) verwoben sind und nicht unabhängig von ihnen gelöst werden können. Folglich müssen grüne Aktivist*innen gemeinsame Sache mit denen machen, die für Arbeitsrechte, menschenwürdige Lebensbedingungen und Ernährungssicherheit, für eine Aufwertung der Pflegearbeit und für öffentliche Investitionen in die gesellschaftliche Reproduktion sowie gegen die Vertreibung und Ausgrenzung von Migrant*innen, gegen Landenteignung, Autoritarismus und rassistisch-imperiale Unterdrückung auftreten.

Was eine solche transökologische Koalition prinzipiell möglich macht, ist die „praktische“ Tatsache, dass all diese sozialen Missstände ihre Wurzeln in ein und demselben sozialen System haben – nämlich im Kapitalismus. Dieses System könnte, oder besser gesagt sollte, als gemeinsamer Feind der verschiedenen Koalitionspartner und als gemeinsamer Schwerpunkt ihrer diversen Aktivitäten behandelt werden. Die ökopolitischen Strömungen, die derzeit unabhängig voneinander agieren, könnten durch eine gemeinsame antikapitalistische Ausrichtung ihre Kräfte bündeln und sich mit „nicht-ökologischen“ sozialen Bewegungen vereinen. Ich denke dabei etwa an Degrowth, die Bewegung für Umweltgerechtigkeit und den „Grünen New Deal“, die aktuell oft im Widerspruch zueinander stehen. Meiner Meinung nach kann jede dieser drei Bewegungen fundierte Erkenntnisse vorweisen, aber jede von ihnen hat auch blinde Flecken, die ihnen im Weg stehen. Ich bin überzeugt, dass die Erkenntnisse verstärkt und die blinden Flecken korrigiert werden könnten, wenn diese Strömungen in einem transökologischen und antikapita-

listischen gegenhegemonialen Block zusammenfänden. In diesem Fall würden die jeweiligen Programme, etwa der Grüne New Deal, weniger als Selbstzweck erscheinen, sondern (um eine alte trotzkistische Formulierung aufzugreifen) als „sozialistische Übergangsstrategien“ auf dem Weg zu einer radikaleren Transformation, die man als „demokratischen Ökosozialismus“ bezeichnen könnte.

Jedenfalls ist es nicht möglich, genau vorherzusagen, was passieren wird und wann, denn das hängt natürlich davon ab, was die Menschen tun. Ich selbst versuche derzeit, der Dynamik der gegenwärtigen Krise in ihren verschiedenen Dimensionen auf den Grund zu gehen. Ich möchte eine Landkarte der gesellschaftlichen Gesamtheit zeichnen, auf der Aktivist*innen und potenzielle Aktivist*innen ihre verschiedenen Anliegen verorten können, die andernfalls als bloße Einzelphänomene wahrgenommen würden. Auf diese Weise hoffe ich, ein Gefühl dafür zu vermitteln, wo und wie sich diese verschiedenen Anliegen in das Gesamtbild einfügen; außerdem möchte ich den Stand der Dinge bei einander widerstrebenden sozialen Kräften darstellen. Mein übergeordnetes Ziel ist praktischer Natur: Ich möchte herausfinden, wie diese Kräfte und Anliegen am effizientesten für eine emanzipatorische Lösung der Krise mobilisiert werden können.

Was du beschreibst, klingt ein wenig wie eine populistische Strategie: die Vorstellung von einer Gesellschaft, die sich per se aus Einzelinteressen oder -anliegen zusammensetzt, wobei die Herausforderung darin besteht, diese unterschiedlichen Interessen zu einer logisch schlüssigen gemeinsamen politischen Kraft zusammenzuführen. Du hast dich in der Vergangenheit positiv über den Linkspopulismus geäußert, aber die jüngsten Ereignisse deuten eher darauf hin, dass er als Bewegung politisch nur begrenzt lebensfähig ist. Mittlerweile scheint der Rechtspopulismus eine bessere Erfolgsbilanz zu haben.

Im Zuge von Occupy Wall Street habe ich begonnen, ernsthaft über Populismus nachzudenken. Ich war sehr beeindruckt von dem Slogan, wonach einem Prozent der Superreichen 99 Prozent der Bevölkerung gegenüberstehen. Diese Rhetorik ist durch und durch populistisch. Obwohl es ihr an der Präzision und der analytischen Deutlichkeit der Klassenanalyse mangelt, ist sie unmittelbar verständlich und weckt starke Gefühle. Es war erstaunlich, wie schnell sich diese rhetorische Formel in den Vereinigten

Staaten durchgesetzt hat. Das liegt zum Teil daran, dass auch Bernie Sanders von einem im Namen der „Milliardärsklasse“ manipulierten System“ sprach, womit er dieser Rhetorik enormen Auftrieb gab. Das Wort „manipuliert“ erwies sich als außerordentlich wirkmächtig, was auch Donald Trump nicht entging, der es sich später aneignete und ihm eine andere Wendung gab.

Auf jeden Fall war der Erfolg der populistischen Sprache im politischen Universum der USA beeindruckend. Er kündigte nicht nur einen beträchtlichen Riss in der neoliberalen Hegemonie an, sondern brach auch mit der in einigen „linken“ Kreisen vorherrschenden „partikularisierenden“ Rhetorik. Während Teile der „Linken“ früher damit beschäftigt waren, kollektive politische Kategorien (etwa „Frauen“) in immer kleinere, sauberlich abgrenzbare Einheiten zu zerlegen, weist die Rede von „den 99 Prozent“ und „dem einen Prozent“ in die entgegengesetzte Richtung, hin zu einem größeren Kollektiv. Das deutet für mich auf ein gestiegenes Interesse am Aufbau einer übergreifenden linken Koalition in den Vereinigten Staaten hin. Offensichtlich haben sich viele Menschen, vielleicht ohne es zu merken, nach einer Analyse gesehnt, die Zusammenhänge aufzeigt und die imstande ist, die Zersplitterung der Linken zu überwinden, um eine gemeinsame Front zu bilden – all das hielt ich für ein positives Zeichen.

Gleichzeitig hat Trumps Aneignung der populistischen Rhetorik eine Unterscheidung zwischen Links- und Rechtspopulismus unumgänglich gemacht. Beide Populismen zeichnen eine Landkarte der sozialen Hierarchie; sie zeigen, wer oben und wer unten steht und wer wem im Nacken sitzt. Aber die beiden Landkarten weisen eklatante Unterschiede auf. Der Linkspopulismus teilt die Gesellschaft in *zwei* Gruppen: eine verschwindend kleine Elite der Oligarchen (ein Prozent), die auf dem Rücken der großen Mehrheit enormen Reichtum anhäuft, und die 99 Prozent, die es gegen das eine Prozent zu mobilisieren gilt. Im Gegensatz dazu teilt die Landkarte des Rechtspopulismus die Gesellschaft in *drei* Gruppen. Ganz oben befindet sich die „blutsaugende“ Elite, ganz unten die „schmarotzende“ Unterschicht und in der Mitte das anständige „Volk“, das von beiden Seiten in die Mangel genommen wird. Der Rechtspopulismus richtet sich zwar gleichfalls gegen das eine Prozent, aber auch gegen Einwanderer, die nicht-weiße Bevölkerung, sexuelle Minderheiten und so weiter. Er zeichnet ein völlig anderes Bild von der Gesellschaft und verfolgt ein komplett anderes politisches Projekt.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass der Rechtspopulismus seine Feinde mit Hilfe essentialistischer Begriffe definiert. Im Sprachgebrauch einiger Trumpf-Anhänger handelt es sich bei „denen ganz oben“ beispielsweise um „die internationale jüdisch-pädophile Verschwörerbagage“, während „die ganz unten“ als „mexikanische Vergewaltiger“ oder „faule Schwarze“ bezeichnet werden. Beide Gruppen werden also ausschließlich anhand kultureller Merkmale charakterisiert. Im Gegensatz dazu definieren Linkspopulisten den Feind funktional, nämlich in Bezug auf seine Rolle im sozialen System – etwa „die Wall Street“ oder „die Milliardärsklasse“. Es stimmt natürlich, dass funktionale Begriffe ins Identitäre abgeleitet werden können, etwa dann, wenn nicht von der „Wall Street“, sondern von „jüdischen Bankern“ die Rede ist. Es gibt nämlich keine absolut undurchlässige Trennwand zwischen den beiden Populismen; daher muss die Linke darauf achten, ein drohendes Abdriften ins Identitäre zu vermeiden. Aber diese Unterscheidung ist, ebenso wie die vorhergehende, politisch und moralisch von Bedeutung. Und vergessen wir nicht: Die zweiteilige „funktionale“ Gesellschaftsanalyse des Linkspopulismus kommt der Wahrheit viel näher als die identitäre Dreiteilung der Rechten. Es stimmt ja tatsächlich, dass das Finanzwesen im heutigen Kapitalismus die große Mehrheit enteignet, während man nicht wirklich sagen kann, dass „die Unterschicht“ „das anständige Volk“ ausbeutet.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich der Linkspopulismus, wie ich ihn definiert habe, als Übergangskonstrukt eignet, wenn er Siege erringt, seine Reichweite vergrößert, seine Gesellschaftskritik vertieft und zunehmend radikaler wird. Schließlich geht es um die Frage, ob es ihm gelingt, die Menschen im Lauf des Kampfes zu politisieren, indem er ihnen das System, das sie bekämpfen, veranschaulicht und ihnen erklärt, *was* an diesem System faul ist. Ich glaube, dass der Linkspopulismus einen niederschweligen Einstieg in den Klassenkampf anbieten kann. Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob er imstande ist, echte Einsichten darüber zu vermitteln, wie das „System“ tatsächlich funktioniert und was zu tun ist, um es zu ändern. Was diesen letzten Punkt betrifft, gehe ich davon aus, dass etwas Hilfe von Marxist*innen vonnöten ist. Aber wir werden ja sehen.

Allerdings stimme ich dir voll und ganz zu, dass die bisherige Bilanz des Linkspopulismus im Vergleich zu seinem rechten Gegenspieler alles andere als beeindruckend ist. Dem Rechtspopulismus ist es sicher besser gelungen, eine große Zahl von Unterstützern zu gewinnen und an sich zu binden. Ein Teil des Problems ist auf die unrühm-

liche Rolle zurückzuführen, die vorgeblich sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien und ihre Anführer in vielen Ländern bei ihrer Hinwendung zum Neoliberalismus gespielt haben: Bill und Hillary Clinton in den Vereinigten Staaten, Tony Blair in England, Gerhard Schröder in Deutschland. Beide Spielarten des Populismus sind als Reaktion auf dieses Debakel entstanden, aber die linke Variante hat sich schwergetan, sich von den „progressiven Neoliberalen“ abzugrenzen, die uns den Finanzkapitalismus beschert haben, auch wenn sie gleichzeitig versucht haben, die Arbeiterbasis, die diesen Parteien den Rücken gekehrt hat, wieder für sich zu gewinnen.

Für die Linke ist es von entscheidender Bedeutung, jene Teile der Arbeiterklasse zu umwerben, die aktuell den Rechtspopulismus unterstützen.

Ich sehe jedenfalls keine andere brauchbare Strategie. Für die Linke ist es von entscheidender Bedeutung, jene Teile der Arbeiterklasse zu umwerben, die aktuell den Rechtspopulismus unterstützen. Und das ist ein heikles Unterfangen. Einerseits dürfen wir den überzeugten Rassisten in dieser Gruppe nicht die geringsten Zugeständnisse machen. Andererseits dürfen wir der überwältigenden Mehrheit der Trumpf- oder Bolsonaro-Wähler*innen aus der Arbeiter*innenklasse nicht unterstellen, Rassist*innen zu sein. Tun wir das, dann haben wir schon verloren. Stattdessen müssen wir davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil dieser Wähler*innen für die Linke gewonnen werden kann, und zwar über den Linkspopulismus. Wir wissen definitiv, dass viele von ihnen vor nicht allzu langer Zeit für Personen wie Lula und Barack Obama gestimmt haben und erst später, nachdem ihre Hoffnungen enttäuscht wurden, nach rechts gerückt sind. Ein linker Populismus kann und muss ihren berechtigten Unmut aufgreifen und gleichzeitig eine andere Interpretation für dessen Ursachen anbieten. Es gilt zu erklären, wer tatsächlich die Fäden in der Hand hält, warum das ausschließliche Augenmerk auf eine verachtete Unterschicht in eine Sackgasse führt und warum sie niemals stark genug sein werden, um den eigentlich Schuldigen (das globale Kapital und die globale Finanzwelt) zu besiegen, solange sie Parteien unterstützen, die die Arbeiter*innenklasse spalten. Mit anderen Worten: Unsere aussichtsreichste Hoffnung ist derzeit ein Linkspopulismus, der sich mit der Zeit zu einer sozialistischen Bewegung neuen Typs entwickeln kann.

Wie passt der Klassenkampf in diese Entwicklung vom Linkspopulismus hin zu einer sozialistischen Bewegung? Es wird ja manchmal

behauptet, dass das populistische Element der Vereinigung mehrerer Antagonismen zu einem symbolischen „Volk“ nicht ganz mit sozialistischer Politik vereinbar ist – zumindest nicht mit jener Spielart sozialistischer Politik, die die Macht der Arbeiterklasse „strukturell“ versteht, indem sie die Produktionsstätten, wo Arbeiter ihren Einfluss als Produzenten potenziell nutzen können, um materielle politische Gewinne zu erzielen, als Ausgangspunkt annimmt.

Es scheint, dass deine Überlegungen zu dem, was du „Grenzkämpfe“ nennst, etliche Anhaltspunkte enthalten. Man hat den Eindruck, dass „Grenzkämpfe“ dem Klassenkampf im Sinne deiner erweiterten Auffassung von Kapitalismus entsprechen. Wäre das korrekt?

Zumindest im traditionellen Marxismus und in den Hauptströmungen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung besteht seit jeher die Tendenz, Klassenkämpfe in einem engen Sinne zu betrachten, d. h. als Kämpfe an den Produktionsstätten um die Höhe und Verteilung des Mehrwerts, der durch die Ausbeutung der Lohnarbeit in den Fabriken erzielt wird. Und dann sollen sich diese Kämpfe natürlich über die Werkstore hinaus ausdehnen, eine politische Dimension entwickeln und sich anderen, weniger unmittelbaren Anliegen widmen. Aber ich glaube immer noch, dass dieses Bild des Klassenkampfes, der sich im Wesentlichen auf die Lohnarbeit in der Industrie bezieht, im Großen und Ganzen ein sehr starkes Bild ist.

Aber dieses Bild des Klassenkampfes hat viele Menschen dazu bewogen, den so genannten „Klassenessenzialismus“ (Chantal Mouffe und Ernesto Laclau) abzulehnen. Sie führen ins Treffen, dass es in kapitalistischen Gesellschaften neben dem Klassenkampf auch andere Kämpfe gibt und dass er kein Monopol darauf hat, zu erklären, wie eine gerechte Gesellschaft aussehen sollte. Wer den Klassenessenzialismus ablehnt, besteht darauf, dass Sozialisten und Marxisten kein Monopol darauf haben, alle Formen von Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu benennen. Tatsächlich waren kapitalistische Gesellschaften historisch gesehen immer Räume, wo es erbitterte Kämpfe um unfreie und abhängige Arbeit und unzählige andere Formen der Unterdrückung und Herrschaft gegeben hat, die sich nicht mit den konventionellen Parametern des Klassenkampfes erklären lassen. Oder anders gesagt, könnte man folgende Position einnehmen: „Der Begriff ‚Klassenkampf‘ hat eine ganz bestimmte Bedeutung, und

deshalb muss man klassenfremde Kämpfe, auch wenn sie etwas anderes sind, ebenfalls als legitim anerkennen.“

Aber aus einer anderen Perspektive könnte man auch sagen, dass das Problem in einer zu engen Definition von Klassenkampf liegt. Wenn wir auf den früheren Teil unseres Gesprächs zurückkommen, dann erlaubt uns die erweiterte Konzeption des Kapitalismus, die wir erörtert haben, Klassenkämpfe in einem anderen Licht zu sehen. So wie der Kapitalismus nicht nur ein Wirtschaftssystem ist, finden Klassenkämpfe nicht nur an den Produktionsstätten statt. Wenn man anerkennt, dass die Rahmenbedingungen, die garantieren, dass an verschiedenen Orten auf dem Rücken der ausgebeuteten Lohnarbeit Mehrwert geschaffen wird, selbst Teil des Kapitalismus sind, dann versteht man auch, dass die gesellschaftliche Reproduktion ebenso ein wesentlicher Bestandteil des Systems ist, und man kann sich vorstellen, wie sich die einzelnen Elemente ergänzen. Bezieht man in diese Analyse auch die Natur, den öffentlichen Sektor, die Kontrollmöglichkeiten und das Rechtssystem (allesamt Faktoren, die wir für politisch halten) ein, dann lassen sich auch die Kämpfe in diesen Sektoren als antikapitalistisch beschreiben oder zumindest als Kämpfe um wesentliche Teilbereiche innerhalb eines kapitalistischen Systems. Werden diese Kämpfe auf die richtige Art und Weise geführt – was nicht immer der Fall ist – könnte man sie auch als Klassenkampf bezeichnen.

Kämpfe um die gesellschaftliche Reproduktion waren historisch gesehen seit jeher Teil des Klassenkampfes. Sie waren der Motor hinter der eindrucksvollen Forderung der Arbeiterbewegung nach einem Familienlohn. Dabei ging es nämlich nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch um Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion und das Familienleben. Allerdings stellte sich heraus, dass diese Lösung weder für Frauen noch für jene Teile der Arbeiterklasse geeignet war, für die ein Familienlohn nicht in Frage kam. Aber du siehst, je nachdem, wie wir über Klassenkampf sprechen, können die Dinge sehr schnell kompliziert werden.

Es wäre also am sinnvollsten, Klasse und Klassenkampf in einem umfassenderen Sinn neu zu definieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch genau darauf achten, was es heißt, den Begriff des Klassenkampfes anders auszulegen. Ich sage das mit Blick auf ein besonderes Anliegen: Es geht nämlich darum, die geeignetsten Strategien zu finden, um die so dringend benötigten breit aufgestellten Bündnisse zu fördern, damit wir es mit den übermächtigen fest im Sattel sitzenden Mächten aufnehmen können, die bekämpft und unschädlich gemacht werden müssen.

Geht man davon aus, dass es sich bei all diesen scheinbar unterschiedlichen Kämpfen um Klassenkämpfe handelt, eröffnen sich auf den ersten Blick Möglichkeiten: Wir sind alle betroffen und haben alle denselben Feind. Aber wenn wir diese Position einnehmen und uns eine umfassendere Auslegung des Kapitalismus – und folglich des Klassenkampfes und des antikapitalistischen Kampfes – zu eigen machen, dann liegt es an uns, sehr genau auf die Art und Weise dieser Kämpfe zu achten, damit sie nicht sofort harmonisiert werden. Das ist die Aufgabe der politischen Arbeit, und es ist in der Tat harte Arbeit. Das bringt uns wieder zum Linkspopulismus: Man muss eine Landkarte erstellen, um zu zeigen, wie diese Kämpfe ineinandergreifen, aber auch wie bestimmte Interpretationen die Tendenz haben, unnötige Nullsummenspiele zu schaffen, die durch einen anderen Ansatz vermieden werden könnten.

Wenn ich den Begriff der Grenzkämpfe erkläre, nehme ich gelegentlich die Perspektive von Karl Polanyi ein. Ohne diesen Terminus selbst zu verwenden, beschrieb Polanyi sehr wohl Grenzkämpfe zwischen dem sich selbst regulierenden Markt, wie er es nannte (wir könnten einfach sagen, die Wirtschaft) und der Gesellschaft. Das Faszinierende und Fruchtbare an diesem Ansatz ist der Gedanke, dass es dabei nicht nur um die Verteilung des Mehrwerts geht. Es geht darum, wodurch die „Grammatik des Lebens“ bestimmt wird. Also, ob das Kapital in einer bestimmten Gemeinschaft freie Hand hat oder nicht.

Das wirft tiefgreifende Fragen darüber auf, wer in der Gesellschaft tatsächlich die Macht hat, die Grammatik des Lebens zu gestalten. In kapitalistischen Gesellschaften werden diese Fragen heimlich von der politischen Tagesordnung gestrichen und hinter unserem Rücken dem Kapital und denjenigen überlassen, die mit der Akkumulation von Kapital beauftragt sind.

Von Grenzkämpfen zu sprechen bedeutet, über Verteilungsfragen hinauszugehen und sich mit der Frage zu befassen, wie die Grammatik des gesellschaftlichen Lebens gestaltet werden soll. Es geht um die grundsätzliche Frage, wo die Grenze zu ziehen ist zwischen Gesellschaft und Natur, zwischen bezahlter Arbeit und anderen Aktivitäten, die mit der Pflege von gemeinschaftlichen und Verwandtschaftsbeziehungen zu tun haben usw. Diese Fragen laufen auf Folgendes hinaus: Was sind die legitimen Grenzen, innerhalb derer Märkte agieren können? Was sind die legitimen Produkte, die gekauft und verkauft werden dürfen? Wenn ich von Grenzkämpfen spreche, ist es mir wichtig zu betonen, dass diese Grenzziehung in kapitalistischen Gesellschaften seit jeher umstritten war. Es geht auch

nicht darum, Grenzkämpfe als eine Alternative zu Klassenkämpfen darzustellen, denn Klassenkämpfe können manchmal die Form von Grenzkämpfen annehmen, und Grenzkämpfe – wenn es gut läuft – mitunter die Form von Klassenkämpfen.

■■■■■ **Nancy Fraser** ist Professorin für Philosophie und Politik an der New School for Social Research. Sie ist Autorin von „Fortunes of Feminism“, „Unruly Practices“ und Mitherausgeberin von „Feminism for the 99 %“.

■■■■■ **Martín Mosquera** ist Doktor der Philosophie, Professor an der Universität von Buenos Aires, Mitglied der Redaktion der *Revista Intersecciones* und Aktivist der Democracia Socialista, sympathisierende Organisation der IV. Internationale in Argentinien.

Übersetzung: EF (Wien)

1 Nancy Fraser: *Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It* (Kannibalischer Kapitalismus: Wie unser System Demokratie, Fürsorge und den Planeten verschlingt – und was wir dagegen tun können). Erscheint im März 2022 bei Verso.

2 Vgl. Jason W. Moore: *Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital*. Verso Books, London 2015 und Jason W. Moore, Raj Patel: *A History of the World in Seven Cheap Things. A Guide to Capitalism, Nature, and the Future of the Planet*. University of California Press, Berkeley 2017.

3 Nancy Fraser: *Climates of Capital*. In: *New Left Review* Nr. 127, Januar/Februar 2021.

4 Unter „Grenzkämpfen“ (boundary struggles) versteht Nancy Fraser „kulturelle“ (feministische, ökologische, indigene usw.) Kämpfe, die nicht an den Produktionsstätten ausgetragen werden. Vgl. Nancy Fraser: *Derrière l'antre secret de Marx. Pour une conception élargie du capitalisme*. In: *Les Temps modernes* Nr. 699, Juli-September 2018, S. 2-25.

GEGEN DIE MILITÄRISCHE ESKALATION DER NATO UND RUSSLANDS IN OSTEUROPA

Wir müssen gegen die drohende militärische (und nukleare) Bedrohung im Kontext politischer Instabilität, wirtschaftlicher Unruhen und zwischenimperialistischer Auseinandersetzungen mobil machen, um die Rechte des ukrainischen Volkes zu verteidigen.

■ Büro der Vierten Internationale

Seit etwa einem Monat erleben wir eine militärische Eskalation rund um die Ukraine, die eine ernsthafte Bedrohung für Europa und die Welt darstellt und uns an die schwersten Krisen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges erinnert, wie den Koreakrieg (1950–53), die kubanische Raketenkrise von 1962 oder die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa (und der sowjetischen SS20) Anfang der 1980er Jahre, als Ronald Reagan die Möglichkeit eines Einsatzes taktischer Nuklearwaffen auf dem europäischen Schauplatz in Betracht zog.

Eine ernste und gefährliche Situation mit einer weltweiten geopolitischen Dimension

Die Gefahr der anhaltenden verbalen und militärischen Spirale und das Risiko des Abgleitens in einen bewaffneten Konflikt, sei es mit geringer Intensität oder weitreichend, lokal oder allgemein, konventionell oder auch mit einer Form der nuklearen Bedrohung, ist größer als bei den bereits erwähnten Ereignissen. Das ukrainische Volk ist zwar als erstes betroffen, aber die Bedrohungen betreffen alle Akteure, die in die verbale und kriegerische Spirale der aktuellen Krise verwickelt sind, insbesondere alle Völker Europas.

Wir sind also mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert:

- auf die in der Ukraine geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der russischen Truppen an ihren Grenzen zu

reagieren, die angeblich die Integration der Ukraine in die NATO verhindern sollen;

- auf die realen Gefahren zu reagieren, die sich aus der Eskalation der kriegstreiberischen Erklärungen und Verhaltensweisen ergeben, die über die ukrainische Frage hinausgehen.

Unsere allgemeine Position zur NATO ist eine doppelte: Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte die Vierte Internationale die NATO von Anfang an ab und forderte erst recht, dass dieses Militärbündnis 1991 zusammen mit dem Warschauer Pakt aufgelöst werden sollte. Wir verurteilen auch die imperialistische Rhetorik und das Verhalten Russlands, das einen wachsenden Teil der ukrainischen Bevölkerung dazu gebracht hat, sich der NATO zuzuwenden. Der Rückzug ausländischer (atlantischer und russischer) Streitkräfte und die militärische Neutralität der Ukraine sind der einzige Schutz ihrer Unabhängigkeit. Aber es ist die Sache des ukrainischen Volkes – und nicht der Erpressung und den Verhandlungen zwischen den Großmächten –, über die Mitgliedschaft in der NATO zu entscheiden.

Die wichtigsten Faktoren, die zur Gefahr einer instabilen geopolitischen Lage beitragen, sind:

- große Energiefragen (insbesondere im Zusammenhang mit den Problemen des Übergangs zu erneuerbaren Ener-

gien), wobei die russische Macht in der Lage ist, die unterschiedlichen Energiesituationen (und Abhängigkeiten) der EU und der USA auszunutzen – vor dem Hintergrund einer enormen wirtschaftlichen Volatilität und der sehr realen Gefahr eines neuen Finanzcrashs; Lieferschwierigkeiten und Inflation, Energieprobleme und große Probleme des Übergangs zu erneuerbaren Energien;

- eine Reihe von bewaffneten Konflikten in der ehemaligen Sowjetunion, von der Ukraine seit 2014 bis zu Georgien, Armenien und Aserbaidschan, über Tschetschenien und einen langen Prozess des Wiederaufbaus der russischen Militärmacht und der Wiedergutmachung der seit dem Ende des Kalten Krieges erlittenen Rückschläge und Demütigungen – und eine relative Konsolidierung des russischen Einflusses auf Belarus und Kasachstan, was Putins Großmachtgehebe fördert;

- insbesondere die Krise des politischen Systems und die innere Instabilität der Vereinigten Staaten – kaum ein Jahr nach dem putschartigen Sturm auf den Hügel des Kapitols, der ungestraft von einem Trump angestachelt wurde, der sich schon bald ins Weiße Haus zurückkehren sieht – der Europäischen Union und vor allem Russlands selbst, nach zwei Jahren weit verbreiteter Pandemie und Revolten gegen Autoritarismus, Korruption und Unterdrückung;

- das Abwürgen des „Normandie-Formats“ (Frankreich, Deutschland, Russland, Ukraine) der Konfliktbewältigung in der Ukraine nach der Besetzung der Krim durch Russland seit 2014.

Sowohl Putin als auch Biden müssen ein starkes und aggressives Auftreten an den Tag legen, um einerseits innenpolitische Glaubwürdigkeit und Legitimität zurückzugewinnen und andererseits die Bereiche zu disziplinieren, die sie als ihre jeweiligen Einflusszonen betrachten: Putin, um sich von der größten Welle von antiautoritären Protesten seit der Perestrojka zu erholen, die Russland seit einigen Monaten erlebt, und von den Aufständen gegen Korruption, Ungleichheit und poststalinistische Bevormundung in dem, was er für Russlands Einflusszone hält (Belarus, Kasachstan usw.); Biden, der kurz vor den Zwischenwahlen zum Kongress steht, nach einem demütigenden Rückzug aus Afghanistan und belastet durch eine enttäuschende Innenpolitik, die ihm in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft eine ähnliche Unbeliebtheit beschert hat wie Trump. Putins Position innerhalb von Russland hängt auch direkt von seiner außenpolitischen Lage ab. Seine vierte Amtszeit als Präsident endet 2024, danach muss er die Macht behalten (trotz seiner sinkenden Popularität) oder sie an seinen „Nachfolger“ übergeben. Dieser

Prozess des „Machtübergangs“ in einer Situation des völligen Verfalls aller politischen Institutionen hängt nur von Putins eigener Entscheidung und seiner Fähigkeit ab, die bürokratischen und finanziellen Eliten angesichts der internen und externen Bedrohungen um sich zu scharen.

Erste Gefahr eines Atomkriegs seit sechzig Jahren

Die Arroganz ihrer jeweiligen Erklärungen ist proportional zu ihrer politischen Schwäche: „Ich hoffe, Putin ist sich bewusst, dass er nicht weit von einem Atomkrieg entfernt ist.“ „Putin will den Westen auf die Probe stellen, und er wird einen Preis dafür zahlen, der ihn seine Taten bereuen lassen wird“, sagte Biden auf einer Pressekonferenz am 20. Januar. Aber kriegerische Erklärungen dieser Art, auch wenn sie das Ergebnis von Drohgebärden und einem Lügenpoker sind, sind niemals harmlos und ohne das Risiko einer unkontrollierten Eskalation.

Ausschlaggebend für die massive Konzentration seiner Truppen an der Nord- und Ostgrenze der Ukraine ist die Angst Russlands vor einem – hypothetischen – Beitritt der Ukraine zur NATO, der die Stationierung feindlicher Atomwaffen in der Nähe seines Landes ermöglichen würde.

30 Jahre nach dem Ende der UdSSR und der Auflösung des Warschauer Pakts: zwischen NATO-Erweiterung und dem Wiederaufbau des russischen Imperialismus

Als Michail Gorbatschow vor 30 Jahren beschloss, den Warschauer Pakt aufzulösen, stimmten die Staats- und Regierungschefs der NATO zu, den Atlantikpakt aufzulösen, und verpflichteten sich, dass das künftige wiedervereinigte Deutschland ein neutrales Land sein würde, wie es Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war. Wie wir wissen, trat nicht nur das wiedervereinigte Deutschland dem Atlantischen Bündnis bei, sondern das Bündnis hat sich seither nach Osten ausgedehnt und die meisten der Länder integriert, die 45 Jahre lang zum Sowjetblock gehörten: 1999 Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Im Jahr 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Im Jahr 2009 folgten Albanien und Kroatien, und im Jahr 2020 war Nordmazedonien an der Reihe.

Die Aufrechterhaltung und Erweiterung der NATO hat die Beziehungen auf dem Kontinent alles andere als befriedet und die Spannungen tatsächlich eher verstärkt; dies kann nur eine großrussische Expansionslogik zum Nachteil der Länder fördern, die zwischen der EU und der von Moskau dominierten Eurasischen Union liegen.

Russlands militärische Mobilisierung entlang der ukrainischen Grenze erklärt, warum Biden angekündigt hat, dass er bereit ist, darüber zu verhandeln, dass keine strategischen Waffen in der Ukraine stationiert werden und dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht auf der Tagesordnung steht. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Ukraine laut Berichten des FBI – seit dem Sturz der Janukowytsh-Regierung in der Ukraine, der russischen Annexion der Krim und dem Beginn der Sezession im Donbass – zu einem Übungsplatz für die internationale faschistische Bewegung geworden ist, die antirussische Kämpfer rekrutiert hat, um sie in ukrainische Milizen zu integrieren; ähnlich wie der islamische Fundamentalismus zuerst den Krieg in Afghanistan (mit der damaligen Gründung von Al-Qaida durch die CIA und den pakistanischen Militärdienst), dann den Krieg in Bosnien und in jüngster Zeit im Irak und in Syrien (der Ursprung des Daesch-Terrorismus) genutzt hat. Aber auch die so genannte „Volksrepublik Donezk“ rekrutiert faschistische und ultranationalistische slawische Kräfte.

Folglich gibt es trotz der russischen Eskalation und der Mobilisierung von NATO-Truppen und US-Streitkräften, die in den baltischen Republiken stationiert sind, glücklicherweise Raum für Verhandlungen, aber es wird schwierig sein, eine flexible Lösung zu finden, wenn beide Seiten die Situation sehr zugespitzt haben und von einer Position der politischen Schwäche und internen politischen Instabilität ausgehen.

Von militärischen zu wirtschaftlichen Dummheiten: zu den von Biden angedrohten „Sanktionen“

Trotz der Aggressivität Bidens und der NATO sind die europäischen Mächte uneins über das weitere Vorgehen. Während einige Länder wie Frankreich und Deutschland sehr zurückhaltend sind, wenn es um militärische Abschreckung geht, ist die unterwürfige Haltung der „progressiven“ spanischen Regierung besonders erbärmlich. Deutschland ist logischerweise in diesem Szenario ein Schlüsselland, denn seine wirtschaftliche Verwundbarkeit und seine Energieabhängigkeit von Russland sind enorm. Biden droht mit noch nie dagewesenen Sanktionen, wie dem Ausschluss Russlands aus dem globalen SWIFT-Zahlungssystem oder der Kappung der Nord-Stream-2-Pipeline, worauf Putin mit der Aussage antwortet, dies würde den „vollständigen Abbruch der Beziehungen“ zu den USA bedeuten. Sollte Russland, das seit Monaten den Preis für seine Gasexporte nach Europa als geopolitische Druckmaßnahme bewusst erhöht, beschließen, entweder den Preis weiter zu erhöhen oder die Lieferungen direkt einzustellen, so würde dies zu einem drastischen Rückgang der

Industrietätigkeit und der Strom- und Wärmeversorgung in weiten Teilen Mitteleuropas führen, mit den entsprechenden sozioökonomischen Auswirkungen, die zweifellos dramatisch wären. Andererseits wären die westlichen Finanzanlagen in Höhe von 56 Milliarden Dollar und 310 Milliarden Euro, die in russischen Unternehmen angelegt sind, im Falle eines Ausschlusses Russlands aus dem SWIFT-System höchstwahrscheinlich ernsthaft durch eine sofortige gezielte Reaktion der Russen gefährdet (selbst einige westliche Expert*innen erklären, dies sei nicht realistisch). Es besteht kein Zweifel daran, dass ein Energie-, Finanz- und Handelskrieg dieses Ausmaßes für eine Weltwirtschaft tödlich wäre, die zwei Jahre Pandemie und all die akkumulierten destabilisierenden Auswirkungen von vierzig Jahren langer Rezessionswelle, Finanzialisierung und neoliberaler Deregulierung mit sich schleppt, und nicht zuletzt würde er eine weitere geökonomische und geopolitische Annäherung zwischen Russland und China begünstigen, den größten Alptraum, den sich die Strateg*innen in Washington vorstellen können.

Die unsichere Lage

Die US-amerikanischen und britischen Behörden fordern ihre Bürger*innen auf, die Ukraine zu verlassen, da die Gefahr einer russischen Invasion des Landes bestehe. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, eine Kriegsstimmung zu erzeugen und die Lage weiter zu verschärfen. Deutschland hat jedoch sein Veto gegen die Lieferung von Waffen aus der ehemaligen DDR an die Ukraine eingelegt, die einige baltische Republiken beantragt hatten. Britische Militärflüge, die Waffen in die Ukraine transportieren, überfliegen in diesen Tagen nicht mehr deutsches Hoheitsgebiet. Paradoxerweise kommen die wenigen vernünftigen Kommentare zur aktuellen Situation nicht von Politiker*innen oder Journalist*innen, sondern von einigen Militärangehörigen: „Die Medien gießen Öl ins Feuer eines Konflikts, ich habe den Eindruck, dass niemand begreift, was ein Krieg wirklich bedeutet“, sagt General Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr. „Es kann nicht sein, dass wir nur über Krieg reden und nicht darüber, wie man Krieg verhindern kann.“

Die politische Lage in Russland und Putins Absichten

Mit einem Militärhaushalt, der 3 % der weltweiten Militärausgaben entspricht (man darf nicht vergessen, dass es sich um die zweitgrößte konventionelle Armee der Welt handelt, mit Landstreitkräften, die denen der USA ebenbürtig sind, und mit einem Nukleararsenal, das dem der USA fast gleichwertig ist), spielt Russland vor dem Hintergrund der strate-

gischen Spaltung und der internen Krise der NATO ein sehr gefährliches, destabilisierendes Spiel, was eine sehr aggressive Reaktion dieses Militärbündnisses provozieren könnte. Es gibt linke Campist*innen, die dem Kalten Krieg nachtrauern; sie verwechseln Putins neozaristische, oligarchische und nationalistische Politik – die zur Niederschlagung von authentischen Aufständen und Volksrevolutionen in Syrien, Belarus und Kasachstan beigetragen sowie die demokratische Opposition und die Volkskräfte in der Russischen Föderation mundtot gemacht, unterdrückt und eingeschüchtert hat – mit der revolutionären, proletarischen und internationalistischen Politik von Lenin; entgegen solchen Behauptungen ist Russlands Außenpolitik zweifellos reaktionär.

Heutzutage leidet die russische Gesellschaft unter massiver Armut und Ungleichheit (die sogar größer ist als in den USA), die von Russland angestrebte „neue Weltordnung“ ist der Imperialismus alten Stils des frühen 20. Jahrhunderts, bei dem die Welt in „Interessensphären“ von Großmächten aufgeteilt ist und kleinen Ländern jegliches Recht abgesprochen wird, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Russland erhebt aus dieser Perspektive gegenüber Amerika vor allem den Vorwurf, es wolle eine Welt, in der es „einen einzigen Herren, einen einzigen Souverän“ (so Putins berühmte Formulierung) gibt, und sei nicht bereit, diese mit den übrigen globalen Playern zu teilen.

Für die meisten westlichen Medien sind Putin und der „schreckliche“ Lawrow jedoch die einzigen Bösewichte in diesem Film. Die Wahrheit ist jedoch, um es mit den Worten eines Mannes, der des bolschewistischen Radikalismus so unverdächtig ist wie Oskar Lafontaine, zu sagen: „Es gibt viele Mörderbanden auf der Welt, aber wenn wir die von ihnen verursachten Todesfälle zählen, ist Washingtons Verbrecherbande die schlimmste.“ Was das russische Volk braucht, sind Entspannung, eine Chance, eine demokratische und mit der Bevölkerung verbundene Opposition zu entwickeln, die in der Lage ist, die zerbrechliche Allianz zwischen poststalinistischer Bürokratie und mafiöser Oligarchie, die die Grundlage des von Putin verkörperten autoritären Regimes bildet, aufzubrechen, die nationalistische Hysterie, die diesen reaktionären Block zusammenhält, zu entschärfen und die Forderungen der Jugend, der Frauen und der werktätigen Klassen in einer internationalistischen Ausrichtung wieder aufleben zu lassen.

Was ist zu erwarten?

Dass Russland „in die Ukraine einmarschieren“ und das ganze Land besetzen wird, ist völlig ausgeschlossen. In den Straßen von Budapest sind noch heute die Spuren der

sowjetischen Besetzung von 1956 zu sehen. Was damals in Ungarn geschah, wäre ein Kinderspiel im Vergleich zu dem, was heute in der Ukraine passieren würde.

Viel wahrscheinlicher ist, dass Putin „taktische“ Atomraketen in Belarus, Kaliningrad und anderen nahe gelegenen Gebieten installieren wird. Auch die Möglichkeit einer Annexion des Donbass kann nicht ausgeschlossen werden. Die derzeit steigenden Öl- und Gaspreise und die Erwartung, dass sie weiter steigen werden, könnten es dem Kreml ermöglichen, die wirtschaftlichen Kosten solcher Operationen zu decken. Und, obwohl weniger wahrscheinlich und viel riskanter – und sicherlich viel blutiger –, auch eine russische Militäroperation zur Einnahme des Gebiets südlich des Donbass (Mariupol) ist nicht auszuschließen, um einen Sicherheitsgürtel in südwestlicher Richtung zu organisieren und eine Verbindung der zwei Rebellengebiete mit der Halbinsel Krim herzustellen.

Die Aufgaben der revolutionären, pazifistischen und demokratischen Kräfte in Europa und in der Welt

Die aktuellen Entwicklungen sind ernst und äußerst gefährlich für den Frieden in Europa. Wie wir wissen, hat in Situationen höchster Spannung kein Akteur die absolute Kontrolle über die Ereignisse, und jeder Zwischenfall kann unkontrollierbare Situationen auslösen. Eine internationale Mobilisierung ist dringend erforderlich, um die Grundlagen für eine globale antimilitaristische und antinukleare Offensive zu schaffen. Die Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum hängen auch mit der anhaltenden Eskalation in der Ukraine zusammen, und die imperialistischen Versuchungen in Zeiten der wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Krise der Großmächte sind besonders gefährlich. Aus all diesen Gründen rufen wir politische, soziale, gewerkschaftliche, nationale, regionale und internationale Organisationen dazu auf, nach großen internationalen Mobilisierungsanlässen zu suchen, so dass wieder Verbindung mit dem internationalistischen und solidarischen Impuls der Linken zustande kommt.

Organisieren wir die Mobilisierung für Deeskalation, Frieden, die Auflösung der Blöcke und die Selbstbestimmung der Völker!

30. Januar 2022

Quelle: <https://fourth.international/en/566/asia/418>

Übersetzung: Wilfried Hanser



FÜR FRIEDEN UND DEESKALATION

Erklärung der **Russischen Sozialistischen Bewegung** (RSD)

Die derzeitige beispiellose Eskalation um die Ukraine ist der Höhepunkt eines „neuen Kalten Krieges“, der sich seit 2014 zwischen Russland und dem „kollektiven Westen“ (vertreten durch die USA, die NATO und die EU-Führung) entwickelt. Das Ziel, das Putins Russland in dieser Konfrontation immer wieder erklärt hat, ist die Schaffung einer neuen Weltarchitektur, in der es nicht einen einzelnen Souverän (die USA), sondern viele Souveräne geben soll, denen jeweils bestimmte „Interessensphären“ zugewiesen werden.

Diese Logik, die die Rolle des „Souverän“ nur für Global Player reserviert, basierte auf der Verweigerung jeglicher Autonomie für kleinere Länder – etwa den Republiken des postsowjetischen Raums oder Osteuropas einschließlich der Ukraine. Russlands Methode als der (im Vergleich zur NATO) schwächeren Seite in diesem Kampf ist eine ständige Eskalation der Risiken: Man ging davon aus, dass der Westen innerlich gespalten und die NATO trotz ihrer gebündelten Militärmacht nicht bereit sei, entschlossen einzugreifen. Aber das Hauptopfer des russischen Vorgehens waren nicht die NATO-Staaten, sondern die noch schwächere Ukraine. Das Ergebnis der aggressiven Politik Russlands waren mehr als eine Million ukrainischer Flüchtlinge, Tausende von Toten und die Verletzung der staatlichen Integrität und Sicherheit der Ukraine. Die Annexion der Krim und die informelle russische Kontrolle über einen Teil des Donbass, sichergestellt durch die Annahme der Minsker Vereinbarungen, sowie das Fehlen ernsthafter Sanktionen gegen die russischen Eliten zeigten den relativen Erfolg dieser Linie der russischen Außenpolitik.

Doch der Druck, der sich in einer wachsenden russischen Militärpräsenz an der ukrainischen Grenze ausdrückte, kollidierte mit der erwarteten Haltung der NATO und der USA. Entweder überschätzte Russland die Spaltungen innerhalb der NATO, insbesondere zwischen Deutschland und den USA, oder es stellte radikale Forde-

rungen ohne Hoffnung auf Durchsetzung, um die NATO zu Zugeständnissen in „kleinen“ Fragen zu zwingen. Dies alles provozierte eine Reihe angespannter Verhandlungen mit gegenseitigen Verstimmungen. Putins Russland musste zur Kenntnis nehmen, dass die USA ihre eigenen Waffen ziemlich sicher beherrschen, indem sie die Temperatur der militärischen Hysterie durch aktiven Einsatz gefälschter Nachrichten, Desinformation und einen aggressiven Stil der Diplomatie anheizen. Hinter der dicken Wolke aus Lügen und Propaganda beider Seiten ist das Wichtigste, dass die Verantwortungslosigkeit und die imperialen Ansprüche der Eliten von Ländern mit einem enormen Potenzial für Massenvernichtungswaffen das Leben von Millionen von Menschen ihrer eigenen und anderer Länder, das Recht des ukrainischen Volkes zur Selbstbestimmung und den Fortbestand der Ukraine und anderer Länder in der Region, die in den Konflikt verwickelt werden könnten, gefährden.

Unter diesen Bedingungen wird eine Antikriegsposition für alle linken und fortschrittlichen Kräfte auf internationaler Ebene erforderlich. Russische, ukrainische, amerikanische und westeuropäische Linke müssen von ihren Regierungen eine sofortige Deeskalation fordern, einschließlich des Abzugs russischer Truppen, der Unterstützung eines Waffenstillstands im Donbass und des Beginns sinnvoller Verhandlungen, die die Möglichkeit eines militärischen Konflikts ausschließen und sich auf eine symmetrische Rüstungsreduzierung konzentrieren würden. Dies kann nur durch Solidarität zwischen linken und fortschrittlichen Kräften erreicht werden und vor allem durch die Einbeziehung der Millionen von Menschen, die potenzielle Opfer imperialistischer Konflikte sind, in den Kampf für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit.

30. Januar 2022

Quelle: <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7501>

Übersetzung: Björn Mertens

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN DEN KRIEG!

Erklärung ukrainischer Sozialist*innen

Der Kreml hat die russische Armee an die ukrainische Grenze beordert und droht mit einer Intervention, falls die USA, die NATO und die Ukraine seinen Forderungen nicht nachkommen. Wir, die ukrainischen Sozialist*innen, rufen die internationale Linke auf, die imperialistische Politik der russischen Regierung zu verurteilen und sich mit den Menschen zu solidarisieren, die unter dem fast achtjährigen Krieg gelitten haben und möglicherweise unter einem neuen leiden werden.

Die Auferstehung des russischen Imperialismus

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR blieb nur noch eine Supermacht auf der Welt übrig – die Vereinigten Staaten. Aber nichts währt ewig, und jetzt schwindet ihre Hegemonie. Die US-Interventionen in Afghanistan und im Irak brachten den Völkern dieser Länder katastrophale Kriege und endeten in einer Schmach für die Vereinigten Staaten. Leider führte der Niedergang des amerikanischen Imperialismus nicht zum Entstehen einer demokratischeren Weltordnung, sondern zum Aufstieg anderer imperialistischer Räuber, fundamentalistischer und nationalistischer Bewegungen. Unter diesen Umständen sollte die internationale Linke, die daran gewöhnt ist, nur gegen den westlichen Imperialismus zu kämpfen, ihre Strategie überdenken.

In den letzten Jahrzehnten gab es eine Wiederbelebung des russischen Imperialismus, der nun versucht, die USA dazu zu bringen, Einflussbereiche in der Welt neu zu verteilen. Die Tatsachen zeigen, dass es für die Menschen nicht gut ist, in den Einflussbereich von Putins Russland zu geraten. Derzeit befinden sich russische Truppen in Kasachstan, um den Volksaufstand gewaltsam niederzuschlagen. Diese Aktionen bestätigen den reaktionären Charakter der OVKS [Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, ein von Russland geführtes internationales Militärbündnis], die nicht gegründet wurde, um Länder vor äußerer Aggression zu schützen, sondern um den

Einfluss des Kremls zu stärken und unpopuläre Regime vor Revolutionen zu schützen. De facto schützen russische Truppen in Kasachstan auch die Interessen amerikanischer und britischer Kapitalisten, denen ein bedeutender Teil der Ölindustrie in Kasachstan gehört.

Russland hat bei den belarussischen Protesten eine ähnliche Rolle gespielt. Der Kreml schickte seine Propagandisten, um die streikenden Medienschaffenden zu ersetzen, und kündigte die Bildung einer Reserve von Sicherheitskräften an, die nach Belarus entsandt werden sollten. Genau wie im 19. Jahrhundert, als das Russische Reich der Gendarm Europas war, wird das Putin-Regime jetzt zum Hindernis für soziale und politische Veränderungen im postsowjetischen Raum – jede soziale Bewegung in diesem Gebiet ist gezwungen, darüber nachzudenken, wie man es vermeiden kann, den Kreml zu verärgern.

Wir drücken unsere Dankbarkeit und Solidarität mit den russischen linken Aktivist*innen aus, die sich der imperialistischen Politik des Kremls widersetzen und für demokratische und soziale Veränderungen in ihrem Land kämpfen. Nur eine Revolution in Russland und der Sturz des Putin-Regimes können den postsowjetischen Ländern Stabilität, Frieden und Sicherheit bringen.

Die Situation im Donbass

Der Kreml wirft den ukrainischen Behörden vor, eine Militäroffensive im Donbass zu planen, doch das ist eine glatte Lüge. Selenskyjs Politik deutet darauf hin, dass er nach mehreren erfolglosen Versuchen nach seinem Machtantritt, Frieden zu erreichen, seine Pläne aufgegeben hat, im Donbass etwas zu ändern. Wir verurteilen die neoliberale und nationalistische Politik der ukrainischen Behörden, aber sie rechtfertigt in keiner Weise die imperialistische Aggression Russlands.

Russland wirft der Ukraine ständig vor, den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen nicht zu erfüllen, verletzt aber selbst ständig den Teil, in dem es um Sicherheit geht. Jüngstes Beispiel war die Nichtverlängerung des Mandats

der OSZE-Mission zur Überwachung der ukrainisch-russischen Grenze durch Russland, obwohl dies in Absatz 4 des Minsker Protokolls vorgesehen ist. Seitens der vom Kreml kontrollierten selbst ernannten Republiken gab es immer wieder unvergleichlich mehr Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Vertretern der OSZE-Mission an der Kontaktlinie, aber trotz dieser Hindernisse hatte die OSZE in den letzten Jahren vielfach Verstöße gegen die Vereinbarungen für den Abzug schwerer Waffen von der Front gerade durch die „DNR“ und „LNR“ zu verzeichnen. Aber der wichtigste Punkt ist, dass die Klausel 10 von Minsk 2 nie umgesetzt wurde: „Der Rückzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischer Ausrüstung sowie Söldner aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine unter der Aufsicht der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen“. Es gab und gibt russische Truppen im Donbass, aber der Kreml bestreitet dies immer noch heuchlerisch.

Entgegen dem Mythos, der bei einigen westlichen Linken verbreitet ist, sind die Regime in der „DNR“ und „LNR“ nicht das Ergebnis des Volkswillens. Die Anführer der „DPR“ und „LPR“ sind in die Reihen der herrschenden Elite der Russischen Föderation integriert und zum Sprachrohr der aggressivsten räuberischen Gesinnungen des Kremls geworden. In den „Republiken“ selbst wird jede politische Aktivität der Opposition, selbst die gegenüber der russischen Regierung loyalste, unterdrückt.

Gleichzeitig werden die Territorien der „Republiken“ in hohem Tempo deindustrialisiert. Die Infrastruktur verfällt und in den Städten werden öffentliche Verkehrsnetze abgebaut. Selbst für Unternehmen, deren Produkte über die Russische Föderation exportiert werden, sind mehrmonatige Lohnrückstände zur Normalität geworden. Arbeiter*innenproteste gipfeln in der Entführung von Aktivist*innen und dem Einsatz von Militärfahrzeugen.

Darüber hinaus ist der Donbass bereits zu einer Zone des ökologischen Zusammenbruchs geworden. Viele Bergwerke werden ohne geeignete Schutzmaßnahmen geschlossen, was zur Kontamination des Trinkwassers geführt hat. Nach UN-Schätzungen ist der Donbass zwar einer der am dichtesten besiedelten Teile der Ukraine, aber das Gebiet mit den meisten Landminen auf der ganzen Welt.

Was also ist zu tun?

Jetzt bestreitet der Kreml die Zuständigkeit der Ukraine als berechtigte Partei [subjectivity!] in diesem Konflikt und damit die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Die russische Regierung will alles direkt mit den Vereinigten Staaten ausmachen, wäh-

rend sie die Ukraine komplett übergeht. Aber Entscheidungen zur Lösung des Konflikts sollten unter Berücksichtigung der Ansichten der Menschen getroffen werden, deren Leben direkt von dem Konflikt und der Art und Weise, wie er gelöst wird, abhängt. Die Ukraine sollte nicht zur Verhandlungsmasse in den Vereinbarungen zwischen den beiden imperialistischen Staaten werden.

Wir streben eine friedliche, neutrale Ukraine an, aber dafür muss der Kreml seine aggressive imperialistische Politik beenden, und der Ukraine müssen Sicherheitsgarantien gegeben werden, die ernster sind als das Budapester Memorandum, das 2014 von der Russischen Föderation offen mit Füßen getreten wurde.

Weil wir uns keine Illusionen über die Politik westlicher Regierungen machen, die dem Großkapital und ihren eigenen Zielen dienen, glauben wir, dass die Interessen der ukrainischen Werktätigen von ihnen nur unter dem Druck fortschrittlicher Bewegungen und der Öffentlichkeit dieser Länder berücksichtigt werden können.

Zuallererst ist es notwendig, die Kämpfe im Donbass endgültig zu beenden und mögliche Provokationen an der Front bewaffneter Konflikte zu verhindern, die als Vorwand für eine neue Intervention dienen können. Daher sollte der erste Schritt die Aufstellung eines UN-Friedenskontingents im Donbass sein. Wir sind uns der Probleme mit bisherigen Friedensmissionen bewusst und wissen, dass manchmal Blauhelme massive Gewalt nicht verhindert haben. Aber unter den aktuellen ukrainischen Umständen ist dies ein absolut notwendiger Schritt.

Die Fragen einer langfristigen politischen Lösung des Konflikts sollten erst gelöst werden, nachdem die Sicherheitsfragen gelöst sind. Das Ende der Feindseligkeiten sollte die Heftigkeit des Konflikts verringern; danach wird es einfacher sein, mögliche Kompromisse zu diskutieren. Auch die Voraussetzungen für eine spätere Wiedereingliederung müssen geschaffen werden.

Die nächsten Schritte sollten sein:

- Der vollständige Rückzug der russischen Truppen aus dem Donbass. Eines der besten Druckmittel auf die Führer der Russischen Föderation wäre die Beschlagnahme des Eigentums und der Vermögenswerte russischer Oligarchen und Beamten in London und anderen Orten.
- Schaffung eines internationalen Programms zur Wiederherstellung der vom Krieg betroffenen Region und Hilfe für ihre Bewohner*innen (u. a. durch die Beschlagnahme dessen, was von russischen und ukrainischen Oligarchen geplündert wurde).
- Überprüfung des vom Westen der Ukraine aufgedräng-

ten sozioökonomischen Kurses: statt destruktiver neoliberaler Reformen unter dem Druck des IWF – Streichung der Auslandsschulden der Ukraine.

■ Integrativere und fortschrittlichere humanitäre Politik in der Ukraine, Beendigung der Straflosigkeit für ukrainische Rechtsextreme und Abschaffung der „Entkommunisierungsgesetze“.

■ Garantien für die Einhaltung der Menschenrechte für diejenigen, die in der „DNR“ und „LNR“ lebten, Verabschiedung eines Amnestiegesetzes für diejenigen, die keine Kriegsverbrechen begangen haben.

Der Krieg im Donbass hat Tausende von Menschenleben gefordert und Millionen von Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Gefahr einer Eskalation hängt wie ein Damoklesschwert über der Ukraine und schränkt den Spielraum fortschrittlicher Politik erheblich ein. Die Zukunft der sozialistischen Bewegung in der Ukraine hängt von der internationalen Solidarität ab.

10. Januar 2022

Quelle: **Соціальний рух**. <https://rev.org.ua/time-for-international-anti-war-solidarity/>

<https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7485>

Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens



PORTUGAL, EIN NEUER ZYKLUS

Die beiden folgenden Artikel liefern eine erste Einschätzung des Ausgangs der portugiesischen Parlamentswahlen vom 30. Januar. Sie spiegeln unterschiedliche Positionen in den Reihen der dortigen Sektion der IV. Internationale über die Strategie des Linksblocks (BE) wider.

■ Francisco Louçã

Die Wahlen vom 30. Januar 2022 in Portugal brachten der Sozialistischen Partei eine absolute Mehrheit der Abgeordneten. Die Linke erlitt eine gravierende Niederlage, sie wurde mitgerissen vom Phantom einer Bipolarisierung, die sich zwar in den Umfragen angekündigt hatte, dann aber als falsch erwies. Die traditionelle Rechte (PSD) erlitt eine weitere Niederlage und hat es verpasst, Stimmen auf sich zu ziehen – stattdessen ebnete sie den Weg für die neue und alte extreme Rechte, für Chega! und Iniciativa Liberal.

Die Umfragen der letzten Tage vor den Wahlen hatten ein Unentschieden zwischen den Sozialisten und den Konservativen der PSD angedeutet. Damit rückte – im Rahmen einer möglichen Koalition von PSD, Chega! (die populistische und rassistische extreme Rechte) und der Liberalen Initiative (IL, radikale liberale Rechte) – das Ende des nationalen Mindestlohns und andere „Gräueltaten“ in greifbare Nähe. Also rannten die Leute der Linken los, um für die Sozialistische Partei zu stimmen. Aber am Wahlabend entdeckten sie dann mit Schrecken, dass der Abstand zwischen PS und der PSD immerhin 13 Prozentpunkte betrug. So waren sie Hebammen der absoluten Mehrheit geworden, welche die PS zuletzt 2005 unter José Sócrates erreicht hatte. Zu dem Ergebnis trugen in markanter Weise Wählerwanderungen in letzter Minute und die Polarisierung der Wählerschaft der politischen Mitte hinter António Costa bei.

Obwohl wir noch immer die Auswirkungen der Pandemie erleben und 10 % der Bevölkerung isoliert sind,

stieg die Wahlbeteiligung (58 % auf nationaler Ebene, in einigen Fällen war sie sogar noch höher, wie in Lissabon mit 62 %). Die PS wuchs um 350 000 Stimmen, die Linke hingegen fiel von rund 900 000 auf knapp 500 000 Stimmen. In diesem Streit erwies sich nun die „nützliche“ Abstimmung als fatal: Der Bloco de Esquerda verlor die Hälfte seiner Wählerbasis und purzelte von 19 auf 5 Abgeordnete; die Kommunistische Partei Portugals (PCP) fuhr das schlechteste Ergebnis in Bezug auf Stimmen und Mandate ein (sie verlor die Hälfte ihrer Abgeordneten, einige darunter waren wichtige Bezugspunkte). Die Grünen (ein Satellit der kommunistischen Koalition CDU) und das „Demokratische und soziale Zentrum – Partei des Volkes“ (CDS-Partido Popular, traditionelle konservative Rechte) verschwanden aus dem Parlament. Die PAN (liberale Ökologiepartei „Menschen-Tiere-Natur“) wurde von vier auf einen Abgeordneten reduziert und die Livre (föderalistische Grüne) behielt ein Mandat.

Das Parlament weist nunmehr weniger Linke und weniger Parteien auf. Für den Bloco de Esquerda wird der neue Zyklus daher einer der linken Opposition gegen die absolute Mehrheit sein, einer der Mobilisierung sozialer Kämpfe gegen die Spaltung des Landes, den Bruch im Gesundheitssystem, in Bezug auf das Prekariat, auch in Bezug auf die Gleichberechtigung und den Klimawandel. Der Kampf um die führende Rolle einer soliden parlamentarischen Opposition ist so grundlegend wie eh und je, aber die soziale Konfrontation nimmt neue Konturen an, da es in den kommenden vier Jahren darum gehen wird, eine größere soziale und militante Basis zu mobilisieren. Dies wird der Weg sein, um sich der absoluten Mehrheit entgegenzustellen, die in Portugal immer Regierungen hervorgebracht hat, die autoritär mit der Gesellschaft umgegangen sind, den Wirtschaftspotentialen dagegen allzu leicht erlegen waren.

Manch einer wird daraus den Schluss ziehen, dass das portugiesische Modell einer autonomen parlamentarischen Unterstützung ohne Regierungsbeteiligung im Nachhinein betrachtet gescheitert sei – ein Modell für Portugal, das

nie etwas anderes sein wollte. Damit die Debatte darüber stringent geführt wird, sollte beachtet werden, dass diese parlamentarische Vereinbarung 2015 unterzeichnet wurde und schon 2019 endete. Bei den Wahlen 2019 behielt der Linksblock seine 19 Abgeordneten. Aber schon am nächsten Tag lehnte die Sozialistische Partei jenen Vertrag für weitere vier Jahre ab, den der Bloco vorgeschlagen hatte, womit die „alte Klapperkiste“ eigentlich schon beendet war. Vor diesem Hintergrund hat der Linksblock nach zwei Jahren der Opposition gegen zwei Staatshaushalte gestimmt, während die PCP nur gegen den letzten gestimmt hat. Der Linksblock hatte bereits früher angemessene Antworten auf die soziale Notlage, insbesondere im Gesundheitswesen vermisst, woraus diese Konfrontation und diese Wahlniederlage erwachsen.

Somit fanden diese Wahlen nach zwei Jahren statt, in welchen die Sozialistische Partei parlamentarische Vereinbarungen über Fortschritte im Gesundheitswesen, im Arbeitsrecht oder als Reaktion auf die Krise abgelehnt hat, um sich die Linke zu unterwerfen. Die Unnachgiebigkeit, die zum Zusammenbruch des Staatshaushalts führte, und die daraus resultierende künstliche politische Krise, waren eine erfolgreiche Strategie der Bipolarisierung und des „nützlichen Votums“ gegen rechts. Die Agentur Fitch beeilte sich, den Sieg der PS zu bejubeln und verkündete, dass diese Partei dem Druck der Linken, das Arbeitsgesetz zu ändern oder den öffentlichen Gesundheitsdienst auszubauen, nicht nachgeben würde.

Auf der Rechten hat sich die Landkarte verändert. Es ist bequem für Chega! und IL, den Elan des Erfolgs in der Opposition auszunutzen, ohne dass ihre Politik auf die Probe gestellt wird: Die Mischung aus Propaganda und Aggressivität hat damit freies Feld. Der Orientierungs- und Führungswechsel der PSD wird von dieser neuen Landkarte beeinflusst, wodurch eine Annäherung von alten und neuen Rechtsextremen wahrscheinlicher wird. Right goes right, so lautet das Gesetz von Trump.

Die Periode der absoluten Mehrheit für die nächsten vier Jahre stellt vor allem in zwei Bereichen eine Gefahr dar: Zunächst im öffentlichen Dienst – hier stehen sich die Sozialistische Partei und das öffentliche Schulsystem unversöhnlich gegenüber, zudem engagiert sich die PS für den Schutz des privaten Gesundheitssystems. Und zweitens droht Gefahr auch auf wirtschaftlichem Gebiet, wenn man bedenkt, dass die PS die Geschäfte großer Unternehmen abschirmt und das Steuersystem dazu nutzt, finanzielle Ressourcen an das Kapital zu transferieren, was sie wiederum tut, um z. B. die Erhöhung des Mindestlohns zu kompensieren.

DIE WAHLERGEBNISSE

PS	41,68 %	117 Abgeordnete (2.246.637 Stimmen)
PSD	27,80 %	71 (1.498.605)
Chega!	7,15 %	12 (385.559)
IL:	4,98 %	268.414)
Bloco d Esquerda (BE)	4,46 %	5 (240.265)
PCP-PEV	4,39 %	6 (236.635)
PAN	1,53 %	1 (82.250)
Livre (écologiste)	1,28 %	1 (68.975)
PSD-CDS-PP	0,94 %	3 (50.634)
CDS-PP-PPM	0,53	2 (28.520)

Gesamt: 226 Abgeordnete
Stimmhaltung: 42,04 %

Die Inflation, wenn auch noch gemäßigt, nagt bereits an den Einkünften der Arbeiter*innen, die in vielen Fällen schon mit steigenden Wohnkosten gestraft sind. Daher wird es einmal mehr das soziale Feld sein, auf dem das Spiel um Vormachtstellung oder Erosion dieser absoluten Mehrheit ausgetragen werden wird António Costa, der den Höhepunkt seiner Macht erreicht hat, sieht sich nun all den Schwierigkeiten gegenüber, die er selbst geschaffen, ignoriert oder vergrößert hat. Wir, die Linke, müssen unsererseits unsere Stärke auf der Kraft unserer Mobilisierung aufbauen und uns der absoluten Mehrheit entgegenstellen.

2. Februar 2022

Quelle: <https://www.insurgencia.org/blog/francisco-louca-portugal-um-novo-ciclo?categoryId=163386>

Übersetzung: Michael Rieger.

Francisco Louçã ist Wirtschaftswissenschaftler, Autor, Gründungsmitglied und langjähriger Koordinator des Bloco de Esquerda (Linksblock).

DAS ENDE EINER GROSSEN ILLUSION

Ein Beitrag über das selbstverschuldete Fiasko der Linken

■ Toupeira Vermelha

Die Parlamentswahlen vom 30. Januar endeten mit einer schweren Niederlage für die Linke in Portugal. Mit der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze kann die [sozialdemokratische] PS eine weitere Legislaturperiode lang regieren, ohne von den Parteien links von ihr abhängig zu sein. Damit hat die Regierung von António Costa einen viel größeren Spielraum, um die wesentlichen Punkte ihrer neoliberalen Politik der letzten sechs Jahre fortzuführen. Für diese Niederlage gibt es mehrere Gründe; einer davon reicht zurück in das Jahr 2015, als der Linksblock (BE) und die Kommunistische Partei (PCP) entschieden haben, eine Minderheitsregierung der PS zu tolerieren und diese Unterstützung, wenn auch in differenzierter Form, bis Ende 2021 aufrechtzuerhalten.

1 Im Jahr 2015 erhielt die Rechtskoalition trotz ihres Wahlsiegs nicht genügend Stimmen, um ihr Regierungsprogramm zu verabschieden. Der BE mit 10,19 % der Stimmen und 19 Abgeordneten und die PCP mit 8,25 % der Stimmen und 17 Abgeordneten verpflichteten sich daraufhin schriftlich, eine Minderheitsregierung der PS im Parlament zu unterstützen, wobei diese ihre Maßnahmen mit ihren unerwarteten Partnern aushandeln sollte. In der Folge konnte die parlamentarische Linke durch alljährliche Budgetverhandlungen mit der Regierung gewisse Zugeständnisse erzielen und sich so mit dem Verdienst einzelner Sozialmaßnahmen schmücken. Infolge günstiger europäischer Rahmenbedingungen hat die PS-Regierung ab 2015 einige der von der Troika in den Vorjahren auferlegten Sparmaßnahmen rückgängig gemacht, die wichtigsten jedoch belassen. Dazu gehören die Privatisierung grundlegender öffentlicher Dienste, Einsparungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur, die Freigabe des Wohnungsmarkts für Spekulant*innen und die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsplätze.

2 Bei den Parlamentswahlen 2019 blieb das Kräfteverhältnis unverändert, auch wenn die PS von 32,31 % auf 36,34 % zulegte und die Linke Stimmen verlor (BE 9,52 %

und PCP 6,32 %). Die PS war weiterhin auf die Stimmen der Linken angewiesen, um den Haushaltsentwurf durchzubekommen, verweigerte aber ein schriftliches Tolerierungsabkommen – ein klares Zeichen der Distanzierung. 2020 war das Jahr der Pandemie und zugleich das letzte, in dem der Haushalt wie in den Vorjahren mit den Stimmen der Linken verabschiedet wurde. Im Jahr darauf, 2021, stimmte der BE dagegen und die PCP enthielt sich der Stimme – genau umgekehrt als bei der Abstimmung kurz davor über den Nachtragshaushalt. Damit zerstob die Illusion, eine Minderheitsregierung der PS zügeln zu können, und geriet umgehend zum schlimmsten Alptraum einer Linken, deren politische Ausrichtung auf eine Kollaboration mit der PS von der Realität eingeholt worden war.

3 Diese Politik der Zusammenarbeit blieb nicht auf eine parlamentarische Unterstützung der Regierung begrenzt, sondern hatte auch tiefgreifende Auswirkungen auf andere Bereiche. Vorweg auf die sozialen Proteste und Kämpfe vieler Teile der Gesellschaft, die die Regierung quasi als eine wichtige Errungenschaft linker Einheitsfrontpolitik betrachteten und damit ihre Forderungen zurückschraubten. Auch auf lokaler Ebene, wo Gegenkandidaturen zur PS damit gekontert wurden, dass eine sozialdemokratische Stadtverwaltung unter Gestaltungseinfluss der Linken für die Bevölkerung besser wäre. Etwa in Lissabon, wo der BE zwischen 2017 und 2021 in einer sozialdemokratisch dominierten Stadtverwaltung mitwirkte, die der Immobilienspekulation in der Hauptstadt und ihrer touristischen Gentrifizierung Vorschub leistete, obwohl man die Rechten auch ohne diese Schützenhilfe außen vor hätte halten können

4 Auch wenn durch das Tolerierungsabkommen mit der PS zunächst einmal die Rechte aus der Regierung verdrängt und eine Rücknahme der Sparmaßnahmen der Troika eingeleitet werden konnte – Anlass zur Hoffnung auf eine neue politische Ära –, so wurde durch die Beschränktheit dieser Maßnahmen und die unkritische Hinnahme der Brüsseler Haushaltsdisziplin daraus eine verpasste Gelegenheit, wirklich strukturelle Veränderungen im Land herbeizuführen. Zunächst jedoch schien die gesamte Linke davon zu profitieren, dass durch diese scheinbare Einheit der Linken eine Hoffungsstimmung aufgekommen war.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 erhielt Marisa Matias als Kandidatin des BE 10,12 % der Stimmen und der Kandidat der PCP 3,95 %. Ganz anders jedoch verlief die Folgewahl 2021, als dieselbe BE-Kandidatin 3,95 % erzielte und rund 300.000 Stimmen verlor, während der PCP-Kandidat 4,32 % erhielt, obwohl die PS offen den rechten Präsidenten unterstützte, der erneut für das Amt kandidierte. Bei den Kommunalwahlen im September 2021 ging der BE von 440 auf 270 Abgeordnete zurück und verlor damit im ganzen Land an Einfluss, auch in Lissabon, wo die Rechte die Mehrheit eroberte.

5 Zusammen haben BE und PCP bei den Wahlen 2022 zwanzig Parlamentarier, 331 550 Stimmen und somit etwa 7 % gegenüber 2019 verloren. Die künstliche Krise um den Staatshaushalt, die von der Regierung mit Hilfe des Präsidenten instrumentalisiert wurde, erwies sich als das entscheidende Manöver, um die Kollaboration der Linken mit der PS-Regierung zu beenden. Das durch die Wahlumfragen genährte Erpressungsmanöver einer nützlichen Stimmabgabe hat die Wähler der Linken gelähmt, da sie eine Rückkehr der Rechten an die Regierung befürchteten und letztlich keine großen Unterschiede zwischen der PS und den Parteien links davon sahen, die ihr doch seit 2015 parlamentarische Schützenhilfe geleistet hatten. Trotz alledem haben PCP und BE in ihren Kampagnen stets an einem erneuten Regierungsabkommen mit der PS festgehalten und dies quasi zum zentralen Element ihrer strategischen Ausrichtung gemacht.

6 Die Wahlen von 2022 haben auch gezeigt, wie stark inzwischen die Rechtsextremen sind, die erstmals eine Parlamentsfraktion stellen und drittstärkste Partei geworden sind. Mit 12 rechtsextremen Abgeordneten (7,15 %) und weiteren 8 ultraliberalen Abgeordneten (4,85 %) liegen beide Parteien vor dem BE und der PCP, was mehr Aggressivität und zunehmende fremdenfeindliche Gewalt im Parlament und außerhalb erwarten lässt.

7 Dank der weit verbreiteten Auffassung, dass die Pandemie gut gemeistert wurde, hat die PS von der Ruhe vor dem Sturm, den die nahende wirtschaftliche und soziale Krise bringen wird, profitiert. Sie konnte erfolgreich die Parteien links von ihr für eine von ihr selbst herbeigeführte Krise verantwortlich machen und sie damit von jeglichen Verhandlungen ausschließen. In all den Jahren, in denen sie die gleiche Tolerierungspolitik mit den PS-Regierungen betrieben haben, waren BE und PCP nicht in der Lage und auch nicht bereit, sich auf gemeinsame Positionen und Strategien zu einigen. Sie machten sich im Gegenteil wie kleine Kinder ständig die Plätze streitig und reklamierten jeweils das Verdienst um sozialstaatliche Maßnahmen für sich, was der PS zugute kam, die hinter verschlossenen Türen mit jeder der Parteien verhandelte.

Das Sektierertum, das die Führungen beider Parteien weiterhin pflegen, passt weder zu der Politik, die sie vertreten, noch zu der Strategie, die sie gegenüber der PS-Regierung verfolgen – beides sollte sie eigentlich einander näherbringen. Auf institutioneller Ebene ist die Linke von der Position einer „Regierungspartnerin“ in der Bedeutungslosigkeit versunken und hat einen hohen Preis für die parlamentarische Unterstützung gezahlt, die die PS bis Ende 2021 an der Regierung gehalten hat.

8 Die PS-Regierung hat mit ihrer absoluten Mehrheit nunmehr freie Hand bei der Verwendung der europäischen Gelder aus dem Covid-19-Aufbauplan. Alles deutet darauf hin, dass sie dies handhaben wird wie bisher, nämlich zugunsten der Wirtschaftskonzerne und der Kapitalist*innen anstelle der Lohnabhängigen, der Verödung und ökologischen Degradation der Landschaften infolge schädlicher Großprojekte zur Energieerzeugung einerseits und der „Tourismusförderung“ andererseits. Durch ihre Unfähigkeit, das Erstarken von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu bekämpfen, sind die PS und die bisher mit ihr verbündete Linke mitverantwortlich dafür, dass sich solche gegen das „Establishment“ gerichtete Ideen breit machen, die in der extremen Rechten ihren unmittelbaren Ausdruck finden und die Linke als Ganzes für die Regierungspolitik verantwortlich machen.

Die parlamentarische Linke links der PS muss nun zu dem zurückfinden, was sie niemals hätte aufgeben dürfen: zu den sozialen Bewegungen und zu den Wurzeln der Spaltung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen einem Entwicklungsmodell, das auf Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen niedriger Löhne und intensiver Ausbeutung der Ressourcen beruht, und einem Gegenmodell, das auf partizipativer Demokratie, Wertschätzung der Arbeit und Respekt für die Umwelt basiert. Es ist das Gebot der Stunde, eine grundlegende Alternative zum Neoliberalismus von der Basis her wiederaufzubauen und Rechtsextremismus und Rassismus unmissverständlich zu bekämpfen. Eine echte feministische, ökosozialistische und antirassistische Alternative kann nur entstehen, wenn sie frei von Zugeständnissen oder zweideutigen Positionen gegenüber elektoralistischen oder populistischen Manövern ist.

15. Februar 2022

————— **Toupeira Vermelha** (Roter Maulwurf)
ist ein Kollektiv der portugiesischen Sektion der IV. Internationale

Übersetzt aus dem Portugiesischen von MiWe

„GEGENMACHT VON UNTEN AUFBAUEN“

Die Generalsekretärin der zweitgrößten englischen Einzelgewerkschaft Unite Sharon Graham legt dar, wie sie sich die Zukunft der Linken vorstellt – von der Umkehr der Kräfteverhältnisse in den Betrieben bis hin zur Schaffung internationaler Bündnisstrukturen als Gegengewicht zu den multinationalen Unternehmen.

■ Sharon Graham

Es ist erst ein paar Monate her, dass ich zur Generalsekretärin von Unite gewählt wurde. In dieser Zeit habe ich den von mir versprochenen Wandel eingeleitet.

Unite ist in mehr Arbeitskonflikte verwickelt als je zuvor in ihrer Geschichte. Ich habe mich auf die Seite der streikenden Arbeiter*innen und nicht auf die der Parteiführer gestellt. Ich habe Vertreter*innen verschiedener Branchen, z. B. dem Güterkraftverkehr, an einem Tisch versammelt, um das praktische Vorgehen und unsere Gegenwehr in der Zukunft zu besprechen. Unsere Anwälte haben begonnen, vor Gericht für die Belange der Unite-Vertrauensleute zu klagen, unabhängig von den Erfolgsaussichten. Und wir haben jetzt eine Rechtsberatung eingerichtet, um unsere Mitglieder arbeitsrechtlich besser vertreten zu können.

Der andere Teil der Wahrheit ist jedoch, dass in meiner kurzen Amtszeit das wahre Ausmaß der Krise, vor der die Gewerkschaftsbewegung und die breite Linke stehen, immer deutlicher geworden ist. Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer kritischen Lage. Die Flamme flackert zwar noch, aber wir können uns der Realität nicht entziehen. In vielen Dienstleistungsbranchen sind die Gewerkschaften einfach nicht präsent, und mitunter stecken sie in veralteten Strukturen fest, die den Bossen in die Hände spielen. Anstelle betrieblicher Kämpfe setzen viele Genoss*innen nach wie vor auf die Illusion, von politischer Seite Schützenhilfe zu erhalten.

Es ist an der Zeit, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Es wird kein höheres Wesen aus dem Westminster kommen, um uns zu retten. Wir müssen es selbst tun, bevor es zu spät ist. Insbesondere müssen wir eine Gegenmacht von unten und aus der Arbeiterklasse aufbauen. [...]

Die Zeiten haben sich geändert. Die Linke muss wieder anerkennen, dass die Machtstrukturen in unserem globalen Wirtschaftssystem auf unzählige Wege verteilt sind. Sowohl die staatliche als auch die lokale Ebene sind entscheidend, aber auch die internationale Ebene und die Betriebe. Und natürlich auch die Arbeiterklasse. Das sollten wir nie vergessen. Wir müssen den Mut haben, über das Selbstverständliche hinauszugehen, und weiterdenken, denn die zentralen Fragen sind nach wie vor: Was wollen wir erreichen? Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Und wie können wir Veränderungen erreichen?

Was ich anbieten möchte, ist, zum Nachdenken und zu einem Neubeginn anzuregen, auf neuen Wegen. Vor allem aber möchte ich, dass wir uns über eine neue Strategie verständigen, die den vor uns liegenden Herausforderungen gerecht wird: globale Klimakatastrophe, massenhafte Ersetzung von Arbeitsplätzen durch die Automatisierung, neue Sparprogramme und eine Offensive immer mächtigerer Unternehmer*innen. Wo soll man also anfangen?

Als Gewerkschaften muss es unsere Priorität sein, uns wieder auf die Betriebe zu besinnen und dort die Kräfteverhältnisse zu ändern. Ohne dieses Grundprinzip wird

der politische Dialog innerhalb der Gewerkschaften für immer nur bloßes Gerede bleiben. Schauen wir uns also an, wie die Lage in unserem Land aussieht. Steigende Inflation und immer weniger Arbeitsplätze zeigen, dass wir uns inmitten einer weiteren Krise befinden.

In meiner eigenen Gewerkschaft werden wir jetzt in Dutzenden von Betrieben aktiv. Ich war mit Mitgliedern an den Streikpostenketten, und es gibt jetzt einen echten Wunsch nach Veränderung. Wir müssen dieses Vertrauen weiter ausbauen und den Arbeiter*innen zeigen, dass wir als Gewerkschaftsführer*innen auf ihrer Seite stehen – und nicht auf der Seite der Bosse oder der Politiker.

In einigen Branchen kann die Unite nach Jahren der Stagnation nun regelmäßige Realloohnerhöhungen durchsetzen. Alle in der Gewerkschaft wissen inzwischen, wo unser Schwerpunkt liegt. Das ist an sich schon ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Bei [dem Verkehrsunternehmen] Stagecoach haben wir gezeigt, dass es selbst dort, wo es keine nationalen Tarifverhandlungen gibt, möglich ist, lokale Streiks standortübergreifend zu koordinieren. Dadurch konnten wir unsere Machtposition ausbauen und bessere Abschlüsse erzielen, als es sonst möglich gewesen wäre. Ist es perfekt? Nein. Ein Schritt nach vorn? Auf jeden Fall.

Im gesamten öffentlichen Sektor gab es bereits Urabstimmungen für Aktionen im Hochschulbereich. Jetzt bewegt sich etwas bei den Kommunalverwaltungen und möglicherweise auch im staatlichen Gesundheitssektor NHS (National Health Service).

Ich kann versichern, dass, wo immer Unite stark genug ist, in die Offensive gehen zu können, dies auch geschehen wird. Wo auch immer ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Gewerkschaften erforderlich ist, werde ich mich dafür einsetzen, dass dies geschieht.

Der Boden ist da, auf dem wir aufbauen können, nicht nur in diesem oder im nächsten Jahr, sondern langfristig; und zwar nicht nur von Fall zu Fall, sondern systematisch. Ein echter Wandel in den Gewerkschaften bedeutet für mich, wieder aktionsfähig zu werden, immer und immer wieder. Was wir brauchen, ist eine vorwärts gerichtete Strategie. [...] Dies bedeutet auch, über die Grenzen hinweg aktiv zu werden und die Gewerkschafter*innen eines weltweit tätigen Unternehmens gemeinsam zu mobilisieren. Denn wer hat nun hier das Sagen – der Standortleiter in Lincolnshire oder der Vorstandschef in Detroit? Nur wenn wir die Arbeiter*innen zusammenbringen und den Bossen auf gleicher Augenhöhe gegenüber treten, können wir erfolgreich sein. Und das geht nicht ohne eine internationale Gewerkschaftsarbeit und ohne einen internationalen Kampf.

Während des Wahlkampfes habe ich oft betont, dass unsere Gewerkschaft in die Betriebe zurückkehren muss. Einige, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen können, verstehen das so, dass wir uns von politischen Aktivitäten verabschieden.

Ich möchte klarstellen: Das ist nicht der Fall. Was aber stimmt, ist, dass Politik nicht nur in Westminster und in den internen Intrigen einer Partei in einem einzigen Land stattfindet. Die Linke kann sich nicht auf eine bestimmte Partei kaprizieren, sondern muss verschiedene Optionen wahrnehmen. Statt „zurück in die Betriebe“ hätte ich auch „zurück zu den Menschen“ sagen können.

Denn auch wenn für mich der Betrieb immer an erster Stelle steht, müssen wir auch in den Gemeinden verankert sein, wenn wir einen nachhaltigen Wandel wollen. Wenn wir wollen, dass die Menschen die Linke als Alternative sehen, dann müssen wir die Menschen organisieren, so mühsam das sein mag. Das erschöpft sich nicht in symbolischen Gesten, sondern erfordert tägliche Aktivitäten.

Was will ich damit sagen? Ich denke da an den Unity Shop in Hull, der vom örtlichen Gewerkschaftsrat ins Leben gerufen wurde und nun in der Gemeinde angekommen ist und Lebensmittel an diejenigen liefert, die darum bitten. Er basiert auf dem Prinzip der Solidarität, nicht der Wohltätigkeit.

Dies ist ein Beispiel dafür, dass Gewerkschaften auch praktische Arbeit außerhalb der Betriebe leisten – Arbeit, die die Menschen unmittelbar erleben können. Es geht nicht nur darum, im Wahlkampf für einen Kandidaten zu werben, sondern es ist diese Art von Arbeit, die Vertrauen schafft.

Mir geht es um mehr als gegenseitige Hilfe. Es ist durchaus möglich, Agitation, Kämpfe und Kampagnen zur Organisation der „communities“ zu betreiben, die oft von Menschen geführt werden, die sich selbst nicht als „links“ betrachten. Dort müssen wir beharrlich arbeiten und nicht nur auf das Parlament setzen; auch nicht anstelle der Arbeit in den Betrieben, sondern beides.

Ich denke, dass es an der Zeit ist, eine Bewegung aufzubauen und nicht nur auf die aktuellen Ereignisse zu reagieren. Es ist an der Zeit, in die Betriebe und zu den Menschen zurückzukehren – lokal und zugleich global zu denken. Es ist Zeit für Veränderung.

Aus: *Tribune* vom 30.12.21

Übersetzt von MiWe

Der Kapitalismus wird niemals grün! Ökosozialistische Tagung der SOAL

*(Sozialistische Alternative, österreichische
Sektion der Vierten Internationale)*
Samstag, 2. April 2022, 13.30 bis 21.00 Uhr, im
Depot in Wien

Trotz der Regierungsbeteiligungen der grünen Parteien in Österreich und in Deutschland geht auch hier die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ungebrems weiter. Umgesetzt werden nicht einmal die zahmen und selbst mitbeschlossenen Ziele der internationalen Klimakonferenzen.

Weder der Ressourcenverbrauch noch die CO₂-Emissionen lassen sich vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum ausreichend entkoppeln. Auf Wachstum von Profit und Wirtschaft setzen jedoch die aktuellen „Green Deals“ und die nationalen Klimapläne. Die „grüne Modernisierung“ scheidet bereits auf der materiellen Ebene. Die

Ausbeutung der Natur und der Menschen, insbesondere der Frauen, geht ungebrems weiter. Schon Karl Marx kritisierte die radikal zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise.

Auf der Tagung wollen wir diskutieren, welche Antworten für einen ökosozialistischen Ausweg aus der tiefen ökologischen Krise unbedingt notwendig sind.

Referentinnen:

Verena Kreiling (Salzburg): Die Grenzen des grünen Wachstums und warum wir die Klimakatastrophe nur abwenden können, wenn wir auch die Systemfrage stellen.

Angela Klein (Köln): War Marx Ökosozialist? Eine Einführung in die Entwicklung seines Denkens

Marijke Colle (Belgien): Ökofeminismus – Care für ein gutes Leben statt Macht und Profit

Kontakt: oes-tagung@posteo.de; weitere Informationen:
<https://soal.at>

Ökosozialistische Konferenz der ISO

*(Internationale Sozialistische Organisation,
deutsche Sektion der Vierten Internationale)*
Donnerstag, 16. Juni bis Sonntag, 19. Juni 2022,
in Köln-Kalk

Nach der Bundestagswahl, die für manche eine „Klimawahl“ werden sollte, und der Bildung der Ampelkoalition kann von einer Wende, wie sie dringend nötig ist, keine Rede sein. Viele Aktivist*innen die sich eine tatsächliche Wende erhofft haben, sind enttäuscht. Die Realität heißt „grüner Kapitalismus“ – E-Mobilität und „Zukunftsmärkte“ und ganz viel Greenwashing. Anderes ist von der FDP, aber auch von Blassrosa und Grünlich gar nicht zu erwarten.

In der Klimagerechtigkeitsbewegung und in der Verkehrswendebewegung werden nun Strategiedebatten ge-

führt. Dazu wollen wir als Ökosozialist*innen beitragen.

■ Wie kann verhindert werden, dass Klima-, Energie- und Verkehrswende oder eine ökologisch orientierte Transformation der Landwirtschaft auf Kosten der abhängig Beschäftigten gehen?

■ Wie können wir eine ökosozialistische Alternative erreichen?

■ Welche Organisationsformen, Kampagnen und gesellschaftliche Bündnisse sind möglich und nötig?

Referent*innen: Andreas Malm (Lund, angefragt), Helmut Selinger, Jana Seppelt, Jess Spear (Dublin), Jonathan Neale (Oxford, angefragt), Lorenz Gösta Beutin, Marijke Colle (Gent), Pit Wuhrer, Stephan Krull, Verena Kreiling, Wolfgang Pohmrehn und viele andere.

Anmeldung: konferenz@intersoz.org; weitere Informationen: <https://intersoz.org/termine/oekosozialistische-konferenz-2022/>